



HESSISCHER LANDTAG

18. 12. 2001

93. Sitzung

Wiesbaden, den 18. Dezember 2001

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	6457	Frage 596 – Abg. Heike Hofmann	6460
<i>Entgegenommen</i>	6457	Studie zur Grundwassersituation	
Präsident Klaus Peter Möller	6457	Heike Hofmann	6460, 6461
		Minister Wilhelm Dietzel	6461
		Sieghard Pawlik	6461
1. a) Fragestunde		Frage 597 – Abg. Barbara Bergelt	6461
– Drucks. 15/3330 –	6457	Modellversuch „Heroinvergabe an Schwerstabhän-	
<i>Abgehalten</i>	6464	gige“	
Präsident Klaus Peter Möller	6464	Barbara Bergelt	6461
		Ministerin Silke Lautenschläger	6461
Frage 591 – Abg. Rudolf Haselbach	6457	Frage 598 – Abg. Michael Siebel	6461
Sanierung des DB-Brückenbauwerkes in Groß-Ge-		Projektvorschlag der Gesellschaft für Schwer-	
rau		ionenforschung	
Rudolf Haselbach	6457	Michael Siebel	6461, 6462
Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler	6457	Ministerin Ruth Wagner	6461, 6462
Frage 592 – Abg. Barbara Stolterfoht	6457	Frage 599 – Abg. Prof. Erika Fellner	6462
Computerausstattung der Polizeireviere		Call-by-call-Telefonate für Inhaftierte	
Barbara Stolterfoht	6457, 6458	Prof. Erika Fellner	6462
Minister Volker Bouffier	6457, 6458	Minister Dr. Christean Wagner	6462
Tarek Al-Wazir	6458	Alfons Gerling	6462
Prof. Dr. Bernd Hamer	6458	Tarek Al-Wazir	6462
Frage 593 – Abg. Prof. Dr. Bernd Hamer	6458	Frage 601 – Abg. Barbara Sorge	6463
Finanzielle Situation der Fachhochschulen		Hochschulpakt	
Prof. Dr. Bernd Hamer	6458, 6459	<i>von der Fragestellerin zurückgezogen</i>	6463
Ministerin Ruth Wagner	6459	Frage 602 – Abg. Michael Siebel	6463
Prof. Erika Fellner	6459	Arbeitszusammenhang „Forum Bildung Hessen“	
Frage 594 – Abg. Siegbert Ortmann	6459	Michael Siebel	6463
Zulassung von Studierenden		Ministerin Ruth Wagner	6463
Siegbert Ortmann	6459	Frage 603 – Abg. Silvia Hillenbrand	6463
Ministerin Ruth Wagner	6459, 6460	„Rassistische Äußerungen“ eines Schulleiters	
Barbara Stolterfoht	6460	Silvia Hillenbrand	6463, 6464
Frage 595 – Abg. Evelin Schönhut-Keil	6460	Ministerin Karin Wolff	6463, 6464
Bundesratsinitiative 919/01		Bernd Riege	6463
Evelin Schönhut-Keil	6460	Priska Hinz	6464
Ministerin Silke Lautenschläger	6460	<i>Die Frage 600 soll in der nächsten Fragestunde be-</i>	
		<i>antwortet werden</i>	6463

	Seite		Seite
56. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Ingenieurkammergesetzes und des Hessischen Wassergesetzes		36. Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP betreffend Neubau des Plenarsaalgebäudes	
– Drucks. 15/3490 zu Drucks. 15/3432 –	6464	– Drucks. 15/3453 –	6483
<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>		<i>Angenommen</i>	6489
<i>Gesetz beschlossen</i>	6465	Klaus Peter Möller (Gießen)	6483
Frank-Peter Kaufmann	6464	Eberhard Fischer (Hohenroda)	6485
Präsident Klaus Peter Möller	6464	Dorothea Henzler	6485
		Frank-Peter Kaufmann	6487
		Stefan Grüttner	6488
		Vizepräsidentin Veronika Winterstein	6489
14. Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2001 (Nachtragshaushaltsgesetz 2001)		30. Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Beschädigung des Ansehens des Landes Hessen durch den Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch	
– Drucks. 15/3487 zu Drucks. 15/3464 und zu Drucks. 15/3022 –	6465	– Drucks. 15/3439 –	6489
<i>In dritter Lesung angenommen:</i>		<i>Abgelehnt</i>	6497
<i>Gesetz beschlossen</i>	6482	Jürgen Walter	6489, 6497
		Manfred Schaub	6489
		Stefan Grüttner	6491
		Rupert von Plottnitz	6493, 6496
		Nicola Beer	6495
		Norbert Schmitt	6496
		Vizepräsidentin Veronika Winterstein	6497
57. Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend restlose Aufklärung der Weimar-Affäre		54. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Kulturstiftung der Bundesrepublik Deutschland	
– Drucks. 15/3501 –	6465	– Drucks. 15/3480 –	6497
<i>Abgelehnt</i>	6483	<i>Angenommen</i>	6503
Manfred Schaub	6465	Hierzu:	
Uwe Brückmann	6465	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Reinhard Kahl	6468	– Drucks. 15/3503 –	6497
Roland von Hunnius	6471	<i>Abgelehnt</i>	6503
Frank-Peter Kaufmann	6473	Nicola Beer	6497
Ministerpräsident Roland Koch	6476	Michael Siebel	6498, 6499
Gerhard Bökel	6478	Heide Degen	6500
Norbert Kartmann	6479, 6483	Tarek Al-Wazir	6501
Tarek Al-Wazir	6480	Ministerin Ruth Wagner	6502
Jörg-Uwe Hahn	6481	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	6503
Manfred Schaub	6483		
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	6483		

Im Präsidium:

Präsident Klaus Peter Möller
Vizepräsidentin Veronika Winterstein

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Jochen Riebel
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner
Kultusministerin Karin Wolff
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Ruth Wagner
Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Silke Lautenschläger
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretär Dr. Karl Johannes Beermann
Staatssekretär Udo Corts
Staatssekretär Bernd Abeln
Staatssekretär Herbert Landau
Staatssekretär Dr. Hartmut Müller-Kinet
Staatssekretär Frank E. Portz
Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler
Staatssekretärin Dr. Herlind Gundelach
Staatssekretär Frank Gotthardt
Staatssekretär Karl-Winfried Seif

Abwesende Abgeordnete:

Petra Fuhrmann
Dieter Nolte
Sarah Sorge

(Beginn: 14.03 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Ich eröffne die heutige 93. Plenarsitzung des Landesparlamentes und begrüße Sie alle herzlich.

Zur Tagesordnung stelle ich fest: Noch offen sind die Punkte 1 a – das ist die Fortsetzung der Fragestunde –, 14, 30, 36 und 54. Hinzu gekommen und auf Ihren Plätzen verteilt ist der zweite Nachtrag zur Tagesordnung, auf dem Tagesordnungspunkt 56 aufgeführt ist. Es handelt sich hierbei um die zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Ingenieurkammergesetzes und des Hessischen Wassergesetzes, Drucks. 15/3490 zu Drucks. 15/3432. Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Aussprache vorgesehen ist, wird vorgeschlagen, ihn nach der Fragestunde unter Tagesordnungspunkt 1 a zu behandeln. Dem widerspricht niemand? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist der Dringliche Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend restlose Aufklärung der Weimar-Affäre, Drucks. 15/3501. Ich frage die Geschäftsführer: Wird die Dringlichkeit bestritten? – Niemand widerspricht. Er wird damit Tagesordnungspunkt 57. Können wir ihn beim Gesetzentwurf zum Nachtragshaushalt mit behandeln? – Dies ist einstimmig so beschlossen.

Wir tagen bis zur Erledigung der Tagesordnung. Angepeilt ist 18.15 Uhr. Wir beginnen gleich mit der Fragestunde. Der hierfür verbleibende Rest beträgt 30 Minuten. Danach folgt Tagesordnungspunkt 56.

50. Geburtstag feiert heute der Hessische Minister des Innern und für Sport, Volker Bouffier. Wo könnte man das schöner tun?

(Beifall – Schriftführerin Abg. Dr. Judith Pauly-Bender überreicht Minister Volker Bouffier Blumen.)

Herzlichen Glückwunsch von uns allen.

Frau Kollegin Sarah Sorge muss ich wegen Krankheit entschuldigen. Ich wünsche ihr gute Besserung.

Damit geht es jetzt auch gleich los. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 a** auf:

Fragestunde – Drucks. 15/3330 –

Ich rufe **Frage 591** des Herrn Abg. Haselbach von der CDU auf.

Rudolf Haselbach (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie ist der Stand der dringend notwendigen Sanierung des DB-Brückenbauwerkes im Zuge der B 44 im Stadtgebiet Groß-Gerau, insbesondere nach dem geplanten Termin der Umsetzung?

Präsident Klaus Peter Möller:

Es antwortet Herr Staatssekretär Hirschler für das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

Dr. Herbert Hirschler, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Die Sanierung soll im Jahr 2003 vollzogen werden.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP) – Heinrich Heidel (FDP): Das war eine klare Antwort!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das war kurz, knapp und erschöpfend.

Es folgt **Frage 592** von Frau Abg. Stolterfoht von der SPD.

Barbara Stolterfoht (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Ist ihr bekannt, dass in manchen Polizeirevieren die Polizeibeamten private Computer einsetzen müssen, weil die Ausstattung der Reviere mit Computern völlig unzureichend ist?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ja! – Weitere Zurufe)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat der Herr Minister des Innern und für Sport.

Frage 592 der Abg. Stolterfoht lautet, ob dem Ministerium bekannt ist, dass in manchen Polizeirevieren Polizisten ihre eigenen Computer einsetzen.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Frau Kollegin, die Zulassung privater PCs wurde von der vorhergehenden Regierung beschlossen.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

1994 wurde von der Vorgängerregierung extra zu diesem Zweck eine Rahmendienstvereinbarung beschlossen, aus der ich jetzt auszugsweise zitiere:

Für die Übergangszeit bis zur Einführung von HEPOLAS werden in der hessischen Polizei bereits dienstliche Arbeitsplatzrechner eingesetzt. Auch Bedienstete haben private PCs in den dienstlichen Bereich eingebracht. Zur Förderung der Motivation der Bediensteten und zur Arbeitserleichterung kann der Einsatz privater PCs genehmigt werden, wenn Datenschutz ... gewährleistet ist.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Hört, hört!)

Aus Sicht der Landesregierung wird die Motivation der Bediensteten noch mehr gefördert werden, wenn wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass es in Zukunft nicht mehr notwendig sein wird, private PCs einzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Wie Sie wissen, habe ich aus diesen Grund die Entscheidung getroffen, die Einführung von HEPOLAS nicht fortzuführen und die Systeme POLAS und COMVOR einzuführen. Beginnend ab dem nächsten Jahr werden 10.000 Computer und Drucker beschafft werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heinrich Heidel und Roland von Hunnius (FDP))

Das bedeutet, dass die hessische Polizei flächendeckend mit modernster Computertechnik ausgestattet und ver-

netzt sein wird. Beginnend mit den Polizeipräsidien Fulda und Frankfurt werden schrittweise alle weiteren Polizeipräsidien entsprechend ausgestattet werden. Insgesamt umfasst die Liste 220 Polizeidienststellen in Hessen. Parallel dazu wird die neue Software entwickelt und eingeführt werden. Es ist deshalb davon auszugehen, dass der Einsatz privater PCs für dienstliche Zwecke Ende des kommenden Jahres nicht mehr erforderlich sein wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kollegin Stolterfoht stellt eine Zusatzfrage.

(Zurufe)

– Halt! Die wilden Stunden kommen doch erst noch. Ich bitte um etwas mehr Zurückhaltung.

Barbara Stolterfoht (SPD):

Herr Präsident, ich finde es interessant, was die Kollegen der anderen Fraktion so erregt.

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich teile Ihr Interesse.

(Heiterkeit)

Barbara Stolterfoht (SPD):

Ich frage die Landesregierung: Wie kann sie sicherstellen, dass es hinsichtlich des Versprechens der Computer nicht genauso läuft wie bei anderen Versprechen der Landesregierung,

(Zuruf von der CDU: Aufhören!)

dass nämlich vor Ort von dem Versprechen nichts übrig bleibt? Zum Beispiel sind die angekündigten zusätzlichen Polizeibeamten bis heute nicht in den Revieren angekommen.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Frau Kollegin, die Landesregierung setzt ihre Vorhaben planmäßig um. Ich lade Sie herzlich ein: Sie können in Ihrem Wahlkreis mit mir zusammen die neuen Computer übergeben.

(Heiterkeit des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Wir könnten dann eine gemeinsame Presseerklärung machen, die zum Inhalt hat, dass Abg. Stolterfoht die Landesregierung für die Einhaltung der sich aus dem Plan ergebenden Vorgaben lobt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP) – Zuruf von der SPD: Habt ihr klatschen geübt?)

Präsident Klaus Peter Möller:

Eine weitere Zusatzfrage stellt Herr Abg. Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister, ist der Landesregierung bekannt, dass bei einem vorweihnachtlichen Besuch eines Kasseler Polizeireviers durch den Ministerpräsidenten die dortigen Polizeibeamten angeblich die Anweisung bekommen haben sollen, Ihre privat beschafften PCs nach Hause zu tragen, damit der Ministerpräsident diese PCs nicht zu Gesicht bekommt?

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Kollege Al-Wazir, eine solche Anweisung ist mir nicht bekannt. Von mir wäre sie auch nie erteilt worden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Prof. Hamer.

Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU):

Herr Minister, worauf führen Sie zurück, dass Frau Kollegin Stolterfoht alle Informationen, die Sie in den vergangenen Wochen über dieses Programm geliefert haben, bisher nicht zur Kenntnis nehmen wollte?

(Manfred Schaub (SPD): Oh, Herr Hamer!)

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Ich nehme an, Frau Kollegin Stolterfoht wollte sich nur noch einmal vergewissern.

Präsident Klaus Peter Möller:

Letzte Zusatzfrage, Frau Kollegin Stolterfoht.

Barbara Stolterfoht (SPD):

Ich frage die Landesregierung, ob sie meine Ansicht teilt, dass man sich – im Gegensatz zu dem, was Herr Hamer mir unterstellt – besser vor Ort über die Ergebnisse der Landespolitik informieren sollte.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Der Abg. Hamer ist nach meiner Kenntnis ständig vor Ort präsent. Wir alle sind immer aufgerufen, die Arbeit vor Ort möglichst intensiv nachzuvollziehen. Das tue ich, wie Sie wissen. Das, was von dort zurückkommt, ist sehr erfreulich. Die Beamten sind dankbar dafür, dass wir jetzt – nach so vielen Jahren – einen gewaltigen Schritt in Sachen Ausrüstung tun. Ich denke, das ist wichtig und richtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 593, Herr Abg. Prof. Hamer, CDU.

Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie beurteilt sie die Feststellung des Präsidenten Kessler zur Fachhochschule Frankfurt in einer Frankfurter Tageszeitung: „Die finanzielle Situation ist eine einzige Katastro-

phe; das Land will noch in diesem Jahr 22 Millionen DM aus dem Wissenschaftsressort pressen“?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Ministerin für Wissenschaft und Kunst.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Herr Abgeordneter, ich will zunächst vorausschicken, dass ich diese Feststellung nicht gelesen habe. Ich nehme aber an, dass sie richtig zitiert ist.

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Aus der „Rundschau“!)

– Ah ja.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Ich wüsste gern das Datum dieser Veröffentlichung, weil sich Herr Kessler öffentlich und gemeinsam mit mir in einer Pressekonferenz völlig anders geäußert hat. Diese Pressekonferenz fand anlässlich eines Besuchs in der Fachhochschule Frankfurt statt. Zweitens hat sich Herr Kessler auf den Klausurtagungen der Hochschulpräsidenten sehr loblich über den Hochschulpakt und über andere finanzielle Bemühungen des Landes geäußert. Drittens hat er sich auf einem Treffen aller Dekane der Fachhochschulen dieses Landes ebenso geäußert.

Die genannten 22 Millionen DM sind der Betrag, den mein Ressort innerhalb des Einsparvolumens aller Ressorts, nämlich 250 Millionen DM, zu tragen hat. Dabei hat mein Ressort weniger abgeben müssen als andere Ressorts.

Eine Transparenz, wie dieser Betrag zu erbringen ist, ist durch den Nachtragshaushaltsplanentwurf 2001, der heute zur abschließenden Lesung ansteht, gegeben, da er die genauen Einsparbeträge enthält. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um nicht in Anspruch genommene Tarif- bzw. Besoldungserhöhungen – das ist bei unserem Stellenaufkommen ganz natürlich, in den letzten Jahren hat das, je nach Anzahl der Berufungsverfahren, 3 bis 5 % des Gesamtbetrags ausgemacht –, um einen Ausgleich für Falschbuchungen im Jahresabschluss der Universitäten Frankfurt und Darmstadt für das Jahr 2000, um nicht abfließende BAföG-Mittel gemäß der jetzt geschätzten Antragslage und um eine zu verrechnende Rückzahlung der Max-Planck-Gesellschaft. Alle zwölf Präsidenten wissen: Damit gibt es keine Kürzungen beim Hochschulhaushalt selbst.

Hinsichtlich des Haushalts der Fachhochschule Frankfurt ist das glatte Gegenteil zu der von Ihnen zitierten Äußerung zutreffend. Im Jahre 1999 hatte die Fachhochschule Frankfurt Ausgaben in Höhe von 64,09 Millionen DM – inklusive zentraler Mittel und Forschungsmittel. Nach dem Haushaltsplanansatz für das Jahr 2002 wird die Fachhochschule Frankfurt – ohne die zentralen Mittel und ohne die Mittel aus dem Hochschulpakt – 68,8 Millionen DM erhalten, also über 4 Millionen DM mehr als 1999.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Frau Prof. Fellner.

Prof. Erika Fellner (SPD):

Frau Ministerin, trifft es zu, dass die Präsidenten der Hochschulen frühzeitig in diesem Jahr erfahren haben, wie hoch die Gesamtsumme ist, die das Wissenschaftsressort zu erbringen hat? Auch wir haben erfahren, dass es sich um 22 Millionen DM handeln soll.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Frau Fellner, sie haben es zum selben Zeitpunkt erfahren wie alle nachgeordneten Dienststellen aller anderen Ressorts.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Herr Prof. Hamer.

Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU):

Frau Ministerin, angesichts der rüden Formulierung von Herrn Präsidenten Kessler und der sachlichen Unrichtigkeit seiner Äußerung frage ich Sie, welche Möglichkeiten Sie sehen, im Rahmen Ihrer Diskussionsrunden mit den Präsidenten mäßigend auf Herrn Kessler einzuwirken.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Herr Abgeordneter, in diesem Land herrscht Meinungsfreiheit, und Minister müssen leider so viel Geduld aufbringen, sich auch beschimpfen zu lassen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 594, Herr Abg. Ortmann, CDU.

Siebert Ortmann (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie beurteilt sie den Vorschlag aus Baden-Württemberg, auf der Grundlage der geltenden rahmenrechtlichen Regelungen des Hochschulrechts den Hochschulen die Möglichkeit einzuräumen, 50 v. H. der Studierenden nach eigenen fachspezifischen Kriterien vorab auszuwählen?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Ministerin für Wissenschaft und Kunst.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Herr Abgeordneter, nach den bisherigen Regelungen des Hochschulrahmengesetzes ist es so, dass die Plätze in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen überwiegend nach dem Grad der nachgewiesenen Qualifikation, nach der Wartezeit und nach dem Ergebnis eines von den Hochschulen durchzuführenden Auswahlverfahrens vergeben werden.

Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland öffentlich erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken an diesem Verfahren im Hinblick auf die Studierfreiheit und das

Auswahlrecht der Studierenden geäußert und angekündigt, aus diesem Verfahren stufenweise auszustiegen.

Diese Haltung ist in allen Hochschulgremien diskutiert worden. Die Hochschulrektorenkonferenz hat vor einiger Zeit den Vorschlag gemacht, dass die Hochschulen 50 % der Studierenden vorab nach fachspezifischen Kriterien auswählen dürfen. Dazu hat Baden-Württemberg einen Antrag im Bundesrat gestellt. Wir haben uns angeschlossen, weil wir Hessen diese Auffassung teilen und für richtig halten.

Wir haben das Thema auf der Kultusministerkonferenz im Oktober erörtert. Wir sind bei den meisten Ländern – sogar bei SPD-regierten Ländern – auf Zustimmung gestoßen, ein solches stufenweises Vorgehen durchzuführen, um allmählich und mittelfristig aus dem ZVS-Verfahren aussteigen zu können. Deshalb begrüße ich diesen Vorschlag sehr.

Wir haben den hessischen Hochschulen die Möglichkeit eingeräumt, bei örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen 40 % der Studierenden nach eigenen fachspezifischen Kriterien auszuwählen. Ich bedauere es außerordentlich, dass sich aus Berichten, die ich mir habe geben lassen, und aus Gesprächen ergibt, dass die Hochschulen diese Freiheit, diesen Spielraum nicht ausnutzen. Die Argumente, die vorgetragen werden, lauten: Wir haben nicht genügend Personal. Wir müssten Prüfungsgremien einsetzen. – Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, der sich das Auswahlverfahren in Amerika angesehen hat, weiß, dass man in der Tat entsprechend viel Personal braucht.

Ich finde es höchst bedauerlich, dass Präsidenten hessischer Hochschulen und Professoren an hessischen Hochschulen immer lauter von uns verlangen, dass wir aus dem ZVS-Verfahren aussteigen, das Parlament den Hochschulen daraufhin mehr Autonomie gewährt, diese dann aber keinen Gebrauch davon machen.

Ich finde, da müssen wir einfach nachstoßen. Es muss die Möglichkeit geben, dass Hochschulen davon auch Gebrauch machen, um eines Tages die Situation zu erreichen, dass sich jeder Student in Deutschland die Hochschule aussuchen kann, die er will, und sich umgekehrt die Hochschulen die Studierenden aussuchen können, die sie selbst für richtig an ihrer Hochschule halten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das endet wie mit den Aufnahmeprüfungen!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, zunächst Frau Abg. Stolterfoht.

Barbara Stolterfoht (SPD):

Frau Ministerin, wenn Sie sich auf das Modell in den USA beziehen, wären Sie dann bereit, den Hochschulen nahe zu legen, dass sie zu Bewerbungen von Studierenden ermutigen, die benachteiligten Gruppen in den jeweiligen Fächern angehören? Genau das tun nämlich z. B. Spitzenhochschulen in Amerika mit der Begründung, man brauche für die Elitebildung eine breite Basis.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Frau Abgeordnete, ich bin der Meinung, dass man ein Verfahren finden muss, das es erlaubt, dass wir eine breite gute akademische Ausbildung haben, aber dass sich auf

dieser breiten guten Ausbildung eine Spitze entwickeln kann. Das ist in Deutschland nicht genug ausgebildet. Wir müssten beides tun. Ich glaube, da ist Amerika auf der anderen Seite kein gutes Beispiel. In Amerika haben sie herausgehobene Elitehochschulen, zum ganz großen Teil finanziert durch Studiengebühren und privates Sponsoring. Aber in der Breite der akademischen Ausbildung gibt es in den USA mehr Defizite als in Deutschland.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 595, Frau Abg. Schönhut-Keil.

Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet sie die Bundesratsinitiative 919/01?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Sozialministerin.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Die Bundesratsinitiative 929/01 ist eine Novellierung des Bundessozialhilfegesetzes, die zum Ziel hat, die Sozialhilfe auf ihre Kernaufgaben und insoweit insbesondere auf die Entkopplung der Bedarfsgrenzen mit der Steuerrechtsproblematik zurückzuführen. Die Initiative hat nichts mit dem zu tun, was wir in Hessen unter dem Stichwort Experimentierklausel oder Wisconsin-Modell diskutieren, und ist nicht so weitgehend.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie bewertet sie sie denn?)

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Schönhut-Keil.

Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Dann frage ich noch einmal andersherum: Wo waren die inhaltlichen Differenzen zwischen der Initiative von Bayern und anderen B-Ländern und der geplanten hessischen Initiative? Wie bewerten Sie diese?

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, da geht es nicht um Differenzen, sondern es geht darum, dass wir momentan unsere eigene Experimentierklausel vorbereiten. Sie kennen die Diskussion insoweit, als wir davon ausgehen, dass nicht nur die Sozialhilfe, sondern auch die Arbeitslosenhilfe mit behandelt werden muss.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 596, Frau Abg. Hofmann, SPD.

Heike Hofmann (SPD):

In welcher Höhe beteiligt sich das Land an der ursprünglich geplanten Studie zur Grundwassersituation?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:

Frau Abg. Hofmann, die Landesregierung hat sich bereit erklärt, sich an den geschätzten Gesamtkosten von maximal 500.000 DM für die Studie „Entwicklungsplanung Ried – Sicherstellung der Vorflut“ mit 70 % zu beteiligen. Voraussetzung zur Abberufung der zur Verfügung gestellten Mittel ist aber die 30-prozentige Beteiligung der Kommunen an der Finanzierung der Studie.

Jenseits der Studie wird die Landesregierung wesentliche Eingangsdaten für die Planung durch das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie bereitstellen und über eine Satellitenbilddauswertung einen weiteren Beitrag zur Lösung der bestehenden Probleme leisten.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hofmann.

Heike Hofmann (SPD):

Wann ist damit zu rechnen, dass das Ergebnis der Studie abgeschlossen ist?

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:

Frau Abg. Hofmann, wir haben die Studie bisher noch nicht in Auftrag gegeben, weil sich die Kommunen vom Grundsatz her, aber noch nicht endgültig, daran beteiligen wollen. Wir haben eindeutig gesagt, dass wir dann finanzieren, wenn sich die Kommunen mit 30 % beteiligen. Ich denke einmal, dass Anfang nächsten Jahres weitere Gespräche in dem Zusammenhang stattfinden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Herr Kollege Pawlik.

Sieghard Pawlik (SPD):

Herr Minister, wären Sie angesichts der Dringlichkeit des Sachverhaltes bereit, unbeschadet des Streites über den Finanzierungsbeitrag der Kommunen den Landesanteil auf den Weg zu bringen, sodass mit der Studie begonnen werden kann?

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Pawlik, grundsätzlich ist es so, dass wir uns in dieser Frage mit den betroffenen Kommunen unterhalten müssen. Wir hatten ursprünglich die Kommunen aufgefordert, bis zum August dieses Jahres eine Stellungnahme abzugeben. Das ist dann auf Ende November verlängert worden.

Die Kommunen sind der Meinung, dass es Landesaufgabe sei. Wir sind dieser Meinung nicht und werden mit den Kommunen wegen des 30-prozentigen Anteils weiter verhandeln. Ich finde Ihren Vorschlag aber interessant, so-

dass wir ihn auch in die Diskussion mit einbringen werden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 597, Frau Abg. Bergelt, SPD.

Barbara Bergelt (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

In welcher Höhe wird das Land Hessen den Modellversuch „Heroinvergabe an Schwerstabhängige“ in Frankfurt bezuschussen?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Sozialministerin.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Auf Beschluss der Landesregierung wird die Stadt Frankfurt für jedes volle Kalenderjahr der Modellperiode einen Zuschuss in Höhe von 650.000 DM vom Land Hessen erhalten. Das Modell ist auf maximal drei Jahre konzipiert. Somit wird das Land Hessen das Modell mit insgesamt 1,95 Millionen DM fördern.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 598, Herr Abg. Siebel, SPD.

Michael Siebel (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet sie den Projektvorschlag der Gesellschaft für Schwerionenforschung (GSI) in Darmstadt für ein internationales Beschleunigerzentrum für die Forschung mit Ionen und Antiprotonenstrahlen?

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Herr Abgeordneter, wie Sie wissen, hat uns die GSI schon im Sommer dieses Jahres darauf hingewiesen, dass sie die derzeitigen Beschleunigeranlagen vergrößern und erweitern will. Die bisherigen wissenschaftlichen Forschungsaufgaben, auch z. B. Therapieaufgaben in Verbindung mit der Heidelberger Universität, reichen von den Auslastungen der Großgeräte bis zum Jahre 2010.

Wenn man langfristig planen will, um eine Erweiterung mit erheblichen wissenschaftlichen Möglichkeiten zu machen, muss man jetzt schon planen. Die GSI hat der Bundesregierung und der Landesregierung vorgeschlagen, weitere Beschleunigeranlagen zu installieren bzw. zu vergrößern.

Geschätzte Investitionen in den Jahren 2004 bis 2008 – bisheriges Volumen –: 675 Millionen Euro. Die jetzigen Finanzierungsanteile sind – bei einem Haushalt der GSI von 130 Millionen – 90 % Bund, 10 % das Land. Das heißt, Hessen müsste nach diesem Schlüssel bei den Investitionskosten etwa 67,5 Millionen Euro tragen. Die könnten sozusagen in den Jahren ab 2004 überlegt werden.

Verehrter Herr Finanzminister, 675 Millionen Euro. Ich habe Sie und den Ministerpräsidenten im Sommer des

Jahres vorgewarnt, welche Investitionen mittelfristig auf uns zukommen. Diese Rieseninvestition, das ist eine der größten auch in Europa, soll so gehandelt werden, dass die Bundesregierung gemeinsam mit der Helmholtz-Gemeinschaft im Augenblick prüfen lässt, inwieweit sich eine solche Großinvestition in die europäische wissenschaftspolitische Struktur einfügen lässt.

Es gibt Arbeitsgruppen, die zurzeit mit dem Wissenschaftsrat eruiieren, ob ein Großteil der Investitionen auch von der Europäischen Gemeinschaft mitgetragen werden kann. Denn es wäre die größte, die wir je in unserem Land hätten. Der Ablauf ist so, dass Mitte des Jahres 2002 der Wissenschaftsrat eine Stellungnahme an die Träger geben wird. Das heißt, in der nächsten Legislaturperiode sind von der dann amtierenden Bundesregierung Entscheidungen zu fällen, aber auch in der nächsten Legislaturperiode des Hessischen Landtags.

Ich will dazu sagen, dass die GSI für uns in der hessischen Wissenschaftslandschaft von außerordentlicher Bedeutung ist. Wir sind deshalb den Empfehlungen des Wissenschaftsrates z. B. bei der personellen Besetzung gefolgt. Wir haben einen herausragenden Deutschamerikaner, der lange Jahre in Chicago war, als Leiter der GSI berufen, Herrn Prof. Henning, der gleichzeitig eine Professur für Atomphysik an der Johann Wolfgang Goethe-Universität hat. Daraus ergeben sich schon jetzt in Lehre und Forschung erhebliche Synergien, die wir gerne fortsetzen möchten.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Herr Kollege Siebel.

Michael Siebel (SPD):

Vorausgesetzt, dass der Wissenschaftsrat das Projekt, das die GSI vorgestellt hat, positiv bescheidet: Wäre die Landesregierung aufgrund ihres jetzigen Kenntnisstandes bereit, 10 % der Investitionen zu schultern?

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr verehrter Herr Siebel, ich habe mein positives Urteil über die Arbeit der GSI zum Ausdruck gebracht. Aber eine solche Investition, die in der nächsten Legislaturperiode zu schultern ist, bedarf der Beschlussfassung dieses Hauses, an der Sie mitwirken können.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Präsident Klaus Peter Möller:

Frage 599, Frau Abg. Prof. Fellner.

Prof. Erika Fellner (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

In welcher Weise ist sichergestellt, dass in hessischen Justizvollzugsanstalten Inhaftierte im Rahmen des Call-by-Call-Verfahrens preisgünstig telefonieren können?

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Minister der Justiz.

Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:

Frau Abg. Prof. Fellner, die Justizvollzugsanstalten des Landes Hessen sind wie alle Landesbehörden an den Rahmenvertrag des Landes Hessen mit der Deutschen Telekom gebunden. Inwieweit über Dienstapparate die Nutzung des Call-by-Call-Verfahrens in den Justizvollzugsanstalten möglich ist, wird zurzeit im Hessischen Ministerium der Justiz geprüft.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Fellner.

Prof. Erika Fellner (SPD):

Kann ich davon ausgehen, dass das dann z. B. auch gerade bei südamerikanischen Frauen möglich ist?

Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:

Frau Abg. Fellner, wir werden natürlich für den Fall, dass wir zu einem positiven Ergebnis unserer Prüfung kommen, keinerlei Ausnahmen machen. Das gilt dann für alle.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Herr Kollege Gerling.

Alfons Gerling (CDU):

Herr Minister, ist es zutreffend, dass diese Tarife, die auszuhandeln sind, nicht für Handys gelten, die in Haftanstalten grundsätzlich verboten sein sollten?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:

Herr Abg. Gerling, ich kann Ihnen nur bestätigen, dass der Gebrauch von Handys in Haftanstalten verboten ist.

Präsident Klaus Peter Möller:

Weitere Zusatzfrage, Herr Kollege Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister, finden Sie es, wenn Sie einmal unvoreingenommen an die Sache herangehen würden, nicht verwunderlich, dass Sie, wo Sie doch das Telefonieren quasi zum Schwerpunkt Ihrer Amtszeit gemacht haben, nach 34 Monaten im Amt nicht wissen, nach welchen Regeln in hessischen Justizvollzugsanstalten telefoniert wird?

Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:

Herr Abg. Al-Wazir, Sie haben in Ihrer Frage bereits eine falsche Unterstellung vorgenommen.

(Armin Klein (CDU): Wie immer!)

Aus meiner Antwort ist bereits zum Ausdruck gekommen, dass wir wissen, wie im Hinblick auf die vertraglichen Vereinbarungen mit der Telekom gebührenmäßig telefoniert

werden darf. Wir prüfen jetzt die sehr sinnvolle Frage von Frau Abg. Fellner, ob auch durch ein billigeres Abrechnungsverfahren telefoniert werden kann. Ich weise deshalb alle Unterstellungen, die Sie in diese Frage eingebaut haben, ausdrücklich zurück.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Die **Frage 600** soll wegen der heutigen Abwesenheit von Frau Abg. Sorge auf Wunsch ihres parlamentarischen Geschäftsführers auf das nächste Plenum gesetzt werden.

Die **Frage 601** hat Frau Abg. Sorge zurückgezogen.

Die **Frage 602** rufe ich jetzt auf. Herr Abg. Siebel, SPD.

Michael Siebel (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Was hat sie bisher unternommen, um sich in den Arbeitszusammenhang „Forum Bildung Hessen“ unterstützend einzubringen?

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Ich vermute, dass Sie mit Ihrer Frage meinen, wie sich Hessen am Forum „Bildung“ der Bund-Länder-Kommission beteiligt hat. Wir sind in diesem Forum der Bund-Länder-Kommission nicht vertreten. Frau Bulmahn, die Bundesbildungsministerin, und der bayerische Wissenschaftsminister, Hans Zehetmair, sind darin vertreten. Bund und Länder haben 1999 das Forum eingesetzt, um die Qualität und Zukunftsfähigkeit des deutschen Bildungssystems insgesamt sicherzustellen. Darin sind der Bund, die Länder, Sozialpartner, Kirchen, Wissenschaft, Studierende und Auszubildende vertreten und haben gemeinsame Empfehlungen ausgearbeitet.

Diese Empfehlungen sind im November in einer gemeinsamen Pressekonferenz von Frau Bulmahn und Herrn Zehetmair vorgestellt worden. Sie haben vielleicht wahrgenommen, dass dieselben Themen wie bei der PISA-Studie dort sehr differenziert bzw. sehr fundiert und in der Bilanz der derzeitigen Situation als Mangel dargestellt worden sind. Ich nenne nur ein paar: die Frühförderung von Motivation, die Fähigkeit, Lernen zu lernen, Lernen selbst zu steuern durch eine neue Lern- und Lehrkultur, die Einbeziehung des vielfältigen Lernens in Lebens- und Arbeitsalltag, die Steigerung der Zahl der Hochschulabsolventen durch Verstärkung der Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Hochschulen, das verstärkte Engagement der Hochschulen in der Weiterbildung und insgesamt die Anbahnung von langfristigen Finanzierungskonzepten für lebenslanges Lernen.

Mein Ressort und das von Frau Wolff – ein großer Teil der Empfehlungen betrifft schulische Themen – werden diese Empfehlungen sorgfältig prüfen und dann entscheiden, welche Empfehlungen wir schon umgesetzt haben, welche wir fortführen und welche wir neu in unsere Politik einzu beziehen haben.

Präsident Klaus Peter Möller:

Letzte Frage für heute, und damit hätten wir es auch: **Frage 603**, Frau Abg. Hillenbrand, SPD.

Silvia Hillenbrand (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie beurteilt sie den aufgrund der „rassistischen Äußerungen“ des Schulleiters der Jahnschule in Hünfeld für diese Schule eingetretenen Schaden?

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kultusministerin.

Karin Wolff, Kultusministerin:

In Erneuerung der Mitteilungen im Ausschuss teile ich Ihnen Folgendes mit: Zunächst muss festgehalten werden, dass die gegen den Schulleiter der Jahnschule in Hünfeld erhobenen Vorwürfe – ich zitiere – „rassistischer Äußerungen“ nicht bewiesen sind und von dem Schulleiter selbst bestritten werden. Bereits aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit wie auch aus Gründen der Fürsorgepflicht verbietet es sich, Vorverurteilungen vorzunehmen.

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Die hier gebotenen und erforderlichen Maßnahmen zur Sachverhaltsermittlung sind durch die zuständige Schulaufsicht bereits eingeleitet worden. Die Staatsanwaltschaft Fulda hat im Rahmen ihrer Zuständigkeit ebenfalls eine Überprüfung der Vorwürfe eingeleitet. Auch um drohenden Schaden für die gesamte Schule abzuwenden, hat das Staatliche Schulamt den Schulleiter am 6. Dezember vorläufig an das Staatliche Schulamt abgeordnet. Eine abschließende Würdigung des Vorgangs kann jedoch erst nach Abschluss der erforderlichen Ermittlungen erfolgen.

(Manfred Schaub (SPD): Aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit und der Fürsorglichkeit?)

– Das gehört sich so.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hinz. – Ich habe mich vertan: Erst Herr Riege, dann Frau Hinz und dann Frau Hillenbrand. Das ist die richtige Reihenfolge.

Bernd Riege (SPD):

Wie erklärt die Landesregierung die unterschiedliche Behandlung, dass dieser Schulleiter, gegen den die Vorwürfe zwar noch nicht belegt sind, der aber doch einige Probleme verursacht hat, an die Behörde versetzt wird, die nun gegen ihn ermittelt, während es im Finanzministerium offenbar möglich ist, über Nacht einen wichtigen Mann einfach in den Urlaub zu schicken?

(Manfred Schaub (SPD): Rechtsstaatlichkeit und Fürsorgepflicht!)

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Kollege Riege, der Betroffene ist von seinen Aufgaben freigestellt worden, die er in dem Moment zu erfüllen hatte und zu denen ihm Vorwürfe gemacht worden sind. Dem Schulleiter der Jahnschule werden Vorwürfe gemacht, die noch untersucht werden müssen und in Untersuchung begriffen sind.

(Manfred Schaub (SPD): Aha!)

Der Schulleiter ist nicht versetzt, sondern er ist abgeordnet, sodass der Schulfriede an seiner Schule – das ist sicherlich das Hauptargument – wieder hergestellt wird.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hinz.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Kultusministerin, ist denn jetzt fast zwei Wochen nach der Abordnung des Schulleiters an das Staatliche Schulamt geklärt, welche Aufgabengebiete er dort wahrnehmen soll?

Karin Wolff, Kultusministerin:

Frau Kollegin Hinz, seit der letzten Ausschussberatung ist mir darüber keine neue Nachricht mitgeteilt worden. Ich habe Ihnen im Ausschuss bereits mitgeteilt, dass der Schulleiter krankgemeldet ist.

Präsident Klaus Peter Möller:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hillenbrand.

Silvia Hillenbrand (SPD):

Frau Ministerin, ich möchte es doch ein bisschen deutlicher haben. Ihre Antwort auf die Frage meines Kollegen Riege war mir zu schnell. Sie haben gesagt, Herr Hofsummer sei an das Schulamt abgeordnet worden. Ich denke, das ist im Einvernehmen mit Ihnen passiert.

Ich frage Sie noch einmal ganz deutlich: Warum konnten Sie im Kulturpolitischen Ausschuss sagen, es gebe keine rechtlichen Möglichkeiten, Herrn Hofsummer vom Dienst freizustellen, obwohl parallel dazu Ihr Kollege Weimar seinen Abteilungsleiter im uns allen bekannten Fall sofort von seinen Dienstgeschäften entbunden hat?

(Manfred Schaub (SPD): Was ist der Unterschied?)

Karin Wolff, Kultusministerin:

Frau Kollegin Hillenbrand, es bestanden zwei Notwendigkeiten. Erstens ermittelt die Staatsanwaltschaft in diesem Fall – ich denke, das ist ein wesentlicher Unterschied. Zweitens. Der Schulfriede war an dieser Schule wieder herzustellen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wird ja immer schlimmer!)

Deswegen war der Schulleiter aus dem Gefecht zu ziehen und an einer anderen Stelle unterzubringen, bis die Vorwürfe geklärt werden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Letzte Frage, Frau Kollegin Hillenbrand.

Silvia Hillenbrand (SPD):

Interessant ist wirklich diese Ungleichbehandlung durch das Kabinett. Ich frage Sie noch einmal – es ist mir völlig Wurscht, wer diese Frage beantwortet –: In welcher Form

war der Ministerpräsident bei der Personalentscheidung im Finanzministerium eingebunden?

Karin Wolff, Kultusministerin:

Frau Hillenbrand, es gibt Fragen, die ich Ihnen nicht beantworten kann.

(Manfred Schaub (SPD): Die Landesregierung ist gefragt, nicht Sie!)

Es ging in dem anderen Fall um eine Freistellung, d. h. zunächst um eine Rücknahme aus einer Abteilungsleiterfunktion mit bestimmten Aufgabenstellungen. Das ist offenkundig ein anderer Fall als derjenige, der hier vorliegt.

Präsident Klaus Peter Möller:

Kollege Schaub, ich weiß, Sie fragen die Landesregierung. Aber ich meine, man kann nicht nach Schwarzgeld fragen und dann erwarten, dass die Landesregierung zu Obstbäumen antwortet. Die Fragen müssen schon einen Zusammenhang bilden.

(Widerspruch des Abg. Manfred Schaub (SPD))

– Es war die letzte Frage. Ich bin mit der Antwort zufrieden. Wenn Sie nicht zufrieden sind, dann müssen wir uns darüber unterhalten.

(Manfred Schaub (SPD): Dann bohren wir weiter, auch gut! – Gegenruf von der CDU: Nicht mehr in diesem Jahr! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Doch, so geht es. Herr Kollege Reichenbach, wollen Sie mich ersetzen? – Es ist so, bei einer ganz präzisen Frage nach einer Person kann man doch nicht einfach wild nach einer anderen Person drauflos fragen.

Es gibt keine Fragen aus der Fragestunde mehr. Deshalb kommen wir jetzt zu **Tagesordnungspunkt 56**. Ich rufe ihn auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Ingenieurkammergesetzes und des Hessischen Wassergesetzes – Drucks. 15/3490 zu Drucks. 15/3432 –

Wer kann für Herrn Kollegen von Plottnitz Bericht erstatten? – Herr Kollege Kaufmann.

Frank-Peter Kaufmann, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr in der 91. Plenarsitzung am 12. Dezember 2001 überwiesen worden. Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat sich in seiner Sitzung am 13. Dezember 2001 mit dem Gesetzentwurf befasst und ist mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der SPD zu seiner Beschlussempfehlung an das Plenum gelangt.

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich bedanke mich. – Auf Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt soll verzichtet werden.

Ich bitte also um Ihre Abstimmung in zweiter Lesung. Wer stimmt dem Gesetzentwurf zu? – Gegenstimmen? – Enthaltung? – Keine Enthaltungen. Dafür gestimmt haben CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP geschlossen, dagegen die SPD geschlossen. Ersteres war die Mehrheit. Damit ist dieser Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen und zum Gesetz erhoben worden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2001 (Nachtragshaushaltsgesetz 2001) – Drucks. 15/3487 zu Drucks. 15/3464 und zu Drucks. 15/3022 –

Bevor ich Herrn Kollegen Klemm um Berichterstattung bitte, rufe ich vereinbarungsgemäß ferner **Tagesordnungspunkt 57** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend restlose Aufklärung der Weimar-Affäre – Drucks. 15/3501 –

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Kollege Klemm. – Wo haben wir ihn? Wer kann aus dem Haushaltsausschuss Bericht erstatten?

(Manfred Schaub (SPD): Können Sie mir die Drucksache geben?)

– Ja, ich gebe Ihnen das.

Manfred Schaub, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in der Fassung der zweiten Lesung mit den in der Drucks. 15/3487 aufgeführten Änderungen in dritter Lesung anzunehmen.

Darüber hinaus empfiehlt der Haushaltsausschuss dem Plenum, zu den Einzelplänen weitere Beschlüsse zu fassen, wie sie ebenfalls in der Drucks. 15/3487 aufgeführt sind.

In seiner Sitzung am 13. Dezember 2001 hat der Haushaltsausschuss den Gesetzentwurf, die Einzelpläne und die Änderungsanträge hierzu behandelt und mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die genannte Beschlussempfehlung gefasst.

(Beifall des Abg. Frank Lortz (CDU))

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich bedanke mich bei dem Berichterstatter und eröffne die Aussprache. Als Redezeit sind 15 Minuten je Fraktion vereinbart. Erste Wortmeldung, Herr Kollege Brückmann für die CDU.

Uwe Brückmann (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU/FDP-Landesregierung bleibt bei ihrem erfolgreichen Kurs

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Des Schuldenmachens!)

in Hessen und für Hessen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Trotz schlechter Rahmenbedingungen, die die Berliner Koalition von Rot und Grün zu verantworten hat,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

setzen wir unseren erfolgreichen Kurs in Hessen fort.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Rede vom letzten Dienstag!)

– Herr Al-Wazir, ich bleibe dabei: Diese Regierung setzt positive Akzente in schwieriger Zeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schuldenmachen! – Zurufe von der SPD: Mehr Schulden!)

Ich sage Ihnen auch, davon lassen wir uns nicht abbringen, schon gar nicht von Ihnen, von der Opposition.

(Gerhard Bökel (SPD): Von wem denn sonst?)

Wir gehen unseren Weg konsequent und zielgerichtet, für ein besseres Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihnen geht es doch nur um eines: Sie wollen Klamauk machen, anstatt über den Haushalt und den Nachtragshaushalt zu reden, immer nach dem Motto: Irgendetwas wird schon hängen bleiben, am Finanzminister oder an der Landesregierung.

Ein wenig haben wir schon den Eindruck, dass Sie blind vor Wut sind über die verlorene Landtagswahl des Jahres 1999.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, so rückwärts orientiert wie Sie sind wir nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt eine Landesregierung, die die Probleme in diesem Land anfasst und löst – und das Schlimme ist, diese Probleme haben Sie uns hinterlassen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

Die arbeiten wir jetzt auf. Das ärgert Sie, denn Sie werden draußen von den Menschen auf diese Situation angesprochen. Da sucht man dann natürlich händeringend nach Nebenkriegsschauplätzen. Das ist doch alles, was Sie im Moment tun.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über 500 Millionen DM mehr Schulden, das ist ein Nebenkriegsschauplatz – das sagt der Haushaltsexperte von der CDU!)

– Herr Kaufmann, das muss man an dieser Stelle darstellen. Herr Kaufmann, Sie müssen auch zur Kenntnis nehmen, der Finanzminister Karlheinz Weimar hat im Landtag am 25. Oktober, in einer öffentlichen Sitzung des Haushaltsausschusses am 31. Oktober, in der Haushaltsausschusssitzung am 7. November und nochmals im Landtag am 13. Dezember zu Ihren Vorhaltungen Stellung genommen.

(Gerhard Bökel (SPD): Was der alles in öffentlicher Sitzung erzählt! – Manfred Schaub (SPD): Nein, das hat er nicht!)

– Doch, das hat er.

(Gerhard Bökel (SPD): Aber wie!)

Herr Schaub, es wäre schön gewesen, wenn Sie anwesend gewesen wären und zugehört hätten. Dann hätten Sie viele Fragen beantwortet bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, genau das hat er nicht getan! – Manfred Schaub (SPD): Das hat er nicht gemacht!)

Ich sage Ihnen weiter: Ein Schreiben der SPD-Landtagsfraktion vom 11. Dezember wurde vom Finanzminister sehr schnell mit Schreiben vom 12. Dezember beantwortet. Herr Schaub, da frage ich Sie schon: Was wollen Sie dann noch?

(Manfred Schaub (SPD): Lesen Sie es doch einmal richtig durch!)

Dann ist es schon interessant, wenn Sie mit Schreiben vom 13. Dezember feststellen, dass die Fragen Ihrer Meinung nach nicht vollständig beantwortet wurden.

(Manfred Schaub (SPD): Bis heute nicht!)

Im letzten Absatz Ihres Briefes stellen Sie aber fest: „Nachdem Sie unseren ersten Fragenkatalog freundlicherweise prompt beantwortet haben, bitte ich Sie um eine Beantwortung dieser neuen Fragen bis Montag, 17. Dezember.“

(Manfred Schaub (SPD): Genau!)

Dies entlarvt Ihre Taktik, jetzt das Thema warm zu halten und über die Weihnachtsferien am Kochen zu halten. Nichts anderes haben Sie im Sinn.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Da frage ich Sie, Herr Schaub: Was haben Sie denn seit Ende Oktober/Anfang November – die Sondersitzung des Haushaltsausschusses war am 7. November – getan? Nichts. Es war Sendepause. Sie haben keine parlamentarischen Initiativen unternommen. Jetzt kommen Sie auf einmal wieder an.

Ich darf, auch für meine Fraktion, feststellen: Karlheinz Weimar ist ein guter Finanzminister, und er hat keinen Fehler gemacht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD – Gerhard Bökel (SPD): Das sagt er ja sogar selbst!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie müssen auch einmal begreifen, dass die Ursachen für die enorme Verschlechterung der Haushaltssituation in Hessen anderswo begründet sind.

(Manfred Schaub (SPD): Vollmundigkeit ersetzt keine Sachkenntnis, Herr Kollege! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Immer sind die anderen schuld!)

Herr Bökel, ich habe Ihnen beim letzten Mal dargestellt: In den Jahren 2001 bis 2005 wird dieses Land mit Steuerausfällen in Höhe von rund 6,65 Milliarden DM konfrontiert. Wir haben in Hessen Rahmenbedingungen, die nicht nur in Hessen so sind, sondern auch in anderen Bundesländern. Das sollten Sie einmal mitnehmen. Das müssen

wir abarbeiten. Angesichts dieser erschwerten Bedingungen machen diese Landesregierung und unser Finanzminister einen verdammt guten Job.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kommen mir die Tränen, die schwere Last! – Manfred Schaub (SPD): Das glauben ja die eigenen Reihen nicht einmal!)

– Herr Schaub, diese Kritik müssen Sie sich gefallen lassen: Von einer guten Opposition hätten wir erwartet, dass sie mit Anträgen zum Nachtragshaushalt 2001 und auch mit Anträgen zum Haushalt 2002 gekommen wäre.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben Sie doch alle abgelehnt!)

– Von der SPD-Fraktion, Herr Kaufmann, gab es dazu nur eine Fehlanzeige. Das ist die Wahrheit.

(Gerhard Bökel (SPD): Deswegen haben Sie den GRÜNEN-Anträgen zugestimmt?)

Eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Rechenwerk, das wir Ihnen vorgelegt haben, wollten Sie gar nicht. Ich sage: Das ist ein Armutszeugnis für die Sozialdemokratie in Hessen, dass sie sich in den letzten Monaten mit dem vorgelegten Haushalt überhaupt nicht auseinander gesetzt hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen.

Jetzt kommen wir noch einmal zurück auf den Bereich der Haushaltsklarheit und -wahrheit.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, bleiben Sie beim Thema: Weshalb haben Sie unsere Anträge alle abgelehnt?)

Deshalb haben wir einen Nachtragshaushalt vorgelegt. Rot-Grün hat regelmäßig verfassungswidrige Haushalte im Vollzug vorgelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Die durchschnittliche Nettoneuverschuldung der rot-grünen Vorgängerregierung lag bei 2,19 Milliarden DM. Hören Sie noch einmal genau und gut hin, Herr Schaub, was Sie für dieses Land getan haben.

(Gerhard Bökel (SPD): Wiederholen Sie es noch einmal! Wir wollen doch zuhören!)

– Herr Bökel, der absolute Rekord war 1997. Daran können Sie sich vielleicht noch gut erinnern. Mit über 2,89 Milliarden DM haben Sie in die Vollen gelangt. Das ist die Politik, die Sie in Hessen gemacht haben. Damit haben wir aufgeräumt, denn diese Haushalte von Rot-Grün hatten nichts, aber auch gar nichts mit der Realität, geschweige denn mit Haushaltswahrheit und -klarheit zu tun.

(Beifall der Abg. Norbert Kartmann und Frank Lortz (CDU))

Das, was wir 1999 und 2000 an Haushalten vorgelegt haben, kann sich sehen lassen. Für beide Haushaltsjahre zusammen hatten wir eine Nettoneuverschuldung von 1,96 Milliarden DM. Damit liegen wir immer noch 0,93 Milliarden DM unter dem Fehlgriff, den Sie sich im Jahr 1997 geleistet haben. Das muss man Ihnen auch mit auf den Weg geben.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Klasse!)

In dem Zusammenhang, in dem die Bundesländer Haushalte aufstellen und abwickeln müssen, sage ich Ihnen deutlich: Dieses Gesamtumfeld ist insoweit für Hessen noch schlimmer. Wir sind in Hessen doppelt belastet: Wir hatten eine rot-grüne Vorgängerregierung mit Hans Eichel an der Spitze, und jetzt haben wir Hans Eichel noch in Berlin, der nichts für die Länder tut, nichts für Hessen und nichts für die anderen Bundesländer.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, Herr Kollege! Sie werden ja schamrot dabei!)

Ich möchte kurz ein Zitat bringen. Eine führende Zeitung in Deutschland titelt in der Ausgabe vom 30. November: „Die meisten Länder haben den Pfad der Tugend verlassen.“ Diese Überschrift, meine sehr verehrten Damen und Herren, macht sehr überzeugend deutlich,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie auch dabei sein müssen!)

in welcher Situation sich die Bundesländer befinden und welche Anstrengungen dieser Finanzminister Karlheinz Weimar unternehmen musste. Da ist es schon beschämend, wie Sie mit Karlheinz Weimar umgehen, obwohl Sie wissen, dass alle Bundesländer von Norden nach Süden die gleichen Finanzprobleme haben wie wir Hessen auch.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber sie lösen sie nicht so schlecht!)

– Das muss man auch zur Kenntnis nehmen, Herr Kaufmann. Es wird ja schon ganz still bei Ihnen, weil Sie selber erkannt haben, dass das mit Ihrer Arbeit nicht mehr der richtige Weg ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, so miserabel wie Hessen löst es keiner, die machen es alle besser!)

– Herr Kaufmann, der Vorwurf geht ja nicht an Sie, sondern an die SPD, die sich überhaupt nicht mit diesem Haushalt auseinander gesetzt hat, weder mit dem Nachtrag noch mit dem Haushalt. Herr Kahl, diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen.

(Gerhard Bökel (SPD): Die 700 Millionen DM haben Sie Herrn Kahl zu verdanken! Sie wüssten das heute noch nicht!)

– Herr Bökel, bleiben Sie ruhig.

Steuermindereinnahmen in Höhe von 510 Millionen DM machen deutlich, welche Probleme wir Hessen haben, gerade auf der Einnahmenseite. Genau in dieser Höhe lassen wir auch eine Zunahme der Nettokreditaufnahme zu. Wir machen nur in dieser Höhe eine höhere Verschuldung in Hessen. Das macht deutlich, welche Anstrengungen wir unternommen haben – ich habe es Ihnen bei der zweiten Lesung bereits gesagt –, um in anderen Bereichen einzusparen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sparen doch überhaupt nichts ein!)

Ich zitiere jetzt wieder aus einer Zeitung; vielleicht wird es Ihnen dann deutlich:

In höhere Schulden zur Deckung ihrer Etats flüchten die Landesregierungen ganz unabhängig von ihrer parteipolitischen Zusammensetzung. Als einer der Ersten hat der SPD-Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, Steinbrück, angekündigt, er müsse

den Konsolidierungskurs vorübergehend verlassen, obwohl er ihn angesichts der hohen Zinsbelastung des Landesetats für zwingend halte. Aus Rücksicht auf das Wirtschaftswachstum müsse den Ländern der Weg offen stehen, die konjunkturbedingten Ausfälle statt über Sparmaßnahmen über eine höhere Kreditaufnahme zu finanzieren, teilte Steinbrück zusammen mit den sozialdemokratischen Finanzministern von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein mit.

Ich hoffe, Sie Sozialdemokraten in Hessen begreifen endlich auch einmal, wie die Situation ist und welche Schwierigkeiten wir haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein für Sie sehr peinlicher Vergleich, Herr Kollege!)

Wir machen mit unserem Nachtrag weiter, Herr Kaufmann. Wir tun mehr für die Stärkung der inneren Sicherheit.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt doch gar nicht!)

Wir stärken das Landesamt für Verfassungsschutz. Da muss man auch sagen: Die Bedenken, die Sie vorgetragen haben, sind rechtlich nicht haltbar.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wird sich zeigen, Herr Kollege!)

Der Nachtragshaushalt ist auch Grundlage für den Haushalt 2002. Auch dies haben wir ausgeräumt. Wir machen weiter. Wir unterstützen die Olympiabewerbung,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schön wärs! Sie haben nur kein Geld dafür!)

und wir haben den größten Topf an Mitteln für den Sport bereitgestellt. Man kann an dieser Stelle auch sagen: Alle Anträge im Bereich der Sportförderung sind in diesem Jahr bedient worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich darf als wichtige Botschaft festhalten: Hessen bleibt auf seinem Weg. Die Verbesserung der Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen genießt höchste Priorität. Hier haben wir ein Plus. Bundesweit sind wir Spitze mit 7,1 % im Bereich der Bildung. Das macht deutlich, welche Anstrengungen wir unternommen haben, um Ihre unterlassene Arbeit hier wieder aufzuarbeiten.

(Beifall des Abg. Frank Lortz (CDU))

Ich denke, in die Bildung und Ausbildung unserer Kinder investiertes Geld ist gut investiertes Geld. Ich stelle auch fest, dass wir seit dem Regierungswechsel kontinuierlich an der Verbesserung unseres Bildungssystems gearbeitet haben. Die bereitgestellten Haushaltsmittel sind ein eindrucksvoller und eindeutiger Beweis für unser politisches Handeln. Dieses Geld ist gut angelegtes Geld für die Zukunft unserer Kinder und damit auch für die Zukunft unseres Hessenlandes. Das sage ich auch an die Adresse derjenigen, die Kritik daran üben, dass wir die Nettoneverschuldung anheben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Nachtragshaushalt ist ein Beweis für Haushaltsklarheit und -wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keiner blickt durch!)

Er ist ein Beweis für Klarheit und Wahrheit. Sie haben es immer nur in der Abwicklung gezeigt. Wir haben mit dem Nachtragshaushalt 2001 und dem Haushalt 2002 die richtigen Weichen gestellt, damit unser Hessezug weiter mit voller Fahrt an unser gestecktes Ziel kommt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das ist der Abgrund, oder wie?)

Wir machen Hessen zum Bildungsland. Wir machen Hessen zum Land der modernen Arbeitsplätze, und wir machen Hessen zu einem Land mit mehr Sicherheit. Das ist das, was Sie ärgert: dass wir trotz der finanziellen Schwierigkeiten, die wir haben, unsere gesetzten Ziele umsetzen. Unsere Leistungsbilanz am Ende der Legislaturperiode wird eine Erfolgsstory sein. Das tut Ihnen weh. Damit werden wir antreten. Wir nutzen – das kann man an dieser Stelle auch sehr deutlich sagen – unsere Chancen, damit wir für die Zukunft gewinnen. – Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. Kahl für die SPD-Fraktion.

Reinhard Kahl (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die hessische Finanzpolitik ist zu einer großen Belastung für die Politik der Landesregierung geworden.

(Beifall bei der SPD – Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Der Nachtrag 2001 offenbart das Scheitern der Politik des Finanzministers auf ganzer Linie, bzw. knapp und deutlich ausgedrückt: Sie können es schlicht nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Brückmann, wenn Sie sich hierhin stellen und sagen, dieser Finanzminister habe keinen Fehler gemacht, muss ich feststellen, dass das eine verwegene Aussage ist. Er selbst hat zugegeben, dass er das Parlament zumindest an einer Stelle falsch informiert hat. Sie sagen, Sie hätten uns ein „Rechenwerk“ vorgelegt. Herr Kollege Brückmann, darauf antworte ich Ihnen: Das ist ein Verrechenwerk, aber kein Rechenwerk.

(Beifall bei der SPD)

Wie beim verabschiedeten Haushalt 2002 reduziert sich auch beim Nachtrag die Antwort der Finanzpolitik dieser Regierung auf die aktuellen Herausforderungen im Kern auf das einfache und schlichte Motto: mehr Schulden, nach uns die Sintflut.

(Beifall bei der SPD)

Sie arbeiten nicht zukunftsbezogen, sondern allein mit Blick auf den nächsten Wahltag. Das schadet unserem Land Hessen. Ich will das verdeutlichen. In den ersten beiden Jahren Ihrer Regierungsverantwortung stand die Finanzpolitik nicht sehr im Vordergrund. Durch deutliche Steuermehreinnahmen – nach Länderfinanzausgleich rund 1,6 Milliarden DM – konnten Sie aus dem Vollen

schöpfen. Mahnende Worte, von uns wiederholt vorgetragen, wurden schlicht ignoriert, da sie nicht sofort relevant wurden.

Die zwei zentralen Fehler Ihrer ersten beiden Haushaltsjahre rächen sich jetzt bitter. Erstens haben Sie den Konsolidierungskurs leichtfertig aufgegeben, und zweitens haben Sie nicht ausreichend Vorsorge für die kommenden Jahre getroffen. Heute zeigt sich, dass wir mit unserer Kritik an den Haushalten 1999 und 2000 völlig Recht hatten.

(Beifall bei der SPD)

Das zweite Halbjahr 2001 präsentiert dem Parlament und der Öffentlichkeit einen hessischen Finanzminister, der seine Position mit zunehmender Geschwindigkeit korrigieren und räumen muss. „Sprunghaft, windig und wirr“ – so ist ein Kommentar der „FAZ“ überschrieben. Das gilt für die gesamte weimarsche Finanzpolitik des zweiten Halbjahres.

(Beifall bei der SPD)

Nur einige Beispiele zu der steigenden Geschwindigkeit, mit der der Finanzminister Korrekturen an seiner eigenen Position vornimmt. Die SPD forderte nach der Sommerpause einen Nachtragshaushaltsplan wegen des offenbar werdenden 250-Millionen-DM-Lochs. In der Debatte am 22. August lehnte der Finanzminister einen Nachtragshaushaltsplan ab. Wenige Wochen später wurde die Notwendigkeit eines Nachtragshaushalts wegen der angeblich zu hohen Zahlungen in den Länderfinanzausgleich doch noch eingeräumt. Am 23. Oktober – zwei Monate später – verkündete der Finanzminister endgültig den Nachtrag 2001. Nach zwei Monaten wurde die Position also geräumt.

Am 24. Oktober forderte die SPD die Überarbeitung des Haushaltsplanentwurfs 2002, weil er erkennbar auf unzutreffenden, nämlich veränderten Zahlen des Jahres 2001 beruht. Zu dem Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2002 sagt Karlheinz Weimar an demselben Tag im Plenum: „Er wird nicht überarbeitet, sondern so vollzogen, wie wir ihn vorgelegt haben.“ Am 12. Dezember wird in dritter Lesung die Nettokreditaufnahme des Haushalts um 166,7 Millionen Euro angehoben.

Am Dienstag, den 23. Oktober, wurde der Presse der erste Entwurf eines Nachtragshaushaltsplans vorgestellt. Am 25. Oktober, d. h. noch einen Tag, nachdem wir Ihnen bereits nachgewiesen hatten, dass Ihr Nachtrag auf grob falschen Zahlen aufbaut, hat Herr Weimar im Parlament vollmundig verkündet, „dass wir den Nachtragshaushalt weiter auf der Tagesordnung lassen“.

Wie ging es weiter? Eine Woche später, also am 1. November, legte der Finanzminister einen korrigierten Nachtrag vor. Meine Damen und Herren, so viel zum Stichwort „Beständigkeit der Aussagen dieses Finanzministers“ – um das einmal klarzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Der vorgelegte Nachtragshaushalt basiert auf der Veränderung – Herr Kollege Brückmann, nur darum geht es eigentlich – zweier wichtiger Eckdaten, und zwar auf der Veränderung bei der Höhe der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich und auf der Veränderung beim Steueraufkommen. Im Grunde haben wir zwei deutlich unterschiedliche Nachtragshaushaltsplanentwürfe des Finanzministers. Ich erinnere an den ersten Versuch vom 23.10. und an den zweiten Versuch vom 1. November.

Herr Kollege Brückmann, es ist schon ein starkes Stück, wenn Sie uns vorwerfen, wir würden uns nicht mit diesem Nachtrag beschäftigen. Wir – wer sonst? – haben Ihnen doch nachgewiesen, dass der Nachtragshaushalt falsch ist und dass Sie korrigieren mussten.

(Beifall bei der SPD – Manfred Schaub (SPD): Wer denn sonst?)

Beide Entwürfe unterscheiden sich fundamental.

(Gerhard Bökel (SPD): So weit zur Wahrheit!)

Noch einmal zurück: Der erste Entwurf geht von einer deutlichen Erhöhung des LFA-Beitrags und einer geringfügigen Reduzierung des Steueraufkommens aus. Der zweite Entwurf geht von einer Reduzierung der Abführung an den Länderfinanzausgleich und einer drastischen Reduzierung des Steueraufkommens aus. Wie sich die zwei zentralen Eckdaten des Nachtrags – LFA und Steueraufkommen – innerhalb einer Woche fundamental ändern können, wird das Geheimnis dieses Finanzministers bleiben und ist wohl einmalig in dieser Republik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Sie aufgefordert, dem Haushaltsausschuss den ersten Entwurf vorzulegen. Das haben Sie abgelehnt. Es wäre sehr interessant gewesen, zu erfahren, wie Sie innerhalb einer Woche zu derart unterschiedlichen Einschätzungen gekommen sind. Eines ist sicher: Mit seriöser Finanzpolitik hat das alles gar nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD – Manfred Schaub (SPD): Überhaupt nichts!)

Meine Damen und Herren, so viel zur Abteilung „Verschleierung“.

(Frank Lortz (CDU): Jetzt langt es aber! – Gegenruf des Abg. Armin Clauss (SPD): Was heißt: „Jetzt langt es aber“?)

Einige Bemerkungen zum Länderfinanzausgleich. Nach jeder Quartalsabrechnung hat der Finanzminister – das haben Sie immer aus eigener Verantwortung getan – die hohen Zahlungen Hessens in den Länderfinanzausgleich beklagt. Dabei hätte der Finanzminister schon am Ende des ersten Halbjahres bei genauerem Hinsehen erkennen müssen, dass sich die Rekordzahlungen des ersten Quartals reduzieren würden. Das hängt schlicht mit Daten zusammen. Verringerung der Steuerkraft Hessens im ersten Quartal: 143 %, im zweiten Quartal: 134 %. Er hat schlicht die Abrechnung für das dritte Quartal nicht abgewartet und fälschlicherweise von weiteren höheren Zahlungen in den Länderfinanzausgleich gesprochen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dazu noch einmal Weimars Zahlen – schließlich reden wir ja über ein „Rechenwerk“ –, die für den Nachtragshaushalt maßgeblich sind. Am Freitag, dem 19. Oktober, heißt es in einer eigenen Pressemitteilung, die LFA-Zahlungen – die ersten drei Quartale; damit das klar ist – betragen 5 Milliarden DM. Kein Wort steht darin von einer möglichen Rückzahlung. Am Dienstag der folgenden Woche, d. h. bei der Vorstellung des ersten Nachtrages, lagen die Zahlungen nur noch bei 4,4 Milliarden DM. Das war nur vier Tage später. Am Donnerstag musste er einräumen, dass die von uns am Mittwoch genannte Zahl von 3,6 Milliarden DM stimmt. Innerhalb einer knappen Woche musste sich der Minister um 1,4 Milliarden DM korrigieren.

(Beifall bei der SPD – Gerhard Bökel (SPD): So weit zum Zahlenwerk!)

Dass Sie dabei nervös werden, kann ich verstehen. Innerhalb einer Woche – dies ist der einsame Rekord eines Finanzministers und ein weiterer Beleg zum Stichwort „Seriosität“.

(Frank Lortz (CDU): Stimmt doch gar nicht!)

– Meine Damen und Herren, Herr Kollege Lortz, das alles sind Zahlen, die Sie veröffentlicht haben.

(Gerhard Bökel (SPD): Alles unbestritten!)

Die 3,6 Milliarden DM war die einzige Zahl, die Sie nicht veröffentlicht haben. Die mussten Sie einen Tag später einräumen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ihren vorläufigen Höhepunkt fand die hessische Finanzpolitik in der Beurlaubung eines Beamten des Ministeriums, die offensichtlich – das ist wohl klar – zu Unrecht erfolgte.

(Beifall bei der SPD – Gerhard Bökel (SPD): Das haben wir alles gesagt!)

Das war lediglich ein unzureichendes Ablenkungsmanöver von den eigenen Fehlern auf Kosten eines hoch qualifizierten und loyalen Beamten, das

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– ich füge hinzu – sehr wahrscheinlich sogar auf allerhöchsten Rat des Ministerpräsidenten erfolgte. Dazu hätten wir gerne eine Auskunft des Ministerpräsidenten.

(Frank Lortz (CDU): Abschließen!)

Meine Damen und Herren, das erfolgt nach der Devise: Schuld sind immer die anderen. – Eigene politische Verantwortung kennt diese Landesregierung nicht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Fragen Sie einmal, was in Saarbrücken los war. In Journalistenkreisen redet man über die Anweisungen aus Saarbrücken. Deswegen kann der Ministerpräsident hier einiges dazu sagen.

(Gerhard Bökel (SPD): Aha!)

Herr Finanzminister, Sie hatten entschieden, dass der Nachtrag wenige Tage vor der Quartalsabrechnung und auf der äußerst wackeligen Basis der eigenen Berechnungen von angeblich nur 600 Millionen DM Rückzahlung vorgelegt wurde. Dieser Nachtrag ist Ihnen nicht von Ihren Mitarbeitern aufgezwungen worden, es war Ihre eigene Entscheidung und damit auch Ihre eigene politische Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Brückmann, da können Sie auf die anderen Bundesländer verweisen: Kein Bundesland hat das vorzuweisen, was dieser Minister hier mit seinem Verrechnen praktiziert hat – um es ganz deutlich zu sagen.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): So ist es!)

Weiter zum Thema LFA. In der Debatte am 24.10.2001, in der ich dem Finanzminister seine falschen Zahlen für das dritte Quartal vorgehalten habe, hat er noch davon gesprochen – hören Sie genau zu –,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wir hören Ihnen immer genau zu, auch wenn es schwer fällt!)

„dass sich die Zahlungen Hessens in den Länderfinanzausgleich für das gesamte Jahr gegen 6 Milliarden DM bewegen“.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

In seinem eigenen Nachtrag vom 1. November hat er den Haushaltsansatz von 5,1 auf 5,047 Milliarden DM zurückgenommen, weil er sich wieder in einer Woche um rund 1 Milliarde DM verrechnet hat. – Auch dies zum Stichwort Seriosität.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Das können Sie alles nachlesen. Das ist alles in der Debatte gesagt worden, Herr Minister. Das stimmt alles.

(Gerhard Bökel (SPD): Dieses Chaos kann doch keiner mehr bestreiten!)

Nun zum Stichwort Steueraufkommen. Am 23. Oktober lagen die Steuermindereinnahmen bei 72 Millionen DM, am 1. November lagen sie dann bei 613 Millionen DM – wieder um mehr als eine halbe Milliarde DM verkalkuliert. Dies noch einmal zum Stichwort Seriosität. Herr Finanzminister, wer soll Ihren Zahlen denn noch trauen?

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Er selbst! – Gerhard Bökel (SPD): Es glaubt auch niemand!)

Nicht einmal das eigene Kabinett und die Koalition, geschweige denn die Öffentlichkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach der November-Steuerschätzung sprach der Finanzminister von einer Punktlandung. Wenn dies eine Punktlandung war, dann war Ihre eigene Schätzung vom 23. Oktober eine Bruchlandung. Anders kann man es nicht sagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Barbara Bergelt (SPD): Bauchlandung!)

Die regionalisierten Daten der November-Steuerschätzung sind voll in den Haushalt 2002 einbezogen worden. Für den Nachtrag haben Sie sich entschieden, eigene Berechnungen zugrunde zu legen und nicht die regionalisierten Daten. Die Begründung dafür ist uns bisher nicht ausreichend, besonders im Hinblick auf die Lohn- und Körperschaftsteuer, bei denen die Steuerschätzung von einem höheren Aufkommen für Hessen ausgeht.

Jetzt wird es noch spannender: Beim Länderfinanzausgleich geht der Nachtrag von einer Zahlungsverpflichtung von 5,047 Milliarden DM aus. Nach der Steuerschätzung sollen die LFA-Zahlungen aber bei 4,557 Milliarden DM liegen – also 490 Millionen DM unter Ihrem Ansatz.

(Minister Karlheinz Weimar: Das ist doch nicht kassenwirksam! – Uwe Brückmann (CDU): Wer hat Ihnen denn die Zahlen gegeben? – Gegenruf des

Abg. Gerhard Bökel (SPD): Gucken Sie auf den Schreibtisch; ich würde nachgucken!)

Nun mag es ja so sein, dass durch die festgelegte Vorauszahlung in Hessen kassenmäßig am Ende des Jahres der Betrag von rund 5 Milliarden DM als Vorauszahlung entrichtet werden muss.

Dies würde aber auf der jetzigen Basis dazu führen, dass Hessen in dieser Höhe von 490 Millionen DM eine Rückzahlung im ersten Quartal 2002 zu erwarten hätte. Meine Damen und Herren, das ist die Konsequenz der kassenmäßigen Betrachtung.

(Gerhard Bökel (SPD): Jetzt fragt Brückmann, ob die Zahlen stimmen! – Norbert Kartmann (CDU): Stört doch den Kahl nicht ständig! Herr Präsident, die Opposition stört den eigenen Redner!)

Dies werden wir genau beobachten, mit der klaren Forderung – wenn dies so zutrifft –, dass Sie diese Rückzahlung zur Senkung der Nettokreditaufnahme verwenden und nicht als finanzielles Polster im Vorwahljahr oder für konsumtive Ausgaben nutzen. Wir werden nächstes Jahr sehr genau darauf achten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Kartmann (CDU): Stellt lieber ein paar Anträge nächstes Jahr! Schafft etwas!)

Durch Ihren Nachtragshaushalt steigt die Nettoneuverschuldung um 510 Millionen DM. Dies ist eine Ausweitung um rund 40 %. Wo bleiben denn die Reden und Sprüche über die angeblich niedrigste Nettoneuverschuldung seit Jahren?

(Uwe Brückmann (CDU): Das ist eine Investition in die Zukunft unserer Kinder, Herr Kahl, was Sie über Jahre versäumt haben!)

Eine solche Steigerung der Nettoneuverschuldung ist doch nur zulässig, weil Sie formal den Wiedereinstieg in die Helaba als Investitionsquote rechnen. Wenn das nicht der Fall wäre, muss man sehr klar sagen, der Nachtrag ist im Kern verfassungswidrig, da die Nettoneuverschuldung die tatsächlichen Eigeninvestitionen deutlich übersteigt. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Denzin (FDP): Das müssen Sie gerade sagen! – Uwe Brückmann (CDU): Das aus Ihrem Munde!)

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die Uhr hätte ich gerne noch etwas zu einzelnen Punkten gesagt. Sicherheitspaket der Landesregierung: eine einzigartige Mogelpackung; es wird vollständig finanziert aus dem Polizeihaushalt. Die Olympiabewerbung wird trotz gegenteiliger Erklärungsversuche aus der Kürzung der Förderprogramme für Sportvereine bezahlt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, der Blick auf die Uhr erspart den Zuruf des Präsidenten. Die Redezeit ist eigentlich abgelaufen.

(Michael Denzin (FDP): Gott sei Dank!)

Reinhard Kahl (SPD):

Meine Damen und Herren, dann muss ich zum Schluss kommen und noch wenige Bemerkungen machen.

Auch die mittelfristige Finanzplanung dieser Landesregierung wird durch den Nachtrag und den Haushalt 2002 negativ beeinflusst. Die Nettoneuverschuldung, das müssen Sie noch zur Kenntnis nehmen, der beiden ersten Jahre der fünfjährigen Finanzplanung der Landesregierung wird von 1,315 Milliarden Euro um stolze 32 % aufgestockt. Mit dieser Erhöhung der Nettoneuverschuldung haben Sie Ende des Jahres 2002 schon rund zwei Drittel der geplanten Nettoneuverschuldung des Jahres 2003 verbraucht. Meine Damen und Herren, das ist die Realität.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Uhrzeit!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege, Schlusssatz.

Reinhard Kahl (SPD):

Legen Sie dem Parlament deshalb eine neue mittelfristige Finanzplanung vor.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen, weil die Redezeit zu Ende geht: Der Nachtrag ist seit seiner Entstehung eine einzigartige Blamage für diese Regierung und ist im Ergebnis eine Ermächtigung zur Aufnahme von noch mehr Schulden, mehr nicht.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist doch eine Frechheit mit der Zeit! Ist doch einfach einmal Schluss jetzt!)

Allein das vom Finanzminister angerichtete Chaos ist schon ausreichender Beweis dafür, dass Hessen eine bessere Regierung verdient hat.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Zugabe! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich höre die Spatzen pfeifen!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Zugabe ist gegenwärtig nicht möglich. – Das Wort hat Herr Kollege von Hunnius für die FDP-Fraktion.

Roland von Hunnius (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei allem Wortgeklingel, das wir hier und auch offensichtlich in der letzten Plenarsitzung gehört haben, kommen wir doch an einem Faktum nicht vorbei: Dass wir hier am 18. Dezember sitzen und uns über den Nachtragshaushalt unterhalten, hat eine einzige Ursache, nämlich das Versagen der Bundespolitik in Bezug auf Wirtschaft und Finanzen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Herrn Weimar, sehr richtig!)

Die desaströse Wirtschafts- und Finanzpolitik dieser Bundesregierung

(Gerhard Bökel (SPD): Von Plottnitz wars!)

hat dazu geführt, dass Deutschland

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen und Herren, man kann Sie im Rundfunk nicht verstehen, und oben sind nur ganz wenige Leute, also bitte.

Roland von Hunnius (FDP):

auf den letzten Platz aller Euroländer katapultiert worden ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Plottnitz wars!)

Ich darf einmal einige, ganz wenige Zahlen zitieren, die belegen, wo wir uns befinden, damit wir wissen, wie die Rahmenbedingungen sind. Ich lese Zahlen aus dem letzten verfügbaren Quartal im Vergleich zum letzten Vorjahresquartal vor: Industrieproduktion minus 4 %, Auftrags-eingänge minus 9,5 %, IFO-Geschäftsklimaindex minus 12,9 %. Das ist das Umfeld, für das Berlin verantwortlich ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es kommen hier zwei Dinge zusammen. Zum einen sind wir mitten in einer Rezession – das zu leugnen, wird sich hoffentlich keiner mehr trauen –, und zum anderen haben wir nicht die strukturellen Voraussetzungen geschaffen, um jemals herauszukommen. Denn das, was die in der Politik gemacht haben, war genau das Gegenteil. Wenn ich jetzt lese, dass schlaue SPD- und GRÜNEN-Politiker sagen

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Gibt es nicht! – Norbert Kartmann (CDU): Wer ist das? Bitte Namensnennung! Nennen Sie Ross und Reiter!)

– ausnahmsweise bei dem einen Punkt schlaue –: „Das 630-DM-Gesetz war vielleicht ein Flop, wir haben 2 Millionen Menschen verärgert, wir haben Arbeitsplätze kaputtgemacht“, dann muss ich Ihnen sagen, genau das haben wir Ihnen vor vielen Monaten vorhergesagt. Hätten Sie es doch nicht gemacht. Dann stünden wir jetzt anders da.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Barbara Stolterfoht (SPD): Thema!)

– Das ist genau das Thema, das mag Ihnen vielleicht nicht passen, aber das ist es. – Wenn Sie jetzt sagen, dass die hessische Politik versagt habe, dann ist das gerade zum Lachen. Lassen Sie sich doch einmal sagen, was andere Bundesländer, sozialdemokratisch regierte Bundesländer, angesichts dieser Situation tun, um ihren Haushalt 2001 zu retten.

Nordrhein-Westfalen hat in diesem Jahr Steuerminder-einnahmen von 4,1 Milliarden DM zu verzeichnen. Was machen sie? Sie erhöhen die Nettokreditaufnahme um voraussichtlich 3,3 Milliarden DM.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aha!)

Sie wird nämlich von 6,2 Milliarden DM auf 9,5 Milliarden DM erhöht. Das ist sozialdemokratische Finanzpolitik. Offensichtlich hätten Sie diese auch gern.

(Beifall der Abg. Dorothea Henzler (FDP) und bei Abgeordneten der CDU)

Was macht Rheinland-Pfalz? Rheinland-Pfalz erhöht die Nettokreditaufnahme in Höhe der Steuermindereinnahmen.

Was macht Schleswig-Holstein? Sie haben Glück. Sie haben eine Restkreditermächtigung. Die nutzen sie bei dieser Gelegenheit aus. Außerdem haben sie Erträge aus der Erdölförderung.

Das Verhalten Berlins mit seiner sozialdemokratischen Senatorin brauche ich überhaupt nicht zu kommentieren.

Was macht Bremen? Es erhöht die Nettokreditaufnahme.

Ich könnte ewig so fortfahren. In diesem Umfeld hat Hessen mit zwei wichtigen Maßnahmen Vorsorge getroffen. Wir haben Vorsorge getroffen, indem wir zum einen versucht haben, die Personalkosten um den Gegenwert von 1.500 Stellen jährlich zu reduzieren. Im Rahmen einer freiwilligen Einsparverpflichtung haben alle Ressorts gesagt, sie würden ihren Anteil dazu beitragen, die Situation zu bewältigen. Das war eine freiwillige und solidarische Zusage, wie sie bei Rot-Grün niemals vorgekommen ist.

Wir stellen aber fest, dass das alles nicht ausreicht. Diese Landesregierung ist deshalb so ehrlich, einen Nachtragshaushaltsgesetzentwurf einzubringen, statt das Ding wesentlich gegen die Wand zu fahren. Denn wir wollten nicht in Bereichen kürzen, in denen wir wirklich Geld ausgeben müssen. Das betrifft die Bereiche Schule und Hochschule. Wer nach Vorliegen der PISA-Studie noch sagen will, wir hätten da zu viel ausgegeben, soll nach vorne treten und es tun. Wer nach dem 11. September 2001 sagen will, wir sollten nicht mehr für die innere Sicherheit tun, der soll bitte nach vorne kommen und das hier darlegen.

Meine Damen und Herren, die Situation wurde uns durch die Politik in Berlin aufgezwungen. Wir haben versucht, die Problematik zum Teil mit eigenen Mitteln zu bewältigen, also solidarisch mit Mitteln der Landesregierung. Das reicht nicht aus. Wenn wir die Schwerpunkte unserer Politik nicht vernachlässigen wollen, bleibt uns bedauerlicherweise nichts anderes übrig, als die Nettokreditaufnahme etwas zu erhöhen. Das tut niemand weniger gern als wir. Aber es ist leider unausweichlich.

Was die Opposition während der letzten Plenardebatte hier abgeliefert hat, könnte ich nur mit Ausdrücken beschreiben, die unmittelbar zu einer Rüge des Präsidenten führen würden. Deshalb lasse ich das lieber bleiben.

(Manfred Schaub (SPD): Oh!)

Das Fazit daraus ist: Sie versuchen mit sehr vielen Worten und mit einer wüsten Beschimpfung der Regierung von Ihrer eigenen Unfähigkeit abzulenken.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer regiert denn? Sie machen doch die Schulden!)

– Die Tatsache, dass die Koalition regiert und Sie Opposition sind, darf nicht dazu führen, dass die SPD auf das Politik-Machen völlig verzichtet.

(Beifall der Abg. Dorothea Henzler und Michael Denzin (FDP))

Die SPD hat sich völlig ausgeklinkt. Sie hat überhaupt keine eigenen Vorschläge gemacht. Dazu muss ich sagen: Mit der Politik des leeren Stuhls bei der Haushaltspolitik verwirkt man das Recht der Kritik an der Regierung.

(Beifall der Abg. Jörg-Uwe Hahn und Dorothea Henzler (FDP) und bei Abgeordneten der CDU)

Offensichtlich sehen Sie lächelnd zu, wie nicht nur den Ländern das Geld aus der Tasche gezogen wird und wie

die Finanznöte der Länder steigen und steigen. Nordrhein-Westfalen hatte ich als Beispiel gerade angeführt. Vielmehr lassen Sie auch zu, dass die Gemeinden in Bedrängnis geraten. Was ist denn mit der Gewerbesteuer? Warum sinkt das Aufkommen aus der Gewerbesteuer? Das geschieht doch aufgrund der von der Bundesregierung getroffenen steuerlichen Regelungen. Das scheint Ihnen aber offensichtlich egal zu sein. Sie arbeiten sich offensichtlich lieber an den 100 Millionen DM ab, die vorübergehend im Kommunalen Finanzausgleich einbehalten werden.

Ich glaube, die SPD muss sich mit Kritik wirklich zurückhalten. Herr Kollege Brückmann hat es bereits genannt. Sie haben nämlich eine völlig chaotische Haushaltspolitik gemacht. Bei Ihnen waren die Haushalte permanent verfassungswidrig. Sie haben sich bis zum Jahresende geweigert, gegenüber dem Parlament die der Wahrheit entsprechenden Zahlen vorzulegen. Meine Damen und Herren, Sie haben damit weiß Gott kein Beispiel dafür abgeliefert, wie man Haushalte vollziehen kann.

Lassen Sie mich noch wenige Sätze zu der so genannten Affäre sagen, die nun weiß Gott keine Affäre ist. In einer Sitzung des Haushaltsausschusses des Hessischen Landtags hat Herr Kollege Fischer aus Hohenroda geäußert, er würde dem Herrn Minister erst dann wieder Zahlen glauben, wenn an der Seite des Ministers wieder der Leiter der Abteilung Haushalt säße.

(Reinhard Kahl (SPD): Bis jetzt sitzt er noch nicht da!)

Herr Kollege Fischer, ich muss dazu sagen: Wir mussten so lange warten. – Wir haben ihm vorher und während des Interregnums geglaubt. Wir glauben ihm auch weiterhin.

(Hartmut Holzapfel (SPD): Das ist fahrlässig!)

Wenn der Satz aber so stimmen würde, dann hätten Sie guten Grund, ihm inzwischen wieder alle Zahlen zu glauben. Wenn dem so ist, dann verstehe ich nicht, warum sich die SPD so wahnsinnig darüber aufregt, dass der Minister in einem Gespräch unter Männern die Situation geklärt hat und dass der Mann seine Funktion wieder einnehmen kann und uns voll und ganz zur Verfügung steht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt drehen Sie aber alles herum!)

Eines von beiden ist offensichtlich verkehrt. Entweder ist Ihre Behauptung falsch oder Ihr jetziges Lamento.

(Manfred Schaub (SPD): Er war letzte Woche nicht da; das muss man ihm zugute halten! Das ist das Herumdrehen der Fakten! Darüber regt sich kein Mensch auf!)

Nein, dieser Nachtragshaushalt ist unumgänglich. Denn die Einnahmen sind weggebrochen. Ich habe Ihnen dargestellt, woran das liegt. Er ist unerlässlich, weil wir insbesondere in einigen Bereichen aufgrund der Situation hinsichtlich der Sicherheit nachbessern müssen. Er ist solide.

(Lachen des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, Sie haben eine Vorstellung von Solidität! Da ist Wackelpudding solide!)

Er ist ein in Zahlen geronnenes Werk der Politik. Wir werden diesem Nachtragshaushaltsgesetzentwurf zustimmen. Sie könnten es ebenfalls mit gutem Gewissen tun. Es ist

Ihr gutes Recht, dies nicht zu tun. Aber Sie werden bei den Bürgerinnen und Bürgern kein Gehör dafür finden, warum Sie es nicht gemacht haben. Denn es gibt keinen Grund, ihn abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Schönen Dank. – Das Wort hat Herr Abg. Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf von der CDU: Gebe die Rede bitte zu Protokoll! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Stell die Uhr auf Turbo!)

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das hören wir uns heute schon noch alles an.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir Herrn Kollegen von Hunnius wieder bei uns haben. Letzte Woche war er aufgrund einer Erkrankung leider nicht da.

(Beifall – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Er weilt wieder unter uns!)

Das hat man der Rede auch ein bisschen angemerkt.

(Manfred Schaub (SPD): Das stimmt allerdings!)

Herr Kollege von Hunnius, das ist aber nicht so schlimm.

Meine Damen und Herren der Koalition, Sie alle werden sicherlich aufatmen, wenn wir heute die Beratungen zum Gesetzentwurf über den Nachtragshaushalt 2001 abschließen und damit ein vorläufiges Ende des quälenden Haushaltsmarathons erreichen. Sie hoffen, dass bei dieser Tragödie dann endlich der Vorhang fällt. Herr Kollege Lortz, Ihre Festtagslaune sollte indes nicht überschäumen. Denn niemand in der hessischen Politik wird den Herbst mit den Beratungen zum Gesetzentwurf des Nachtragshaushaltes 2001 als den absolut traurigen Höhepunkt des finanzpolitischen Durcheinanders vergessen.

(Frank Lortz (CDU): Ach du lieber Gott!)

Herr Kollege Kahl hat alle Fakten dargelegt.

(Beifall der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Reinhard Kahl (SPD))

Diese für die Politik höchst peinliche und für Hessen höchst schädliche Vorführung der totalen Unfähigkeit, eine schwierige Haushaltssituation zu meistern, wird nicht nur in Erinnerung bleiben. Denn der Finanzminister hat durch seine Auftritte vor dem Plenum nicht nur bewiesen, dass es ihm am nötigen Anstand fehlt, einen völlig grundlos gemaßregelten Abteilungsleiter auch öffentlich zu rehabilitieren und sich für sein Verhalten zu entschuldigen. Obendrein hat er in der letzten Sitzung mündlich und mittlerweile auch schriftlich angekündigt, die Entscheidungen des Landtags zum Haushaltsgesetz 2002 im Nachgang manipulieren zu wollen.

(Frank Lortz (CDU): Ach du lieber Gott!)

Die Affäre Weimar findet also kein Ende. Die Zahl der nicht beantworteten Fragen wird immer mehr statt weniger. Nach dem, was wir hinsichtlich der Absichten des Finanzministers zur Kenntnis nehmen mussten, kann ich Ihnen sagen: Die Auseinandersetzung wird an Schärfe zunehmen.

(Beifall der Abg. Barbara Weitzel und Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, der Zweck, sei es auch ein noch so guter, heiligt eben in einem demokratischen Rechtsstaat nicht die Mittel. Denn die Maxime „Der Zweck heiligt die Mittel“ öffnet die Tür zur Willkür. Es steht aber genau in der Verantwortung der Landesregierung, auf rechtlich korrektem Weg das zu erreichen, was sie politisch will. Die Abgeordneten der Koalition haben bei den diesjährigen Beratungen der Haushaltsgesetzentwürfe ein ziemlich trostloses Bild abgeliefert, das von Chaos und Überforderung gekennzeichnet war. – Herr Kollege Lortz stimmt mir da nachhaltig zu, wie ich sehe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Sie befinden sich damit im Einklang und in Übereinstimmung mit dem Finanzminister. Er handelte sprunghaft, windig, wirr, unüberlegt und nicht ganz seriös.

(Beifall der Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Reinhard Kahl und Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD))

Eine solche Situation gab es in dieser Form in Hessen glücklicherweise noch nie.

(Frank Lortz (CDU): Dass du dich nicht schämst!)

Sie stellt allerdings für die Finanzen des Landes eine ausgewachsene Katastrophe dar. Meine Damen und Herren der Koalition, Sie sind doch immer so flott dabei, Ihre eigene Unfähigkeit damit zu begründen, die frühere Regierung sei schuld. Hilfsweise behaupten Sie, vorhergehende Regierungen hätten es auch nicht besser gemacht. Nehmen Sie doch bitte endlich zur Kenntnis, dass Sie nach 33, fast schon 34 Monaten eigener Regierungszeit schon selbst zu Ihrem Tun stehen müssen.

(Uwe Brückmann (CDU): Wir haben hervorragende Zahlen vorgelegt!)

Sie können weder Hans Eichel noch Rupert von Plottnitz für Ihre Entscheidungen in Anspruch nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD) – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wer ist das?)

Herr Kollege Brückmann hat wieder einmal versucht, es hier einzubringen. Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen auf Bundesebene sind seit Frühjahr 1999, also während der Zeit Ihrer Regierung, sehr viel besser, als dies der Fall war, als Theo Waigel Herr der Löcher war.

(Frank Lortz (CDU): Der Eichel muss weg!)

Auch Ihre Behauptung, dass in der Vergangenheit in Haushaltsangelegenheiten Beschlüsse des Landtags vom Finanzminister nach Gutdünken umgedeutet wurden und der Plan abweichend von der Beschlusslage gefertigt worden sei – der Kollege Brückmann hat es angesprochen –, harrt noch des Nachweises.

(Zurufe von der CDU: Eichel muss weg!)

Doch selbst dann, wenn Sie meinen, ihn führen zu können: Das wäre null Komma null Argument für Ihre Vorgehensweise, denn von rechtswidrigen Handlungen kann man sich nicht freisprechen, auch nicht mit dem Hinweis, andere hätten das Gleiche auch schon getan. Wenigstens das sollte Ihnen einleuchten.

Die zwei Kollegen von der Koalition bemühten sich eifrig, über etwas anderes als über den Nachtragshaushalt 2001, den Haushalt 2002 und die desaströse Haushaltslage zu reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Es wird ihnen aber nicht gelingen, von diesem Desaster abzulenken. Das chaotische Aufstellungs- und Beratungsverfahren, die totale Unfähigkeit, strukturelle Einsparungen durchzusetzen, stattdessen aber Ihr skrupelloser Drang zum Schuldenmachen, das sind in Wahrheit die finanzpolitischen Charakteristika dieses Nachtragshaushalts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Frank Lortz (CDU): Völlig an der Sache vorbei! – Uwe Brückmann (CDU): Über was reden Sie überhaupt?)

510 Millionen DM zusätzliche Nettokreditbelastung sechs Tage vor Weihnachten: fürwahr ein fürstliches Geschenk. Nein, meine Damen und Herren, es ist ein Danaergeschenk. Wenn die Bürger dieses Landes es könnten, würden sie ganz sicherlich die Annahme dieses Geschenkes nach dem Motto verweigern: Return to sender.

(Norbert Kartmann (CDU): Kaufmann will keine Lehrer haben!)

– Herr Kollege Kartmann, von Lehrern ist in dem Nachtragshaushalt, über den wir gerade reden, überhaupt nicht die Rede.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie behaupten, Sie verfolgten den Kurs der Haushaltskonsolidierung. Das genaue Gegenteil ist der Fall. In Ihrer Propaganda verkehren Sie die Realität völlig. Beim Fotografieren würde das dem Negativ entsprechen, das eben kein Abbild der Realität ist.

Der von Ihnen so sehr geschmähte Länderfinanzausgleich wird uns in diesem Jahr mehr als 100 Millionen DM weniger kosten, als Sie es vor einem Jahr selbst eingeschätzt haben.

(Frank Lortz (CDU): Aber immer noch zu viel!)

Dann kann doch etwas nicht stimmen an dem Spruch „Den Hals in der Schlinge des Länderfinanzausgleichs“ und ähnlichen Sprüchen, die Sie hier zum Besten gegeben haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Mit diesem Haushalt geben Sie wahrlich ein miserables Zeugnis Ihrer Regierungskunst. Die zutreffende Bewertung lautet: ungenügend, weil Sie die hessischen Finanzen geradewegs ins Desaster steuern.

Für die zusätzlichen Schulden, die Sie machen, bekommen die Hessinnen und Hessen nämlich überhaupt nichts, weil Sie keine Investitionen tätigen.

(Frank Lortz (CDU): Sag doch mal etwas zur Sache!)

Die Investitionsquote des Haushalts dümpelt weiterhin in einem historischen Tief. Aber die Last, die Kredite bedienen zu müssen, packen Sie uns allen gnadenlos auf. Was Sie nicht zu leisten vermögen, das lassen Sie die Bürgerinnen und Bürger Hessens für Sie tragen.

(Frank Lortz (CDU): Die Leute sind doch zufrieden!)

Das ist Ihre Art – offensichtlich auch die Art des Kollegen Lortz –, Politik zu machen, und zwar nicht nur im Bereich der Finanzen. Sie tun dies öffentlich und ohne auch nur einen Anflug von Scham dabei zu empfinden, wie ich gerade wieder feststellen konnte.

(Zurufe von der CDU)

Die Titelseiten der Presseerklärungen aus den Reihen der Koalition sind doch höchst verräterisch. In der letzten Woche sprach der Kollege Brückmann von „deutlichen Akzenten in schwieriger Zeit“. Fürwahr, Herr Kollege Brückmann: Am 18. Dezember, eine Woche vor Weihnachten, mehr als eine halbe Milliarde DM zusätzliche Schulden zu machen, das ist in der Tat ein deutlicher Akzent.

(Zuruf des Abg. Uwe Brückmann (CDU))

Deshalb werden die künftigen Zeiten, wenn die Zinsen und Zinseszinsen gezahlt werden müssen und die Tilgung geleistet werden muss, sicherlich nicht einfacher.

(Norbert Kartmann (CDU): Sie wiederholen sich, Herr Kollege! – Weitere Zurufe von der CDU)

Noch knapper hat es der Kollege Denzin in seiner Pressemitteilung Ende letzter Woche dargestellt. Lapidar heißt es da in der Überschrift: „Einnahmeausfälle genehmigt“. Meine Damen und Herren, ein bisschen rätselhaft klingt das schon. Da erhebt sich doch die Frage: Was wollte uns der Autor mit dieser kryptischen Formulierung eigentlich sagen?

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das weiß er wahrscheinlich selber nicht! – Zurufe von der CDU und der FDP)

– „Einnahmeausfälle genehmigt“, so steht es in der Überschrift.

(Michael Denzin (FDP): Das macht neugierig!)

Gemessen an dem, was Sie heute beschließen wollen, kann die Botschaft nur sein: Wenn das Geld fehlt, dann leben wir halt auf Pump, nach dem bekannten Motto: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich danach ungeniert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil wir gerade bei den Pressemitteilungen der Koalition sind, gebe ich Ihnen eine dritte Pressemitteilung zum Besten. Sie stammt vom Kollegen Grüttner. Der hat sich wie gewohnt geäußert. Seine Pressemitteilung atmet tatsächlich Freiheit – völlig losgelöst von den Realitäten und völlig wahrheitsfrei. Verehrter Herr Kollege Grüttner und meine Damen und Herren von der CDU, es waren doch Sie, die, gemeinsam mit der FDP, unsere Anträge zum Nachtragshaushalt – ich nenne Ihnen noch einmal die Drucksachen: 15/3473 bis 15/3478 – rundweg abgelehnt haben.

(Frank Lortz (CDU): Die haben nichts getaugt!)

Mit diesen Anträgen wollen wir den Sportvereinen ihr Geld wiedergeben, das Sie ihnen wegnehmen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Stichwort: Übertragbarkeit. Die Sportvereine könnten das Geld im nächsten Jahr nämlich noch sehr sinnvoll ausgeben. Sie haben aber, wie immer, Nein gesagt, weil Sie die Olympiabewerbung in diesem Jahr doch zulasten der

Sportvereine finanzieren wollen – nicht aus der Zukunftsoffensive, wie wir Ihnen vorgeschlagen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Übrigens: Es war angeblich Ihre Idee.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Warum schreien Sie denn so?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jetzt plärren wir erst recht!)

– Tut die Wahrheit so weh? Tun Sie ein bisschen Salbe drauf, ich habe Ihnen noch mehr zu sagen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hofentlich! – Zurufe von der CDU und der FDP)

Ursprünglich hatten Sie vor, im Haushalt 2002 so zu verfahren, was Ihr völlig misslungener Beschluss in dieser Sache zeigt.

Der Kollege Grüttner – um auf ihn zurückzukommen – meint nun, in seiner Pressemitteilung uns GRÜNE als Olympiagegner outen zu sollen. Die einzige Fraktion, die für den Nachtragshaushalt dieses Jahres und für den Haushalt 2002 stimmige, gedeckte und die Sportvereine nicht belastende Anträge zur Finanzierung der Olympiabewerbung gestellt hat, ist also nach grütnerscher Logik ein Olympiagegner.

(Zurufe von der CDU)

Die Koalition vergisst, das Geld für diesen Bereich für das nächste Jahr bereitzustellen. Im Nachtragshaushalt wird es den Sportvereinen weggenommen. Das ist nach Ihrer Diktion, nach Ihrer Logik offensichtlich eine Art der Sportförderung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich lege gesteigerten Wert darauf, dass wir uns in vielen politischen Verhaltensweisen unterscheiden – auch in diesem Fall, Herr Kollege Grüttner. Ihr Satz in der Presseerklärung, dem hessischen Sport gehe durch Ihre Manöver nicht eine Mark verloren, ist nämlich nur dann keine Lüge, wenn Sie mit diesem Satz meinen, dass im nächsten Jahr die Sportfinanzierung nicht mehr in D-Mark, sondern in Euro vollzogen wird. Ansonsten ist das die reine Unwahrheit. Die Beträge, die Sie abziehen, gehen sämtlich den Sportvereinen verloren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Kartmann (CDU): Weiterhin falsch!)

Nach all dem, was wir im Rahmen der Nachtragshaushaltsdebatten schon erleben mussten, kann es Sie kaum noch wundern, dass die Koalition alle unsere Anträge – geradezu selbstverständlich – abgelehnt hat. Ein bisschen krokodilstränenhaft ist es dann aber schon, wenn Sie uns von diesem Pult aus ständig auffordern, Anträge zu stellen, sich dann aber noch nicht einmal die Mühe machen, diese Anträge genauer anzuschauen, geschweige denn zu lesen und zu beurteilen, sondern rundweg sagen: Ist nicht.

(Zurufe von der CDU)

Ich spreche damit noch einmal das IT-Budget des Landtags an. Das ist eine ebensolche Ärgerlichkeit, denn diese Beträge hätten wir gut gebrauchen können. Sie hätten z. B. dazu dienen können, wenigstens die Mitglieder des Haushaltsausschusses so auszustatten, dass sie, auch vonseiten der technischen Ausrüstung, dem Chaos des Finanzministers zu folgen in der Lage gewesen wären.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden heute noch darüber beraten und beschließen: Für einen Neubau sind uns 100 Millionen DM nicht zu viel. Aber 200.000 DM für eine vernünftige Ausstattung der Abgeordneten, das darf nicht sein. – So macht man es, wie ich finde, nicht richtig, weil man damit die Arbeit der Abgeordneten behindert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Lortz (CDU): Das stimmt doch gar nicht! Das weißt du doch genau!)

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich es nicht versäumen, mich auch namens meiner Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kanzlei und der Landesregierung für ihr Engagement und ihre Geduld bei den Beratungen zu bedanken. Bei den Kollegen im Ausschuss fällt der Dank nicht ganz so heftig aus, weil diese Arbeit zu unserem Geschäft gehört. Ich bedanke mich vor allem für die Geduld in den Beratungen. Es war nicht immer ganz einfach, insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht, den hilflos agierenden Finanzminister erleben zu müssen und dann mit dem klassischen Ministerialsatz „Darf ich die Ausführungen des Herrn Ministers noch ergänzen“ zu versuchen, die Frage wenigstens einigermaßen sachgerecht zu beantworten.

(Frank Lortz (CDU): Pfui!)

Es war ebenfalls nicht einfach, die Debatten und Entscheidungen korrekt festzuhalten und uns rasch vorzulegen. Beides ist den Kolleginnen und Kollegen gelungen. Ich denke, dafür verdienen sie Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD))

Meine Damen und Herren, zum Zweiten muss ich noch eine Entschuldigung loswerden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jetzt was Ernsthaftes!)

Im Rahmen der Diskussion zum Nachtrag hatte ich dem Finanzminister Weimar vorgeworfen, er mache eine Finanzpolitik à la Entenhausen. Ich nehme diese Bewertung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Sie ist eine Beleidigung für Entenhausen und eine Kränkung aller Donaldisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich entschuldige mich ausdrücklich dafür und danke zugleich dem Kollegen Holzapfel, dass er mich auf diesen Fauxpas hingewiesen hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Wahrheit ist Weimars Finanzpolitik für Hessen noch schlimmer als die Panzerknacker für Entenhausen.

(Frank Lortz (CDU): Pfui!)

Versöhnliche Töne im Zusammenhang mit diesem Haushalt sind trotz der Nähe des Weihnachtsfestes nicht möglich. Die Landesregierung und die sie tragende Koalition stehen für unverantwortliche Schuldenmacherei zulasten der Menschen in diesem Land. Sie setzen auf Unwahrhaftigkeit, indem sie das Gegenteil Ihrer Propaganda tun und versuchen, für eigene Handlungen stets die Schuld bei anderen zu suchen. Dies nenne ich verantwortungslos. Besonders tut sich der Finanzminister dabei hervor, der die hessische Finanzpolitik ins völlige Chaos getrieben hat oder, wie ein Beobachter feststellen musste:

Solide und transparent, wahr und klar, wie Haushaltswirtschaft zu sein hat, ist das nicht, sondern sprunghaft, windig, wirr, unüberlegt und nicht ganz seriös.

Meine Damen und Herren, mit unserer Unterstützung für eine solche Politik werden Sie gewiss nicht rechnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Koch.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind mit dem Abschluss dieser Debatte an dem Schlusspunkt der Beratungen wichtiger Haushalts- und Finanzentscheidungen in den vergangenen zwei Wochen nicht nur für das kommende Jahr, sondern auch für die Korrektur und Ergänzung des jetzt ablaufenden Jahres. Das ist der gesamte Bestand von Politik. Deshalb ist es auch interessant, zuzuhören, was die Kollegen der Opposition dazu an Ergänzung und Veränderung vorzutragen haben.

Verehrter Herr Kollege Kahl und Herr Kollege Kaufmann, ich nehme jetzt zur Kenntnis, wenn ich einmal von dem Veränderungswunsch von 200.000 DM beim Landtag – den ich respektiere, aber nicht zu kommentieren habe – absehe, dass das im Wesentlichen bei Herrn Kollegen Kahl eine Exegese von falsch verstandenen Zahlen und bei Ihnen ein Lamento über den Finanzminister und nicht mehr gewesen ist. Das reicht nicht, um zu beschreiben, was die Alternative zur Landespolitik ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Deshalb, denke ich, ist es wichtig, dass wir noch einmal auf die Fragestellung zurückgehen, die uns beim Nachtragshaushalt und auch bei der Aufstellung und Diskussion aller anderen Zahlenwerke zu beschäftigen hat.

Herr Kollege Kahl, es ist schon ganz interessant. Sie lesen die Presseerklärung, die Sie über den Sommer veröffentlicht haben, und die Anträge nicht mehr alle vor. Das ist eine interessante und spannende Frage: Was wäre eigentlich gewesen, wenn der Finanzminister Ihrem Drängen nachgegeben und im Sommer bereits einen Nachtragshaushalt aufgestellt hätte?

Dann hätte er genau die Zahlen angesetzt, die Sie jetzt inkriminieren. Denn bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die neuen Zahlen vorlagen, galten die Schnellmeldung und die Berichte des Bundesfinanzministers mit den anderen über Länderfinanzausgleichszahlungen – bis zum Sommer. Das wissen Sie sehr genau. Sie wissen deshalb auch sehr genau, dass Karlheinz Weimar die Abwägung hatte, zu welchem Zeitpunkt er denn vorlegt. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätte er schon längst vorgelegt gehabt. Er hat lange gewartet. Heute wissen wir, zwei Tage später wären wir noch ein Stück klüger gewesen. Das bestreitet niemand.

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Aber die Aussage, ein Finanzminister sei Hellseher, die ist bei Ihnen nie richtig gewesen, und die wird bei uns nie

richtig. Was wir gemacht haben, ist, wir sagen es im Haushaltsjahr.

(Beifall bei der CDU)

Was wir gemacht haben, erfolgt nicht dann, wenn die Opposition brüllt, sondern dann, wenn sich die Zahlenbasis verändert. Wenn ein Anlass besteht, dass der Haushalt verändert werden muss, wird in diesem Jahr im Parlament darüber geredet. Das ist ein Unterschied zu acht Jahren vorher. Wir leben ihn auch vor.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Dann – es ist hier gesagt worden und ist mir sehr wichtig – ist dies nach dem Nachtragshaushalt 1999, nach dem Haushalt 2000, jetzt dem Haushalt 2001 ein weiteres Stück der vom Kollegen Weimar verantworteten Finanzpolitik, die sich durch einen wichtigen Punkt auszeichnet.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um Gottes willen! – Zurufe von der SPD)

Das, was Sie im Landtag auf Vorschlag der Regierung an Ausgaben vorgegeben haben, die wir tätigen sollen, haben wir nicht nur punktgenau eingehalten, sondern wir haben dort, wo zusätzliche Ausgabenansätze waren, diese nicht überschritten und dort, wo wir etwa Personal einzusparen versprochen haben, die Einsparziele übererfüllt. Das gab es bei Ihnen nie. Das machen wir seit drei Jahren.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb sage ich Ihnen ganz klar: Das, was Karlheinz Weimar als Haushalt vorgelegt hat, ist ein außergewöhnliches Beispiel der Berechenbarkeit von Politik unter dem Gesichtspunkt, was wir beeinflussen können.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hätte ich mir in den Jahren davor gerne gewünscht – ich bin schon ein paar Jahre in dem Parlament –, dass Sie, wenn Sie vorgegeben haben, Sie hätten Einsparungsziele, sie anschließend auch annähernd erreicht hätten. Was sind wir bei Herrn Starzacher immer für ein Karussell im Personal gefahren? Was haben wir hier alles gemacht? Was hat der Ministerpräsident hier behauptet: wenn die Zufallsgeneratoren Stellen wegschlagen – einzige Sparpolitik?

Wir machen es jetzt Punkt für Punkt und sparen viel mehr Geld, und so, dass die Verwaltung vernünftig damit umgehen kann. Das ist Solidität und keine Sprüche, die dabei herumkommen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe und Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der einzige Punkt, an dem wir die Zahlen nicht vorausberechnen können und konnten, ist das Ergebnis nationaler Wirtschaftspolitik.

(Zurufe von der SPD)

– Entschuldigung, Sie haben sich doch die ersten Jahre bei Hans Eichel, als die Konjunktur nach oben ging, gelobt. Gerhard Schröder: „Ich bin der Aufschwung“. Sie konnten sich gar nicht genug in die Sonne stellen: Schaut einmal, wie sich die Zahlen verändern; alle Steuerschätzungen werden immer besser als gedacht; wir sind die Größten.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, was ist jetzt nach drei Jahren sozialdemokratisch-grüner Bundespolitik? – Die Zahlen purzeln. Sie verfallen. Keine Steuerschätzung ist mehr so viel wert wie ein halbes Jahr zuvor. Was haben Sie bei Theo Waigel für einen Aufstand gemacht. Es sind jetzt Ihre Zahlen, mit denen wir uns hier auseinander setzen müssen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Da sage ich Ihnen: Berechenbar unter dem Gesichtspunkt, dass wir garantieren können, was Landeseinnahmen sind, wenn sich die Bundespolitik verändert, sind sie nicht. Das ist wohl wahr.

Aber eines steht auch fest: Dieses Bundesland Hessen ist auch von den jetzigen Wirrnissen der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung glücklicherweise weniger betroffen als andere. Das versuchen Sie doch dauernd hier ungeschehen zu machen. Das macht Sie auch so nervös und erklärt Ihre persönlichen Angriffe. Das ist auch ein Feld, in dem Sie sich besonders gut auskennen: kübelweise Dreck über andere ausgießen. Da haben Sie in der letzten Zeit eine hinreichende Erfahrung gemacht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaub es nicht! Unfassbar!)

– Meine Damen und Herren, ich sehe das gar nicht immer. Wenn ich rede, regen Sie sich so auf. Es war doch vorher so schön ruhig hier, aber gut.

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei, wenn derzeit der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, wie hier vorgetragen, in einer groben Größenordnung von 3,3 Milliarden DM Nettoneuverschuldungsmehrbedarf ankündigt: Wir haben 40 Milliarden DM im Haushalt, ein bisschen mehr als 70 Milliarden, fast 80 Milliarden DM. Von mir aus nehmen Sie immer die Hälfte der Summe. Nehmen Sie unsere Zahlen, über die wir reden. Dann wissen Sie genau, dass Sie beim Doppelten oder mehr des Bedarfs liegen, der im Land Nordrhein-Westfalen angekommen ist.

Schauen Sie nach Niedersachsen. Da landen Sie beim Dreifachen in der Relation zu unserem Haushalt. Schauen Sie nach Schleswig-Holstein. Schauen Sie in die neuen Länder, in Ihre Länder wie Sachsen-Anhalt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind stolz, den hessischen Bürgerinnen und Bürgern mitteilen zu können, dass unsere Wirtschaftspolitik in diesem Land so gut ist, dass wir auch in der jetzt verschuldeten Krise besser dastehen als andere, die in der Bundesrepublik Deutschland sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil Sie das genau wissen und weil Sie auch ein Empfinden dafür haben, dass die Bürgerinnen und Bürger im Augenblick schon dabei sind, ein bisschen kleinkariert zu finden, wie Sie hier arbeiten,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

haben Sie sich dafür entschieden, jetzt den persönlichen Angriff, Brief zu Brief, gegen Karlheinz Weimar zu führen.

(Zuruf des Abg. Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD))

Meine Damen und Herren, deshalb will ich an der Stelle auch in aller Klarheit sagen: Finanzminister Weimar hat nicht zu vertreten, wenn er Ihnen zunächst einmal eine Information gibt, die er nach bestem Wissen und Gewissen bekommen hat.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ein Mitarbeiter neben dem Minister sitzt – Ich führe das nicht im Detail aus, ich bedanke mich bei Herrn Kollegen Denzin, der das, wie ich finde, in der letzten Woche sehr fair und zurückhaltend ausgedrückt hat.

Wenn dann eine solche Situation besteht, hat ein Minister das Recht, sich zu vergewissern, ob er in Zukunft nach einem Fehler eines solchen Mitarbeiters mit diesem noch zusammenarbeiten kann. Er hat auch das Recht, eine Lebensleistung zu bewerten und sich am Ende zu entscheiden, trotz des Fehlers weiter mit ihm zusammenzuarbeiten. Beides zeigt Größe und Vernunft.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie sind hier seit einigen Tagen dabei, reale, normale menschliche Lebensverhältnisse auf den Kopf zu stellen.

(Manfred Schaub (SPD): Erzählen Sie keinen Unsinn!)

Sie behaupten einfach etwas. Sie wissen ganz genau, dass es eine solch fehlende Information des Ministers gab. Sie können nicht behaupten, das sei fehlerlos. Sie wissen auch ganz genau, es handelt sich um einen Mann, der in langer Zeit in der Landesverwaltung etwas gemacht hat. Deshalb hat Karlheinz Weimar Respekt dafür verdient, dass er sich so verhalten hat, wie er es am Ende getan hat.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Manfred Schaub (SPD): Darum geht es doch nicht! Er soll sagen, was los ist!)

Weil Sie auch das wissen, fangen Sie jetzt an, sozusagen von Faxe-Kopie zu E-Mail zu versuchen, immer neue Fragen zu stellen, von denen Sie dann behaupten, es seien Vorwürfe anzugeben. Das ist Ihre Methode.

Meine Damen und Herren, da bin ich ganz gelassen. Da haben wir und auch Sie einige Übung darin, wie Sie das machen und wie wir das aushalten. Sie wissen auch, dass wir durchhalten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darin haben Sie wirklich Übung! – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen ganz klar: Karlheinz Weimar hat nicht nur mein Vertrauen, sondern die Unterstützung der Mehrheit des Parlaments, und zwar zu Recht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Manfred Schaub (SPD): Ein jämmerliches Bild!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Ministerpräsident, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn von Plottnitz?

Roland Koch, Ministerpräsident:

Nein, wir machen das in der Redezeit. Deshalb bin ich auch gleich fertig.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, deshalb bin ich ganz optimistisch, dass in der Zeit, die auch die Weihnachtstage mit sich bringen werden, am Ende bleibt, dass mit diesen beiden Haushalten, dem Abschluss von 2001 und 2002, Voraussetzungen in schwierigster Zeit getroffen werden, all das möglich zu machen, was Sie jahrelang vorher für unmöglich gehalten haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erinnere mich noch an die Reden in diesem Hause, dass man Lehrer für eine Unterrichtsgarantie nicht einstellen, weil nicht bezahlen könne. Ich erinnere mich noch an die Reden, dass man der Polizei leider keine Ausstattung geben könne. Jetzt kommen die liebevollen Fragen von Frau Stolterfoht wie heute, wie es denn mit den Computern ist. – Ja, Frau Kollegin, wir planen so. Im nächsten Jahr hat jeder Polizist seinen Computer, gibt es kein Polizeiauto mehr, das älter als fünf Jahre ist, und bekommen die Wachpolizisten endlich die Chance, ihre Aufgabe zu erfüllen.

(Zuruf der Abg. Barbara Stolterfoht (SPD))

Das alles steht in den Haushalten drin.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Kaufmann, deshalb ist es neben der Art, wie Sie persönlich Angriffe vorzutragen pflegen, sehr daneben, wenn Sie sagen, für die Nettoneuverschuldung bekämen die Bürger nichts. Ich bedaure sehr, dass wir die Nettoneuverschuldung im Augenblick erhöhen. Aber ich sage Ihnen: Ich halte die wirtschaftliche Lage für konjunkturbedingt. Ich glaube nicht, dass wir in Deutschland – und auch nicht in unserem Haushalt – ein strukturelles Problem haben. Wir haben eine schlechte Bundesregierung und nehmen deshalb zu wenig Steuern ein. Das kann man ändern. Schneller, als Sie denken, kann man so etwas ändern.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen die Fragen zu beantworten gehabt, ob wir, weil es diese konjunkturelle Delle gibt, etwa im nächsten Jahr die 600 Lehrerstellen nicht zusätzlich schaffen sollten, ob wir nicht auf die 350 Polizeibeamten gehen, ob wir die Computer nicht kaufen sollten. Wir haben uns entschieden, dass wir wegen einer falschen Wirtschaftspolitik, die Deutschland zum schlechtesten Wachstumsland Europas gemacht hat, nicht an den hessischen Schülern, nicht an der hessischen Sicherheit und nicht an den hessischen Polizeibeamten sparen werden. Das ist der Grund, warum wir im kommenden Jahr mit dieser Haushaltssituation leben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sind beim Nachtragshaushalt!)

Diese Entscheidung zeigt auch einen Optimismus, nämlich dass sich diese Politik wieder ändern lässt. Sie zeigt

den Optimismus, dass man es so, wie wir es in Hessen in den letzten Jahren gemacht haben, auch woanders machen kann. Das ist die Basis unseres finanziellen Konzepts: sehr solide und auch in der Zukunft mit Karlheinz Weimar.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Bökel für die SPD-Fraktion.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Volker Hoff (CDU): Jetzt kommt das Kontrastprogramm!)

Gerhard Bökel (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hoff hat eben gesagt, jetzt kommt das Kontrastprogramm. – Ja, das kommt jetzt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Not bei dieser Regierung, bei dieser Koalition und insbesondere bei der CDU muss schon sehr groß sein, dass in der letzten Lesung des Nachtragsetats der Finanzminister in der Debatte kuschelt und der Ministerpräsident versucht, zu retten, was nicht mehr zu retten ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Herr Ministerpräsident, wer Politik so mit dem Kehlkopf macht wie sie und nicht mit dem Kopf, der ist in Not.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Bla, bla, bla!)

Herr Ministerpräsident, wir reden im Übrigen über den Nachtragsetat des Jahres 2001 und nicht über den Etat des Jahres 2002. Das müssen wir einmal rekapitulieren, weil Sie diesen Finanzminister so loben.

Meine Damen und Herren, wir haben seit Sommer dieses Jahres gesagt, wir brauchen einen Nachtragsetat. Das ist immer dementiert worden. Dann hat in hoher Not ein Etat vorgelegen, erst über die Medien, und wir haben sofort gesagt: Das ist unsolid, falsche Zahlen.

Aber Sie stellen sich hin und sagen, es sei ein solides Zahlenwerk. – Welcher Hohn, wenn 700 Millionen DM schlicht unterschlagen worden sind.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Es ist ein Kontrastprogramm! Sie können es nicht! Das ist Ihr Problem!)

Wenn dieser Ministerpräsident nach Berlin schaut und sagt, die seien für alles verantwortlich, dann ist dem zu entgegen: Die Berlin- und bundespolitische Debatte hatten wir beim letzten Mal. Wir reden heute über Hessen. Wenn wir dann auch noch vom Ministerpräsidenten die Vergleiche mit der Zeit hören, in der Hans Eichel Ministerpräsident war, dann kann ich doch nur darauf hinweisen: Meine Damen und Herren, im ersten kompletten Regierungsjahr dieser Regierung Koch hatten Sie nach Länderfinanzausgleich 1,6 Milliarden DM mehr in der Kasse als wir im letzten Regierungsjahr Eichel. Das ist der

Unterschied, und das zeigt, welches Desaster Sie ange richtet haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann so zu tun, als habe man in großer Not diese Fehler machen müssen, sich dann vor diesen Finanzminister zu stellen, der in unverantwortlicher Weise einen eigenen Fehler gemacht hat, nicht dazu steht, es seinem Abteilungsleiter in die Schuhe schiebt! Wir wollen heute von Ihnen Antworten haben. Der Finanzminister durfte nicht reden, weil er nicht bereit ist, die Fragen zu beantworten, die wir gestellt haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich habe vorhin einmal darauf geachtet: Ich glaube, Sie haben nicht so genau hingehört, als mein Kollege Kahl geredet hat und auch von Ihnen gesprochen hat.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Ich rate Ihnen nur, hören Sie bei Kahl ein bisschen hin, dabei lernt man immer wieder. Herr Kahl hat gesagt: Es scheint wohl so gewesen zu sein,

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

dass nicht Herr Weimar gesagt hat, Herr Noe kommt wieder in die Verantwortung, sondern dass es eine Weisung oder eine dringliche Bitte des Ministerpräsidenten gab. – Diese Frage, die gestellt worden ist, kann man mit Ja oder mit Nein beantworten, und das hätten Sie heute tun können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Schlaumeier!)

So sagen wir, in diesem Nachtragsetat ist deutlich geworden,

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

dass Sie in der Bildungspolitik zu kurz springen. Heute lesen wir in den Zeitungen, dass Sie die Entwicklungen verschlafen haben, nicht nur wegen PISA.

(Lachen bei der FDP – Zurufe von der CDU)

Wir stellen fest, dass Sie im Entwurf merkwürdigerweise keinerlei Konsequenzen aus Ihrer misslungenen Bildungsreise für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gezogen haben. Sie jubeln von Kombilohnmodellen und haben dafür null Mark im Haushalt vorgesehen – alles im Etat dieses Jahres. Meine Damen und Herren, das zeigt, auf den wichtigen Politikfeldern haben Sie versagt. Daran kann auch eine lautstarke Rede nichts ändern.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun verstehe ich gut, dass dieser Ministerpräsident, nachdem man heute die Zeitungen gelesen hat, das große Bedürfnis hat, dass seine Truppe einigermaßen optimistisch in die Weihnachtspause geht.

(Frank Lortz (CDU): Ach du lieber Gott!)

Meine Damen und Herren, das wird Ihnen aber nicht gelingen.

(Zurufe von der CDU)

Die letzten Monate haben deutlich gemacht: Da gibt es eine Regierung mit einem Ministerpräsidenten – gut, des-

sen Bewertung haben wir bei der Generaldebatte vorgenommen –, der immer gesagt hat, wie auch Herr Kartmann: Wir haben im Kabinett zwei wichtige Säulen, die eine ist der Innenminister, die andere der Finanzminister. – Dazu kann ich abschließend nur sagen: Herr Koch, wenn das die Säulen Ihres Kabinetts sind, dann sind wir gut gelaunt. Dann bricht das Haus zusammen, und im Februar 2003 werden wir die Verantwortung übernehmen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Kollege Kartmann für die CDU-Fraktion.

Norbert Kartmann (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich ist dies die Jahreszeit, in der ich lieber als Nikolaus auftrete denn als Redner in einer Angelegenheit, die eigentlich für die Opposition nichts hergibt.

Aber es gilt, noch einmal sehr deutlich zu machen, dass sich ausgerechnet die Partei in Hessen, die überhaupt nichts zu einer konstruktiven Debatte des Nachtragsentwurfs beigetragen hat, hierhin stellt und Zensor über diesen Finanzminister und diese Landesregierung sein will. Meine Damen und Herren, das ist ein ganz seltener und einmaliger Vorgang in der hessischen Landespolitik.

(Beifall bei der CDU)

Herr Abg. Bökel, deswegen gibt es zwei Betrachtungsweisen dessen, was sich hier abgespielt hat. Die eine ist, zu fragen, ob man einen guten Grund hat, wirklich zufrieden mit dem zu sein, was geleistet worden ist. – Heute, ein Jahr vor der Debatte des Haushaltsplans 2003 und damit der Debatte, die auch zum Landtagswahlkampf hinführt, können wir feststellen, dass wir die politischen Ziele für Hessen, die ein wirkliches Kontrastprogramm zu Rot-Grün waren, allesamt erreicht haben und erreichen werden. Herr Bökel, eine bessere Bilanz kann es nicht geben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Es gibt die zweite Betrachtungsweise, zu fragen, wie man optimistisch sein kann. – Es gibt den Optimismus, der sich dadurch ausdrückt, dass man im Dunkeln pfeift, weil man Angst vor dem hat, was noch kommt.

Wenn Sie, für Sie äußerst mutig, hierher treten und sagen: „Jawohl, ich bin das Kontrastprogramm“, dann kann man sich einen größeren Mut gar nicht vorstellen. Das ist ein mutiger Mensch. Er hat es deutlich gemacht, er ist ein Kontrastprogramm – aber dieser Kontrast fällt eindeutig zugunsten dieses Ministerpräsidenten aus. Sie müssen noch viel dazu beitragen, um ein wirkliches Kontrastprogramm zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Herr Bökel, ich will Ihnen nur einen Ratschlag geben.

(Gerhard Bökel (SPD): Das ist gut!)

Sie brauchen ihn nicht anzunehmen. Wenn Sie dies werden wollen, dann müssen Sie zu zwei Dingen kommen. Auf der einen Seite müssen Sie sich vergegenwärtigen,

dass all die Defizite, die wir mit neuen Zielsetzungen abgeräumt haben, auch Ihre Handschrift getragen haben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Bökel, auf der anderen Seite müssen Sie endlich einmal klar sagen, wohin Sie in diesem Hessenlande insgesamt wollen: zu einer anderen Schulpolitik, angefangen bei den Lehrern, bis zur Frage der Konsequenzen aus PISA, zu der Frage von Polizeibeamten, von Agrarpolitik, von Finanzpolitik insgesamt. Sie meckern nur herum, querulieren herum, ohne dass eine Alternative erkennbar wird. Nein, Sie sind nicht das Kontrastprogramm, Sie sind nicht die Alternative für Hessen. Insofern sind wir erfolgreich gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zum Ende der gesamten Haushaltsdebatte. Deswegen kann man diese Debatten im Hessischen Landtag führen. Aber auch für die Sozialdemokraten wird nichts daran vorbei führen, dass sie tagtäglich – unabhängig von den Reden von Kahl und Bökel – mit der Wirklichkeit konfrontiert werden. Die aber ist im Ergebnis positiv. Deswegen sage ich: Dieses Weihnachtsfest wird ein schönes für uns, und das nächste Jahr wird für uns erfolgreich. Sie müssen noch viel tun, um auch nur zu einem Ansatz eines wirklichen Kontrastprogramms zu werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Al-Wazir für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ebenfalls für fünf Minuten.

(Clemens Reif (CDU): Der Schlaumeier!)

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade eben hat der Ministerpräsident einen politischen Rundumschlag gemacht, vor allen Dingen in die eigenen Reihen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, aber auch Herr Kollege Kartmann, ich glaube, wir müssen uns vielleicht noch einmal vergegenwärtigen, was wir hier gerade tun.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wir feiern Weihnachten!)

Wir sind in der dritten Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes. Heute ist der 18.12. Auch ein Nachtragshaushalt ist ein Gesetz, und ein Gesetz muss verkündet werden, damit es in Kraft tritt.

(Zurufe von der CDU)

Das heißt, das kann frühestens in der nächsten Woche passieren, wenn Sie Glück haben, am 24.12., wahrscheinlich erst nach den Feiertagen. Das aber bedeutet, dieses Gesetz – von dem Sie gerade gesagt haben, die Sonne gehe auf, wenn es beschlossen werde – wird genau drei Tage lang in Kraft sein.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Dazu frage ich Sie, ob das, was Sie hier geredet haben, mit der Wirklichkeit in irgendeiner Form etwas zu tun haben kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen wissen es die Kundigen: Am 15.12. war bei der Landesverwaltung Kassenschluss. Insofern frage ich mich, wie das alles durch Sie umgesetzt werden soll.

(Gerhard Bökel (SPD): Das ist doch keine Frage, das wird doch nicht gemacht!)

Aber das hat Sie eigentlich noch nie interessiert – ob das, was Sie hier erzählen, mit der Wirklichkeit irgendetwas zu tun hat.

(Ernst-Ludwig Wagner (Angelburg) (SPD): Vor allen Dingen mit der Wahrheit!)

Vielleicht hat das etwas damit zu tun, dass es in Zukunft nicht mehr „potemkinsches Dorf“, sondern „kochsches Dorf“ heißen wird.

Herr Ministerpräsident, Sie haben beispielsweise die Polizeicomputer angesprochen. Nach dem, was wir wissen, waren Sie vor zwei Wochen unter anderem auf einem Polizeirevier in Kassel, um dort einen vorweihnachtlichen Besuch abzustatten. Sie haben auch ein Geschenk mitgebracht, wie sich das für einen guten Onkel gehört – einen Videorecorder, wahrscheinlich, weil die jetzt billiger geworden sind.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Die Polizeibeamtinnen und -beamten haben vor Ihrem Besuch die Anweisung erhalten: Tragt schnell alle privat beschafften Computer aus dem Revier heraus.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Denn die Menschen hatten Angst, dass der Herr Ministerpräsident, wenn er hereinkommt, sagt: „Oh, hier sind aber viele Computer, was bin ich für ein toller Ministerpräsident einer tollen Regierung“, und ihm dann vielleicht die Polizeibeamtinnen und -beamten hätten sagen müssen, wie die Wirklichkeit aussieht. Herr Ministerpräsident Koch, davor haben Sie Angst, und deswegen halten Sie hier solche Reden in Ihren eigenen Reihen – weil Sie im Laufe dieser Beratungen des Nachtragshaushalts den Hinweis erhalten haben, dass Sie hier wirklich potemkinsche Dörfer aufbauen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Horst Klee (CDU): Quatsch! – Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Herr Ministerpräsident, es muss schon viel los sein, wenn in der dritten Lesung eines Nachtragshaushalts der Finanzminister von seinem Chef Sprechverbot bekommt und Sie hier sozusagen als Gouvernante auftreten, damit der Mann Sie nicht weiter blamieren kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen, es mag ja sein,

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

dass es bei der Frage, wie Herr Noe freigestellt wurde und dann wieder in sein Amt kam, solche Überlegungen gab, wie Sie sie gerade vorgetragen haben. Aber das hätten wir gerne vom Finanzminister selbst gehört, nicht von seiner Gouvernante.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, es mag auch sein, dass Lebensleistungen wichtig sind. Aber wenn die Opposition Fragen

stellt, könnte der Ministerpräsident, wenn er schon in Vertretung seines Finanzministers ans Pult tritt, diese Fragen beantworten. Das haben Sie nicht getan.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Ministerpräsident als Staatssekretär!)

Ausgerechnet Sie, Herr Koch, stellen sich hierher und sagen, wir würden uns gut damit auskennen, kübelweise Dreck über Menschen auszuschütten.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP)

– Herr Hahn, Sie sollten nicht immer klatschen und Bravo rufen. Sie sollten sich einfach einmal umdrehen und das Gesicht von Franz Josef Jung betrachten. Dann würde Ihnen das „Bravo“ im Halse stecken bleiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was soll das jetzt bedeuten, Sie grüner Feigling?)

Wenn ausgerechnet Sie hier vorgehen und uns vorwerfen, wir würden sozusagen unanständige Oppositionspolitik machen, muss ich sagen: Der Mann, der sich rühmte, die härteste Opposition Deutschlands zu sein, als er noch da saß,

(Günter Rudolph (SPD): Heuchler!)

erreicht irgendwann den Punkt, bei dem Dichtung und Wahrheit nicht mehr zusammenpassen, wie bei diesem Nachtragshaushalt auch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Volker Hoff (CDU): Ist das alles?)

Wenn Sie dann sagen, Herr Ministerpräsident, Nordrhein-Westfalen würde um 3 Milliarden DM die Nettokreditaufnahme ausweiten, dann sage ich Ihnen: Ja, das stimmt. Natürlich stimmt das. Aber Nordrhein-Westfalen hat 4,1 Milliarden DM Steuerausfälle und nimmt davon 3,3 Milliarden DM Erhöhung der Neuverschuldung in Kauf. Immerhin hat Nordrhein-Westfalen es geschafft, 20 % einzusparen. Aber Sie nehmen 100 % Neuverschuldung auf, und das unterscheidet bestimmte Regierungen voneinander.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Frank Lortz (CDU): Wir haben nicht eine Nettoneuverschuldung von 9 Milliarden! So ein Kasper!)

Es stimmt, Herr Ministerpräsident: Wir haben nie daran geglaubt, dass die politische Verantwortung bei einer solchen Mehrheit und einer solchen Regierung noch irgendeinen Stellenwert hat. Deswegen war es nichts Neues, dass Sie hier gesagt haben, dass die Mehrheit hinter dem Finanzminister steht. Er könne machen, was er wollte, es sei denn, er würde sich in eine Frau verlieben, die nicht seine eigene ist. Das wäre ein Rücktrittsgrund. Sonst gibt es hier keinen mehr.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Wir sind immer noch der Meinung, dass es politische Verantwortung für Fehlleistungen, und zwar besonders für eigene Fehlleistungen, gibt. Auch wenn Sie große Erfahrung im Aussitzen haben, Herr Ministerpräsident, über kurz oder lang setzt sich dies durch.

(Volker Hoff (CDU): Ja, ja!)

Dass dies nicht mehr vor Weihnachten geschieht, ist klar. Aber wir hatten bisher in jedem Jahr einen Rücktritt in der Regierung Koch, und wir werden auch im nächsten Jahr einen erleben. Ich wage die Voraussage, dass es dieser Finanzminister sein wird, Herr Ministerpräsident.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der nicht einmal mehr reden darf!)

Die Tatsache, dass er hier nicht mehr reden darf, sondern seine Gouvernante ans Pult tritt, bestätigt uns in dieser Auffassung. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Hahn spricht für die FDP-Fraktion.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heinz Schenk hat einmal eine hervorragende Blütenrede im „Blauen Bock“ gehalten. Sie hatte die Überschrift: „Wie mers mecht, ists verkehrt.“

Meine sehr verehrten Kollegen von der Opposition, Sie müssen sich schon entscheiden. In der vergangenen Woche haben Sie tumultiert, damit der Ministerpräsident in die Diskussion geht. Heute tumultieren Sie, weil er in die Diskussion geht. Wie mers mecht, ists verkehrt.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Machen Sie es doch einfach richtig!)

Ich muss Ihnen gestehen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, dass die sechs liberalen Abgeordneten – ich glaube, das gilt auch für die 50 Abgeordneten der Union – mit großer Zufriedenheit darüber, was sie in diesem Jahr für das Land Hessen getan haben, in die Weihnachtsferien gehen. Ich glaube, das unterscheidet uns von Ihnen diametral.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schulden, Schulden, Schulden!)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wir haben dieses Jahr genutzt, um Hessen weiter in die Zukunft zu führen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In den Schuldensumpf!)

Sie haben versucht, dieses Jahr zu missbrauchen, um politische Mitbewerber zu diskreditieren. Das ist der Unterschied zwischen der Regierungsmehrheit von FDP und CDU und der verehrten Opposition in diesem Hause.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir mussten nicht wie Herr Bökel und Herr Al-Wazir unsere Truppen erst aufstellen, damit sie Polizeistationen besuchen, damit sie Gespräche mit den Finanzbeamten führen, damit sie Gespräche in den Schulen führen. Meine Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten, das ist unser täglich Brot. Das machen die 56 Koalitionsabgeordneten tagtäglich.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb wissen wir auch, wie die Stimmung in unserem Lande ist. Deshalb gehen wir auch mit großer Gelassenheit – nicht mit Überheblichkeit – in diese Weihnachtsferien.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Nachtragshaushalt 2001 ist das i-Tüpfelchen auf eine hervorragende Politik für unser Hessenland gesetzt worden. Darauf sind wir stolz, die Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aufs Schuldenmachen!)

Dass Sie, werte Kollegen, insbesondere von den Sozialdemokraten, wirklich einmal die Weihnachtstage zur Besinnlichkeit nutzen sollten – Frau Kollegin Ypsilanti und ich hatten in der vergangenen Woche schon einmal die Ehre, dies zum Thema PISA auszutauschen –, das glaube ich. Herr Kollege Bökel, wer sich in dieser Situation als misstratener und missglückter Knecht Ruprecht hinstellt und hier wiederum erklärt – diesmal juristisch sauber, menschlich genauso mies –, es seien 700 Millionen DM unterschlagen worden, sollte wirklich die Weihnachtsfeiertage einmal nutzen, um sich zu überlegen, ob diese Stillosigkeit noch zu überbieten ist und ob sie einem Oppositionsführer im Hessischen Landtag angemessen ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Bökel, Sie sollten vielleicht die Zeit jetzt endlich einmal nutzen – Sie sind nun auch schon einige Monate Chef dieser Truppe –, Alternativen zur erfolgreichen Politik von FDP und CDU für unser Hessenland aufzuzeigen.

(Manfred Schaub (SPD): Haben Sie heute noch keine Zeitung gelesen?)

Wo ist denn eigentlich in einem einzigen Punkt eine umsetzbare Alternative? – Jawohl, ich gebe zu: Es ist Ihnen zuzubilligen, dass Sie zwangsweise das Thema Ganztagschulen angesprochen haben.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Wenn es aber um die Finanzierung derselben geht, so eiern Sie wie ein Kügelchen durch das Interview mit der „HNA“, mein sehr verehrter Herr Kollege Bökel.

(Beifall bei der FDP)

Ihren Versuch am gestrigen Tage, den Menschen zu versprechen, dass nun 500 Schulen eingerichtet werden sollen, haben Sie wieder ohne Gegenfinanzierung gemacht. Was für eine eklatant schlechte Opposition hat dieses Land. Wir waren damals besser, Herr Kollege Bökel. Deshalb regieren wir jetzt auch in diesem Lande.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen: Es ist überhaupt nicht streitig, dass wir im ersten Jahr unserer Verantwortung für den Haushalt, im Jahre 2000, 1,6 Milliarden DM mehr hatten als Sie. Jawohl. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Frage ist, was wir damit gemacht haben.

(Norbert Schmitt (SPD): 5,1!)

Wir haben insgesamt 2.500 Lehrer eingestellt, damit die Unterrichtsversorgung endlich wieder funktionierte. Wir haben erst einmal die Halbtagschulen organisieren müssen, und Sie schwätzen von der Ganztagschule.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir haben begonnen, die technischen und die Personalprobleme auszumerzen, die im Bereich der Polizei vorhanden waren. Schöne Grüße, Herr Innenminister a. D. Bökel. Was Sie dort hinterlassen haben, war desaströs. Dazu haben wir das Geld in die Hand genommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir haben viel Geld in die Hand genommen – das ist ein Teil unserer Politik, Herr Kollege Bökel –, damit die Hochschulen in diesem Land finanziell wieder ausgestattet sind. Es war doch gerade Ihr verehrter Vorgänger Armin Clauss, der zwei Wissenschaftsministerinnen zu Weinkrämpfen gebracht hat, weil Sie dauernd die Hochschulhaushalte geplündert haben. Ich kenne Frau Kollegin Wagner lange und gut genug, und ich habe sie noch nicht einmal in einem Weinkampf gesehen. Ganz im Gegenteil: Sie geht immer als Gewinnerin aus den Beratungen zum Hochschulhaushalt hervor.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen bei der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Demonstrativer Beifall des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Vielen Dank. Frau Präsidentin, lassen Sie mich noch einen wichtigen Teil sagen. – Jawohl, wir hatten 1,6 Milliarden DM im Jahre 2000 mehr. Damit haben wir alleine für 50 Millionen DM neue Straßen in diesem Lande gebaut, weil Sie unseren Straßenbau heruntergefahren haben. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es gibt einen Unterschied zwischen uns und jemandem, der sich damit beschäftigt, ob ein Sichtvermerk mit irgendeiner Paraphe links herum oder rechts herum versehen wird, und das am 18. Dezember. Man fragt sich, ob Sie tatsächlich vom Advent beseelt sind oder nicht, wenn Sie das hier vortragen. Nein, wir machen konkrete Politik für dieses Land. Der Nachtragshaushalt 2001 ist ein beredtes Beispiel dafür, und zwar für die Zukunft in diesem Lande, mit Karlheinz Weimar, unserem Finanzminister. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Ich komme zur Abstimmung, zuerst über den Gesetzentwurf. Wer dem Gesetzentwurf in der vorgetragenen Fassung in dritter Lesung zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der vorliegende Gesetzentwurf in dritter Lesung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen angenommen und wird damit zum Gesetz erhoben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich lasse abstimmen über den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend zügige Altlastensanierung – –

(Allgemeine Heiterkeit – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das passt zum Haushalt!)

– Eben sind mir die Zahlen durcheinander gekommen.

Ich lasse über den Dringlichen Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend restlose Aufklärung der Weimar-Affäre, Drucks. 15/3501, abstimmen.

(Manfred Schaub (SPD): Soll an den Ausschuss überwiesen werden!)

– Soll an den Ausschuss überwiesen werden? – Herr Kollege Kartmann, zur Geschäftsordnung.

Norbert Kartmann (CDU):

Wir möchten direkt abstimmen lassen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Schaub, zur Geschäftsordnung.

Manfred Schaub (SPD):

Frau Präsidentin, die Fragen, die wir in diesem Antrag gestellt haben und die wir vorher auch schon schriftlich niedergelegt hatten, sind nicht beantwortet worden. Sie sind nach wie vor offen. Deshalb muss dieser Antrag an den Ausschuss überwiesen werden, damit die Fragen dort behandelt werden können.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es gab zwei Anträge. Ich lasse zunächst über den Antrag auf Überweisung abstimmen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen wurde die Überweisung an den Ausschuss abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer stimmt ihm zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 36** auf:

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP betreffend Neubau des Plenarsaalgebäudes – Drucks. 15/3453 –

Das Wort hat Herr Kollege Möller für die Antragsteller.

Klaus Peter Möller (Gießen) (CDU):

Liebe Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich spreche in der Tat für fast alle Antragsteller. Ich will versuchen – alle reden von Weihnachten, ich auch –, Ihnen mit diesem Antrag ein weihnachtliches Zwischenhoch zu vermitteln.

Grundvoraussetzung ist – darin besteht Einigkeit –: Irgendetwas muss mit diesem Bau, der in den Sechzigerjahren in das historische Ensemble des Wiesbadener Stadtschlusses eingefügt wurde, geschehen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Dabei denke ich gar nicht einmal in erster Linie an die Abgeordneten. Ich denke zwar immer an die Abgeordneten, aber nicht ausschließlich.

(Dorothea Henzler (FDP): Das finde ich aber schade!)

Vielmehr denke ich an unsere Besucherinnen und Besucher, d. h. an unsere Gäste.

(Allgemeiner Beifall)

Es ist unzumutbar für die Besucher – jährlich zwischen 40.000 und 50.000, oft junge Leute –, wenn sie durch ein trostloses Treppenhaus ohne jede technische Einrichtung der Informationsmöglichkeit in die Säle der Fraktionen geführt werden und wenn sie dann auch noch hinauskomplimentiert werden müssen, weil außerplanmäßig eine Ältestenrats- oder eine Fraktions Sitzung stattfinden muss. Das ist unwürdig.

(Allgemeiner Beifall)

Es ist unwürdig, wenn Kongresse, Tagungen und Symposien in einem Plenarsaal veranstaltet werden müssen, der mit Sitzen mit zerrissenen Polstern,

(Manfred Schaub (SPD): Worauf wir hier sitzen!)

mit einer Anlage, um deren Ausfall wir stets fürchten, und mit einer Klimaanlage, die uns peinigt, ausgestattet ist. Auch das ist unzumutbar.

(Allgemeiner Beifall – Dorothea Henzler (FDP): Die uns krank macht!)

Meine Damen und Herren, es ist schließlich unzumutbar, dass die größere Zahl der Abgeordneten des Hessischen Landtags – ich habe das lange genug mitgemacht – in Zimmern, nein, in Dachmansarden mit schrägen Fenstern sitzt, die im Sommer glühend heiß, im Winter dagegen bitter kalt sind, und dort der Arbeit für unser Land nachgehen muss.

(Allgemeiner Beifall)

Da in den Medien von 80 neuen Abgeordnetenzimmern die Rede ist, gleich eine technische Durchsage dazu: In dem Entwurf von Waechter & Waechter – ich begrüße das Architektenehepaar auf der Tribüne –

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

sind 58 neue Abgeordnetenzimmer und zwölf Ministerbüros vorgesehen. Ob wir die alle brauchen, ist eine andere Frage, aber es klingt erst einmal schön. Weitere 20 Zimmer im ersten und zweiten Obergeschoss des Mittelbaues sind zur Renovierung vorgesehen. 32 Abgeordnetenzimmer bleiben da, wo sie sind, weil sie in Ordnung sind. Sollte dieser Plan Wirklichkeit werden, haben wir sowohl für 110 Abgeordnete als auch für die Minister eine vernünftige Unterbringung erreicht.

Meine Damen und Herren, das waren die Voraussetzungen. Aufgrund dieser Voraussetzungen fand eine europaweite Ausschreibung – ein Architektenwettbewerb – statt, mit dem sehr viele Architekturbüros angesprochen wurden und der uns schließlich 45 Entwürfe mit den entsprechenden Modellen gebracht hat. Zwei Tage lang haben Fachleute und Mitglieder dieses Hauses in einem sich immer mehr verengenden Auswahlprozess diese 45 Pläne und Modelle durchgesehen. Die Architekten als Fachrichter und die Abgeordneten und Minister als Sachrichter sind mit einem Stimmenverhältnis von 11 : 0, also einstimmig, zu dem Ergebnis gekommen, dass der Entwurf, des-

sen Verwirklichung wir hier beantragen, der richtige und der beste ist.

Dieser Entwurf ist der Öffentlichkeit und auch den Abgeordneten dieses Hauses vielfach vorgestellt worden. Jeder hat eine sehr ausführliche Presseerklärung mit Bild und Beschreibung bekommen. Hier sind seit Tagen – nach dem Parlamentarischen Abend – wieder alle 45 Pläne und Modelle ausgestellt. Für alle, die sich Detailkenntnisse beschaffen wollten, hat es am Donnerstag der vergangenen Woche eine Erläuterung gegeben. Davon haben die Journalisten profitiert. Jeder hatte die Möglichkeit, sich von diesem Projekt, d. h. von seiner Vernunft, zu überzeugen.

Das Projekt, das wir Ihnen zur Ausführung – nicht zur sklavischen Nachahmung – empfehlen, hat im Wettbewerb besonders vorteilhaft abgeschnitten. Es enthält sich jeglichen Eingriffs in den historischen Bestand von Schloss, Kavalierhaus und ehemaliger Rheumaklinik. Das bedeutet, dass der Denkmalschutz – er hat das schon ausdrücklich gesagt – keine Einwendungen gegen eine solche Planung erheben wird. Jeder, der weiß, was es bedeutet, wenn auf historischem Grund und Boden gebaut wird, kann das gar nicht hoch genug einschätzen. Was Traufhöhe und Ähnliches betrifft, fügt sich dieser Entwurf in einer sehr harmonischen Weise in seine Umgebung ein. Deshalb gibt es eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass er von den Baugenehmigungsbehörden der Landeshauptstadt genehmigt wird. Dieser Entwurf enthält im Vergleich zu anderen besonders wenig Abriss und ist damit vergleichsweise preiswert.

Zum Antrag. Dieser Antrag ist keine HU-Bau, und er enthält auch noch keine Zahlen. Aber mit diesem Antrag ist der Beschluss verwirklicht, dass mit einem Betrag in der Größenordnung von 51 Millionen Euro, wie es der derzeitige Stand der Überlegungen ist, etwas Besonderes, etwas Neues geschaffen wird – ein Bauwerk, das die Landeshauptstadt Wiesbaden verschönern wird, das dem Land Hessen und seinen Abgeordneten zur Ehre gereicht und – ich wage einfach einmal, das in dieser schroffen Form zu sagen – das uns als den Repräsentanten des Landes Hessen auch zusteht.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Meine Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hessen ist ein Land – das wird immer wieder betont –, das im Konzert der deutschen Bundesländer in Zukunft eine immer größere Rolle spielen wird.

Wir leben als Hessen in einem Europa der Regionen. Wir stehen im Wettbewerb mit Regionen und regionalen Hauptstädten wie Barcelona, Bordeaux, Bologna oder Mailand oder einer kleinen Stadt wie Salzburg, München oder Dresden. Schauen Sie sich an, wie sich in diesen Ländern mit einer ganz großen Selbstverständlichkeit der Staat, die Staatsgewalt darstellt und präsentiert. Das ist ein Zusammenklang von Tradition, Geschichte und Selbstbewusstsein. Dieses Selbstbewusstsein fordere ich von uns allen ein, denn ein gesundes Selbstbewusstsein ist auch Voraussetzung für ein vernünftiges Staatsbewusstsein.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Aber Selbstbewusstsein und Staatsbewusstsein dürfen uns nicht vom Rechnen abhalten. Deswegen möchte ich mit Ihnen die Frage stellen, ob es zu dieser Planung eines Neubaus eine realistische Alternative gegeben hat. Diese realistische Alternative gab es nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es gab den Vorentwurf, dieses an sich sehr schön aussehende Modell von Kissler + Effgen, das vorgesehen hat, auf den hier vorhandenen Plenarsaal gewissermaßen einen neuen Plenarsaal überzustülpen und nach guter alter hessischer Art hier und da noch ein Stückchen anzusetzen und auszubauen, kurz: einen Umbau mit Ergänzungen zu machen.

Kein Büro in diesem Wettbewerb hat auf dieser Basis geplant; auch nicht das Wiesbadener Büro Kissler + Effgen, das den Vorentwurf gemacht hat und das bei der Ausschreibung mit Platz vier einen besonderen Preis erhalten hat. Warum? Weil der Untergrund, die Statik, es nicht verträgt, dass man gewissermaßen diesen vorhandenen Plenarsaal mit seinen Stützen durch einen weiteren Raum darüber belastet. 15 m Soleboden vertragen es einfach nicht, dass auf vorhandenen Grundmauern weiter aufgebaut wird. Das ist die eine Frage.

Die andere Frage ist, ob man unter Umständen in dem Verwaltungsgericht die Räume schaffen kann, die man für die Abgeordneten benötigt. Auch diese Frage ist letztlich, aufgrund der Berechnungen, die das Staatsbauamt Wiesbaden angestellt hat, zu verneinen. Zum einen: Wir haben kein Ersatzgebäude, in das das Verwaltungsgericht zügig einziehen könnte.

Ein neues Verwaltungsgericht, das so aussieht wie das bisherige, würde komplett, reine Baukosten, im Hochbau rund 24 Millionen DM benötigen. Dazu brauchten wir ein Grundstück von 2.000 m². Geschätzte Kosten: 5 Millionen DM. Dann sind wir bei 29 Millionen DM.

Dann müsste man das bestehende Gebäude – das so aufgebaut ist: Gerichtssaal, hier ein Beratungszimmer und dort ein Arbeitszimmer – entkernen und völlig neu ausbauen, um es für Zwecke von Abgeordneten verwertbar zu machen. Wer weiß, was es kostet, in einem solchen vorhandenen Gebäude nun sozusagen alles zu entkernen und neu zu gestalten, der wird mir Recht geben, dass gerade da die Kosten unüberschaubar hoch sind. Man müsste auf der Grundlage 29 Millionen DM locker weitere 10, wenn nicht 20 Millionen DM ausgeben, um den Raumbedarf, den der Landtag hat, im Verwaltungsgericht zu befriedigen.

Meine Damen und Herren, da ist man auf die richtige Idee gekommen – ich stehe voll und ganz hinter diesem Gedanken –: Dann reißen wir das, was nicht mehr viel taugt, ab und bauen alles neu, vernünftig, richtig, modern und schön dazu.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Damit bin ich beim Bund der Steuerzahler. Der Bund der Steuerzahler in Hessen hat zwei Feindbilder: erstens Abgeordnete, zweitens Minister.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Das erleichtert die Arbeit ganz ungemein, man muss nämlich nicht recherchieren, man muss auch nicht mit Abgeordneten sprechen, sondern man wartet, bis irgendetwas in der Zeitung steht. Dann setzt man sich darauf und sagt, das ist alles ganz furchtbar schlecht. Dann findet man in aller Regel auch ein öffentliches Echo. In dieser Rolle – das muss ich sagen – erschöpft sich in Hessen der Bund der Steuerzahler. Früher kamen seine Repräsentanten zum Gespräch. Da haben wir wirklich noch in aller Freundschaft und Ruhe die Dinge ausdiskutiert, die das hessische Landesparlament betrafen. Heute besteht kein Interesse. Wo ist der Herr Fried?

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Er müsste doch eigentlich bei einer solchen Debatte auf dieser Tribüne sitzen, um sich aus erster Hand zu vergewissern, ob er mit seinen Vorwürfen Recht hat oder nicht. Dieses Zwiegespräch fehlt. Deswegen meine ich, man soll auch auf solche Argumente eingehen, aber mit einer tunlichen Schonung, und man sollte sie nicht allzu ernst nehmen.

Deshalb mein Vorschlag, meine Bitte: Wir sollten jetzt mit dem notwendigen Selbstbewusstsein und mit einer wirklichen Freude an dieses Projekt herangehen, um uns Arbeitsbedingungen zu schaffen, die eines Landesparlaments würdig sind. Wenn Hessen eine große Rolle spielen soll, dann braucht es nicht nur die große Stadt Frankfurt, wo niemand nachfragt, ob der Flughafen ein paar Millionen DM mehr kostet,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nicht, da gibt es schon Fragen!)

oder die Messe – da fragt man nicht, bei Millionen fängt die Diskussion nicht an – oder die Olympiaeinrichtungen. Dann braucht das Land Hessen auch eine Landeshauptstadt mit einem gescheiterten Landtag und einer gescheiterten Staatskanzlei. Auf diesen Weg sollten wir uns jetzt begeben.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Fischer für die SPD-Fraktion.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Eberhard, wo bleibt das Fußballstadion?)

Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal bei dem Herrn Präsidenten bedanken. Wir möchten uns bei ihm bedanken für das, was er auch inhaltlich zur Notwendigkeit des Umbaus gesagt hat.

Wir reden hier nicht über den Neubau eines Plenarsaals, sondern wir reden hier über den Umbau des Hessischen Landtags. Dann füge ich gleich für den Steuerzahlerbund an: Wenn er irgendwann richtig lesen könnte, dann hätte er auch bemerkt, dass es um einen Umbau geht. Und auch für einige Journalisten füge ich an, dass es hier nicht um 100 Millionen Euro geht, sondern um 51 Millionen Euro, weil ich mich doch sehr geärgert habe, als heute Morgen über den Sender ging, dass wir heute für 100 Millionen Euro beschließen wollten.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP – Armin Klein (CDU): 2 Millionen pro Nase!)

Man kann es in dieser hektischen Zeit der Umstellung ja verstehen, aber ich wollte nur einmal darauf hinweisen, dass wir noch wissen, über was wir reden, weil wir als Hessischer Landtag – Gott sei Dank mit allen Fraktionen, unabhängig davon, wie wir jetzt abstimmen werden – dieses Thema seit vier Jahren nicht nur auf der Tagesordnung haben, sondern intensiv beraten. Auch hier möchte ich mich wieder beim Präsidenten bedanken, der mit einer Langmut unsere ungeduldigen Forderungen, die wir längst nicht alle verwirklicht sehen, ertragen hat. Ich möchte auch im Namen der SPD-Fraktion einmal Dankeschön

sagen an die Enquetekommission unter dem Vorsitz der Frau Vizepräsidentin

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

und – ich sage es jetzt auch einmal namentlich – in einer sehr offenen Runde mit Franz Josef Jung, Frank Lortz, Michael Denzin und Herrn von Plotnitz sowie Frau Wagner. Denn Frau Wagner war diejenige, die uns immer angeschoben hat, dass wir die Enquetekommission machen und dann die Fragen endlich beantworten sollen. Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass wir uns schon über vier Jahre damit beschäftigen. Voriges Jahr gab es den Grundsatzbeschluss, und heute machen wir den Zustimmungsbeschluss.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, glauben Sie mir bitte, wenn man das vier Jahre begleitet – Herr Lortz weiß das –, mir könnte jetzt das Herz überfließen, dass wir diesen Punkt und auch eine relative Geschlossenheit erreicht haben.

Ich muss hier auch einmal sagen, dass bei einigen Kollegen auch nach vier Jahren das kritische Nachdenken nicht zu einem Ende gekommen ist. Das sollten wir respektieren. Zu manchen Kollegen muss ich allerdings sagen: Es kann passieren, dass der Idealismus immer dann wächst, wenn das Problem sich entfernt. Heute ist das Problem da. Deshalb sollte auch heute entschieden werden.

Demokratie braucht eine offene Gesellschaft. Die offene Gesellschaft ist Teil der Demokratie. Das bringen wir jeder Besuchergruppe bei. Wir sprechen immer das Wort „offen“ aus. Wir sind offen für Gespräche. Es kann einem dabei passieren, dass nach Betätigen des Knopfes der Toilettenspülung das Gespräch unterbricht. Wir sagen, wir sind für alle diejenigen offen, die zu uns kommen. Jeder Besuchergruppe erklären wir, die Demokratie ist doch eine tolle Sache. Das machen wir entweder alleine oder zu viert. Zum Schluss führen wir die Besuchergruppe dann in einen Bunker, der kein Glas und kein Fenster hat und nicht offen ist. Deswegen möchte ich ganz herzlich sagen: Unsere Demokratie braucht Offenheit nicht nur in Wort und Bild, sondern auch tatsächlich. Ich habe als Vertreter des Gesetzgebungsorgans die Hoffnung, dass die auch für uns wichtige Sache rund wird, wenn sie fertig gestellt ist. Herr Präsident, das Ganze sollte genauso schön rund werden, wie jetzt der Plenarsaal eingezeichnet ist und wie wir ihn uns immer gewünscht haben. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Dorothea Henzler und Michael Denzin (FDP))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin Henzler hat das Wort für die FDP-Fraktion.

Dorothea Henzler (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Bund der Steuerzahler nennt unseren Neubau ein Weihnachtsgeschenk für Hessen. Da hat er Recht.

(Beifall der Abg. Michael Denzin und Nicola Beer (FDP) und bei Abgeordneten der CDU)

Der ausgewählte Entwurf ist ein Geschenk. Dieser Neubau wird zu einer Verbesserung des Stadtbildes führen. Er wird eine Attraktion und ein architektonisches Vorbild für ganz Hessen sein. Außer diesen positiven Aspekten wird er noch alle Anforderungen erfüllen, die wir an einen

Neu- bzw. Umbau des Plenarsaals gestellt haben. Er wird für alle Abgeordneten neue helle Büros bieten. Er wird Sitzungssäle mit guten Arbeitsbedingungen bieten. Er wird einen Plenarsaal mit Tageslicht bieten. Wir werden ihn mit guten Sitzen, guter Beleuchtung und einem guten Klima ausstatten. Ich denke, dieses neue Klima wird sich nicht nur auf die Gesundheit, sondern auch auf die Debatten auswirken.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP) und bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre etwas!)

Die Kritik des Bundes der Steuerzahler, wir sollten erst die Ergebnisse der Enquetekommission abwarten, ist nicht nur falsch, sondern kommt auch zu spät. Die Enquetekommission hat nicht beschlossen, den Hessischen Landtag zu verkleinern.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Alle Mitglieder der Enquetekommission wissen nämlich, wie viel die 110 Abgeordneten zu arbeiten haben. Die Arbeit wird nicht weniger, wenn wir den Landtag verkleinern. Im Gegenteil, für den einzelnen Abgeordneten wird sie nur noch größer werden.

(Beifall der Abg. Michael Denzin und Nicola Beer (FDP) und bei Abgeordneten der CDU)

Der Bund der Steuerzahler hat kritisiert, 100 Millionen DM dafür wären zu viel. Er rechnet dann auch noch vor, dies wären pro Abgeordneten 2 Millionen DM. Ich weiß gar nicht, wie er auf diesen Betrag kommt. Ich kann dazu nur sagen: Augenscheinlich lässt auch beim Bund der Steuerzahler PISA grüßen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Nach diesem Entwurf soll den Besuchern eine offene, einladende Eingangshalle geboten werden. Es wird Multimediaräume geben, in denen man sich informieren kann. Man wird sich dort darüber informieren können, was im Plenarsaal geschieht, ohne als Mitglied einer Besuchergruppe in den Landtag hineingehen zu müssen. Man wird dort auch einfach einmal so gucken können, was sich hier im Landtag tut. Der Neubau wird neue Besucherräume und eine bessere Tribüne für die Besucher bieten. Es wird dann nicht mehr einen engen Zugang geben, über den man hinein- und wieder hinausgeführt wird. Vielmehr wird es einen Umgang geben, von dem man von oben auf die Tätigkeiten der Abgeordneten gucken kann.

Der Neubau wird auch etwas für Wiesbaden bieten. Am Eingang zur Grabenstraße wird es eine neue architektonische Gestaltung geben. Es wird dort zu einer Verbreiterung und einem kleinen Parlamentsplatz kommen. Das wird begrünt werden. Es wird dort ein Café geben. Wir müssen uns für das Café später noch einen schönen Namen überlegen und uns Gedanken darüber machen, wie wir das Café nennen wollen, das im Parlament angesiedelt ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dorothea! – Weitere Zurufe)

– Wie bitte? – „Café Hosenträger“, na, das wollen wir erst einmal sehen.

Wir werden zwar keine Kuppel haben, wie es sie im Reichstag gibt. Aber ich könnte mir sehr gut vorstellen, dass der Plenarsaal im vierten Stock dieses Glase Gebäudes über Wiesbaden hinaus sichtbar sein wird, wenn er beleuchtet ist. Vielleicht werden wir uns irgendwann einmal

alle auf dem Neroberg versammeln und auf unseren schönen neuen Plenarsaal heruntergucken, wie er abends strahlt und leuchtet. Ich denke, das wird auch eine Attraktion für diese Stadt sein. Ich hoffe auch sehr, dass dies die Stadt mit ihrem Landesparlament sehr viel enger verbinden wird, als es jetzt der Fall ist. Der Landtag befindet sich zwar gegenüber dem Rathaus, aber wir machen nicht sehr viel gemeinsam. Die Wiesbadener identifizieren sich auch nicht sehr stark mit diesem Landesparlament. Das ist bisher der Fall. Ich denke, das wird besser werden.

(Beifall der Abg. Michael Denzin (FDP) und Eberhard Fischer (Hohenroda) (SPD))

Der Bund der Steuerzahler spricht die Warnung aus, wir würden heute vorschnelle Entschlüsse fassen und wir hätten überhaupt keine Alternativen zum Abriss geprüft. Das stimmt alles nicht. Am 24. August 1999 gab es in der Sitzung des Ältestenrates die erste Vorstellung verschiedener Modelle für einen An- und Umbau. Damals war auch noch die Rede davon, an den Plenarsaal in Richtung des Parkplatzes anzubauen. Das Ergebnis dieser Besprechung war, dass, wenn wir das so machen würden, alles kleiner und nichts wirklich besser würde. Daraufhin hat die FDP-Fraktion die Frage gestellt: Was muss denn eigentlich von dem, was wir haben, erhalten bleiben? – Es hieß immer, dieses Gebäude oder die graue Wand da hinten stehe unter Denkmalschutz. Wir haben noch einmal schriftlich nachgefragt, an was für Rahmenbedingungen wir uns halten müssen, ob oder was an diesen Gebäude unter Denkmalschutz steht, was muss stehen bleiben. Endlich kam dann die Nachricht: Hier muss überhaupt nichts stehen bleiben, es steht nichts unter Denkmalschutz, es ist nichts erhaltenswert, wir können im Grunde genommen völlig frei an die Überlegung herangehen, wie man ein wirklich neues Plenargebäude bauen kann.

Am 10. Februar 2000 wurden in der Baukommission die Varianten Umbau, Ausbau und Neubau ausführlich diskutiert. Wir haben die Anforderungen formuliert. Daraufhin entstand der Vorentwurf mit dem so genannten UFO. Dieser hat uns eigentlich schon alle überrascht. Denn plötzlich war eine völlig neue Idee vorhanden, wie man das machen kann.

Wir haben uns zwei Jahre lang sehr intensiv mit diesem Projekt beschäftigt. Damit ist der Vorwurf, wir würden übereilt handeln, wirklich obsolet. Wir haben alle Varianten geprüft, die Möglichkeiten des Umbaus, des Anbaus und des Neubaus. Ich bin sehr froh, dass wir heute entscheiden werden. Das ist keine vorschnelle Entscheidung. Vielmehr haben wir vor dieser Entscheidung wirklich lang und gründlich überlegt.

Die FDP-Fraktion ist froh und stolz, an den Planungen und Entscheidungen für einen Neubau wirklich aktiv teilgenommen zu haben. Wir werden dem Antrag zustimmen. Wir hoffen, dass dieser Entwurf sehr schnell realisiert werden wird. Denn das wäre ein wirklich gelungenes Weihnachtsgeschenk für ganz Hessen.

(Beifall der Abg. Michael Denzin und Nicola Beer (FDP) und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde bereits erwähnt, dass es genau ein Jahr her ist, dass wir das Thema „Neubau des Plenarsaals“ hier diskutiert haben. Wir sind jetzt ein Jahr weiter. Sicherlich sind wir an Erkenntnissen reicher. Wir sind uns aber in dieser Frage nach wie vor nicht einig. Weil das so ist, will ich zunächst die Punkte, von denen ich denke, dass wir uns einig sind, kurz zusammenfassend erwähnen.

Wir sind uns völlig darin einig, dass die Arbeitsbedingungen diese Parlamentes – seien es die der Abgeordneten oder seiner Mitarbeiter – nicht so bleiben können, wie sie sind. Das gilt für die Sitzungssäle, und zwar angefangen beim Plenarsaal. Sein technischer Standard wurde schon erwähnt. Das gilt gleichermaßen für die Büros. Die Voraussetzungen für effektive Arbeit müssen geschaffen werden. Das ist derzeit nicht gegeben. Vielmehr sind die Arbeitsbedingungen in weiten Bereichen unzumutbar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Abgeordneten der CDU und der SPD und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Auch hinsichtlich des Umgangs mit den Besucherinnen und Besuchern können wir es bei den bestehenden räumlichen Verhältnissen nicht bleiben lassen. Auch das ist völlig unstrittig.

Nach den vielen Debatten und Überlegungen zu der Problematik kann heute festgestellt werden, dass das Problem, so wie es sich darstellt, mit Renovierungs- und Teil-sanierungsmaßnahmen nicht gelöst werden kann. Ich denke, auch diese Erkenntnis teilen wir alle. Verehrter Herr Kollege Fischer, der Tagesordnungspunkt hat den Betreff: „Neubau des Plenarsaalgebäudes“. Ob man das „Neubau des Plenarsaalgebäudes“ oder „Umbau des Landtags“ nennt, ist mir herzlich egal. Wir sagen auch, wir stehen durchaus dazu, dass eine umfangreiche Baumaßnahme notwendig ist. Auch wenn es nicht im Mittelpunkt stehen soll und darf, sage ich: Die Bemerkung des Bundes der Steuerzahler im Hinblick auf die Größe des Landtags halten wir angesichts dessen für abwegig, dass wir unsere Arbeit leisten müssen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Das sage ich natürlich aus der Sicht einer kleinen Fraktion. Ganz ohne Zweifel haben wir unsere Arbeit hier in Wiesbaden und gleichermaßen die Arbeit vor Ort mit den Menschen zu bewältigen.

Wenn die Menschen keine Abgeordneten mehr treffen können, weil es einfach zu wenige Abgeordnete gibt, dann mag das vielleicht im Sinne der Steuerzahler sein, es ist aber bestimmt nicht im Sinne der Demokratie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Wir gehen auch gemeinsam davon aus, dass wir den Standort Stadtschloss Wiesbaden erhalten wollen und nicht woanders eine neue Adresse suchen.

Damit sind die Rahmenbedingungen für das Problem im Prinzip definiert. Das Ergebnis des Architektenwettbewerbs können wir auf dieser Grundlage bewerten. Auch wenn unsere Fraktion als einzige nicht mitentscheiden konnte, hatte ich Gelegenheit, die gesamte Jurydebatte von Anfang bis Ende zu verfolgen. Ich kann aus unserer Sicht sagen, dass der ausgewählte Entwurf unter den eben

genannten Bedingungen sicherlich zur Spitze dessen gehört, was an Vorschlägen gemacht worden ist.

Jetzt komme ich zu dem Punkt, wo wir es ein bisschen anders sehen: Das Quartier des Landtags ist ausgesprochen eng. Flächen für eine großzügige Ausbreitung fehlen. Das wissen wir alle. Zugleich ist die Umgebung in Form der Wiesbadener Altstadt eine maßgebliche Restriktion, was eine mögliche Höhenentwicklung angeht. Das Landesparlament soll und muss zwar ein markanter öffentlicher Bau sein und daher auch architektonisch auf sich aufmerksam machen, aber es muss sich gleichermaßen – und zwar nicht nur aus rechtlichen Gründen – in die städtebauliche Umgebung sinnvoll einpassen. Unter Berücksichtigung dieser Restriktionen steht der Wettbewerbssieger sicherlich an der Spitze der gemachten Vorschläge.

Auch wenn ich dies zugestehe, sollte man festhalten, dass wir uns heute dennoch nicht dafür entscheiden können, dem Antrag zuzustimmen, weil wir es nach wie vor für problematisch halten, in einer Vorphase der Diskussion eine bestimmte Entscheidung zu treffen. Nachdem der Wettbewerb um ist, erkennen wir nämlich umso deutlicher, dass uns das in Probleme führt. Ich meine damit, dass wir uns gemeinsam und ohne Streit einerseits auf ein relativ umfängliches Raumvolumen festgelegt haben, andererseits, wie schon geschildert, der zur Verfügung stehende Platz eng ist.

Deswegen ist es schon richtig, zu fragen: Kann man – über das Kerngrundstück hinaus – zusätzlichen Platz gewinnen? Ich bin an der Stelle bei der Frage der künftigen Nutzung des Verwaltungsgerichtsgebäudes. Das sage ich, obwohl der Herr Präsident liebevoll darauf hingewiesen hat, dass diese Variante ausgeschlossen werden musste. Das Problem ist: Wir haben keine exakte Kalkulation, was eine Verlagerung des Gerichts kosten würde. Wir haben keine exakte Kalkulation, was eine Umnutzung des Gebäudes zu Arbeitsräumen des Landtags kosten würde.

Wir haben aber die Situation, dass es durchaus landeseigene Quartiere in der Wiesbadener Innenstadt gäbe, so dass wir dort angemessene Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter wie für Abgeordnete schaffen könnten. Das heißt nicht, um es ganz klar zu sagen, dass dann kein neuer Plenarsaal und Sitzungsräume notwendig wären und gebaut werden sollten. Es gäbe aber die Möglichkeit, dass man das Ganze etwas großzügiger und damit unserer Aufgabe auch angemessener gestalten könnte. Es ist ganz logisch: Wenn man weniger Masse auf einer bestimmten Fläche unterbringen muss, weil andere Flächen zur Verfügung stehen, dann hat man mehr gestalterische Möglichkeiten. Der vorgelegte und prämierte Entwurf gibt durchaus Ansätze, dieses zu berücksichtigen.

Das ist der Grund, warum wir unsere Zustimmung versagen. Aufgrund der genannten Rahmenbedingungen wäre es aus unserer Sicht sinnvoll, dies noch einmal genauer zu analysieren. Wir sind davon überzeugt, dass die Ziele mit der Marschrichtung, die jetzt unter Reduzierung auf das eigentliche Kerngrundstück des Landtags vorgegeben werden soll, nur suboptimal erreicht werden können.

Schon in der letzte Debatte in diesem Hause hatten wir entsprechende Gegenvorschläge gemacht. Wir wurden damals mit Kostenargumenten beiseite gedrückt. Nehmen Sie es uns nicht übel: Das war Salamtaktik. Damals wurden die Baukosten auf 65 bis 70 Millionen DM geschätzt, und es hieß dann, die alternative VG-Lösung, auf um die 75 Millionen DM geschätzt, sei zu teuer.

Wir alle wissen, wir sind jetzt bei einer anderen Kostenhöhe. Im Haushalt sind 51 Millionen Euro, also rund 100 Millionen DM, vorgesehen. Nach Einschätzung aller – ich will mich nicht an irgendwelchen Spekulationen beteiligen – sind einige Punkte zu sehen, wo man fürchten muss, dass die Kosten am Ende noch etwas höher sein werden. Ich erinnere nur daran, dass die Frage der Unterbringung des ruhenden Verkehrs in dem Entwurf noch nicht abschließend und gut gelöst ist. Ich denke, wenn wir eine Lösung haben wollen, die unseren Bedürfnissen und der Aufgabe und Stellung des Landtags entspricht, dann sollte der Landtagsinnenbereich nicht mehr aussehen wie ein Parkplatzhinterhof. Dann muss man eine andere Lösung für den ruhenden Verkehr finden, um diese Flächen anders, auch gemäß ihrer historischen Bedeutung, nutzen zu können. Das kommt wahrscheinlich dazu, sodass man davon ausgehen muss, dass die Kosten, die im Augenblick kalkuliert sind, bedauerlicherweise noch nicht die Obergrenze darstellen werden.

Weil Nachdenken immer billiger ist, als etwas zuerst falsch zu machen und hinterher auf den Trichter zu kommen, sollten wir auch in dem Stadium, in dem wir jetzt sind, die Alternative betrachten, nämlich die Nutzung des VG-Gebäudes durch den Landtag – mit der möglichen Folge der Unterbringung des VG im frei werdenden Polizeipräsidium oder in anderen vorhandenen landeseigenen Räumen in Wiesbaden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wäre eine lohnende Aufgabe. Wir sagen, dass der Hessische Landtag als die Kerninstitution der demokratischen Republik Land Hessen eine angemessene Unterbringung haben muss, die erkennbar und transparent seinen Aufgaben entspricht. Die Unterbringung soll nicht übertrieben sein. Das will keiner, das passt auch nicht zu den Hessinnen und Hessen. Sie kann andererseits aber auch nicht so sein, wie sie sich gegenwärtig darstellt: dass sie den Arbeitsnotwendigkeiten nicht entspricht und darüber hinaus nicht das Bild abgibt, das sie abgeben müsste.

Wir halten es keineswegs für zu spät, noch etwas Besseres als das, was wir im Augenblick erreicht haben, zu schaffen. Weil wir uns der Notwendigkeit und der Richtigkeit einer Veränderung – auch durchgreifender Art – hier im Landtag nicht verschließen, andererseits aber sagen, die Alternativen nicht zu bedenken ist nach unserer Auffassung zu kurzfristig, lehnen wir die Vorlage nicht ab, stimmen ihr aber auch nicht zu. Wir enthalten uns, weil wir damit zum Ausdruck bringen wollen, dass wir eine angemessene bauliche Veränderung des Landtags unterstützen, aber eine überzeugendere Lösung für möglich und realisierbar halten. Dafür wollen wir weiter werben können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Grüttner hat das Wort für die CDU-Fraktion.

Stefan Grüttner (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Präsident des Hessischen Landtags hat in eindrucksvoller Weise deutlich gemacht, dass ein Neubau, ein Umbau des Hessischen Landtags notwendig ist. Ich füge hinzu: Das ist angemessen für die Abgeordneten des Hessischen Landtags, denn wenn die Arbeitsbedingungen der Abgeordne-

ten auch nur ansatzweise so gestaltet werden sollen, wie sich die Anforderungen an die Arbeit der Abgeordneten darstellen, dann ist es mehr als überfällig, dass wir manche Missstände, die in unserem Hause vorhanden sind, umgehend abstellen, um insgesamt zu einer Verbesserung der Situation zu kommen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich kann es bei der Berichterstattung nicht außen vor bleiben, auch kurz auf die Äußerungen des Steuerzahlerbundes einzugehen. Herr Präsident, möglicherweise kommt der Steuerzahlerbund nicht mehr zu Gesprächen in den Landtag, weil ihm manche MdL-Büros einfach zu schlicht ausgestattet sind, sodass er sich gar nicht mehr traut, in dieses Haus zu kommen. Auch in der Richtung können wir durchaus für entsprechende Änderungen sorgen, damit man sieht, dass wir versuchen, angemessen unserer Arbeit nachzugehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich sage an dieser Stelle mit großer Deutlichkeit: Wir haben als Abgeordnete jedes Recht, selbstbewusst diese Maßnahme anzugehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben nicht eine Minute zu zögern oder auch nur eine Minute Zweifel daran zu hegen, dass das, was in der Planung ist, den Aufgaben und den Arbeitsbedürfnissen von Abgeordneten des Hessischen Landtags angemessen ist. Das rechtfertigt, die Planungen genau auf dem Weg entsprechend umzusetzen.

Insofern, weil ich auf die Einzelheiten nicht weiter eingehen muss, finde ich es ein Stück weit bedauerlich, wenn ich die Bilanz dessen ziehe, was Kollege Kaufmann zu den Punkten gesagt hat, in denen wir uns einig sind: Was die Frage von Arbeitsbedingungen anbelangt, ist es mit Renovierungen allein nicht getan. Eine Verkleinerung des Hessischen Landtages würde dem Demokratiedanke in unserem Lande sicherlich nicht Rechnung tragen. Der Standort im Kerngebiet der Wiesbadener Innenstadt soll erhalten bleiben.

An einem einzigen Punkt, von dem wir glauben, dass wir ihn deutlichst diskutiert haben, was die Frage des Einbezugs des Verwaltungsgerichtsgebäudes anbelangt, was letztlich dazu führen würde, dass eine vollkommen andere Planung als die, die momentan in einem Architektenwettbewerb zugrunde gelegt worden ist, nachdem alle Fraktionen unstrittig ihre Anforderungen an das Raumprogramm gestellt und dabei Berücksichtigung gefunden haben, nachdem alle – ob mit oder ohne Stimme – intensiv an dem Architektenwettbewerb teilgenommen und letztendlich zu dem Ergebnis gekommen sind, dass der ausgewählte Entwurf unter den gegebenen Bedingungen der beste ist, sagt man mit einer solchen Begründung: Wir sagen nicht Ja, wir sagen nicht Nein, wir enthalten uns. – Ich sage Ihnen, das ist ein Stück weit Drücken vor der Verantwortung, die wir als Abgeordnete auch gegenüber uns selbst haben. Ich bedauere das an dieser Stelle ausdrücklich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Natürlich ist es nicht zu spät, auch über Verbesserungen nachzudenken. Das ist überhaupt keine Frage. Aber es ist eine Grundentscheidung, die wir jetzt treffen müssen. Und diese Grundentscheidung ist, dass wir versuchen müssen, für diejenigen Kollegen, die in unmöglichen Zim-

mern unter unmöglichen Umständen ihrer Arbeit nachgehen müssen, umgehend für Verbesserung zu sorgen.

Ich weiß, dass einige Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause sehr überrascht waren, dass es überhaupt solche Büros gibt, weil sie von ihrem eigenen auf andere geschlossen haben und überhaupt nicht wussten, wie manche Bedingungen aussehen. Wir haben Sorge dafür zu tragen, dass alle Abgeordneten angemessene Arbeitsverhältnisse haben, was nur auf diesem Weg möglich ist.

Darüber hinaus bekommen wir einen Plenarsaal, in dem sich möglicherweise die Stimmung und das Klima – wie es Kollegin Henzler dargestellt hat – ein Stück weit verbessern. Dafür haben wir alle Voraussetzungen geschaffen.

Deswegen glaube ich, dass wir mit dem heutigen Beschluss, mit dem wir in Auftrag geben – um das deutlich zu machen –, auf der Grundlage des Wettbewerbsiegers eine Planung vorzunehmen, die sich in das Stadtbild einpasst, die die Bedingungen, die wir gestellt haben, erfüllen wird, den Weg beschreiten werden, der zukunftsgerichtet ist.

Ich sage auch: Ich bin ein großes Stück stolz darauf, dass lange darüber Reden und langes Planen unter dieser Landesregierung und dieser Mehrheit auch in dem Haushalt umgesetzt werden können, wie viele Verbesserungen für Abgeordnete in der Vergangenheit in den Haushalten dargestellt worden sind. Mehr, als ich in den vergangenen Legislaturperioden erlebt habe, wird auch dieses ein wegweisendes Projekt für uns selbst sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Damit schließe ich die Aussprache und komme zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag.

Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann wurde der vorliegende Antrag mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Meine Damen und Herren, ich finde, das ist ein sehr erfreulicher Tag nicht nur für uns, sondern auch für alle, die uns nachfolgen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Tagesordnungspunkt 30:

Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Beschädigung des Ansehens des Landes Hessen durch den Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch – Drucks. 15/3439 –

Das Wort zur Begründung des Antrages hat Kollege Walter für die SPD-Fraktion.

Jürgen Walter (SPD):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe als Reaktion von CDU-Politikern auf die Anträge zur Vereidigung des Hessischen Ministerpräsidenten, der offensichtlich nicht einmal bei dieser Debatte anwesend ist, mehrfach gelesen – –

(Wortmeldung des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Schaub, zur Geschäftsordnung.

Manfred Schaub (SPD):

Frau Vizepräsidentin, es macht wenig Sinn, die Debatte zu führen, wenn wir über das Beschädigen des Ansehens des Landes Hessen durch den Hessischen Ministerpräsidenten reden und er selbst nicht da ist. Wir sollten deshalb unterbrechen, bis er auch anwesend ist.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Er betritt schon den Saal. Ich gehe davon aus, dass ihn die Schnelligkeit unserer Entscheidung überrascht hat. – Herr Kollege Walter, Sie haben das Wort.

Jürgen Walter (SPD):

Wir begrüßen den Hessischen Ministerpräsidenten.

(Volker Hoff (CDU): Das könnte ruhig ein bisschen freundlicher sein!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fange noch einmal an. – Ich habe als Reaktion von CDU-Politikern auf die Anträge, den Hessischen Ministerpräsidenten auf seine Aussagen vor den Untersuchungsausschüssen zu vereidigen, gelesen, dies sei „die Fortsetzung der Verleumdungs- und Hetzkampagne der hessischen Opposition“.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

– Es war klar, dass an dieser Stelle geklatscht wird. Es könnte ein bisschen lauter sein.

(Volker Hoff (CDU): Sie müssen bessere Reden halten!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schauen wir uns einmal an, was der Eid überhaupt ist. Ich habe einmal in den einschlägigen, einen der zentralen großen Kommentare hineingeschaut, um die Definition des Eides zu vergegenwärtigen. Da heißt es im „Leipziger Kommentar“:

Der Zeugeneid hat zum Inhalt, dass der Zeuge nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt hat und nichts verschwiegen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, genau darum geht es in dieser Debatte. Es geht darum, dass sich der Herr Ministerpräsident weigert, durch den Eid zu bestätigen, dass er vor den Untersuchungsausschüssen nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt hat und nichts verschwiegen hat. Herr Ministerpräsident, an dieser Stelle müssen Sie sich gefallen lassen, dass das Misstrauen, die Zweifel, die eh schon an der Wahrheit Ihrer Aussage bestehen, stärker werden. Wer nichts zu befürchten hat, der kann sich an dieser Stelle auch vereidigen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident sagt: Ich habe nur die Wahrheit gesagt; ich werde aber nicht schwören. – In gewisser Weise kann ich das sogar nachvollziehen, weil bereits der erste Halbsatz dieser Feststellung: „Ich habe nur die Wahrheit gesagt“, schon einer ist, der in gewisser Weise ausgesprochen schwierig und gefährlich für den Ministerpräsidenten werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es darf nicht vergessen werden, dass der Herr Ministerpräsident bis zum Februar 2000 gegenüber der Öffentlichkeit und auch diesem Hause dauerhaft die Unwahrheit darüber gesagt hat, dass er nichts über Unklarheiten in den CDU-Finanzgebaren gewusst hat. Wir erinnern uns, die Aussage war: Wir haben keine Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten in der Buchführung der hessischen CDU.

Tatsächlich aber hat der Hessische Ministerpräsident selbst daran mitgewirkt, Schwarzgeld als Darlehen zu deklarieren, und daran mitgewirkt, dass dieser Darlehensvertrag zurückdatiert worden ist.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Wegen der kurzen Redezeit nur ein zweiter Punkt, wo die Zweifel an der Wahrhaftigkeit der Aussage des Hessischen Ministerpräsidenten überwiegen. Ich meine die Herkunft der Mittel, die Herkunft jener 20,8 Millionen DM, die im Jahre 1983 ins Ausland transferiert wurden. Da heißt es von dem Hessischen Ministerpräsidenten, dass keine Anhaltspunkte vorlägen, dass es sich nicht um Beiträge der Mitglieder und Spenden der Kleinspender handeln würde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies entspricht nicht dem, was uns der ehemalige Schatzmeister der hessischen CDU, Herr Kiep, im Untersuchungsausschuss berichtet hat. Herr Kiep sagt nämlich: Es gab Ende der Siebzigerjahre keinen Schatz der hessischen CDU. – Wer sollte dies besser wissen als Herr Kiep, der bis Ende der Siebzigerjahre Schatzmeister war?

Auf die Frage, wie dieses Vermögen zustande kommen kann, sagt Herr Kiep weiter: Wenn die Hessen 1983 über 20 Millionen DM ins Ausland transferieren konnten, spricht einiges dafür, dass sie mit der Staatsbürgerlichen Vereinigung weiter gearbeitet haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies korrespondiert auch mit den Hinweisen, dass Prinz Wittgenstein, den wir nun alle am letzten Freitag im Untersuchungsausschuss kennen gelernt haben, zweistellige Millionen-DM-Beträge über die Staatsbürgerliche Vereinigung und über die Ackermann-Gemeinde für die Hessen-CDU herangeschafft hat – Gelder, die aus Steuerhinterziehung stammten, nicht versteuerten Geldern, die an die hessische CDU geflossen sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Hessen-CDU verurteilt diese Untaten, diese illegalen Handlungsweisen aus den Achtzigerjahren. Aber sie genießt nach wie vor die Früchte aus diesen Handlungen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach wie vor besitzt die CDU diesen Schatz in Höhe von über 20 Millionen DM. Nicht nur der letzte Wahlkampf wurde aus Schwarzgeld finanziert, sondern es steht zu befürchten, dass die hessische CDU auch diesen Wahlkampf wieder aus Schwarzgeld finanziert.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, an dieser Stelle würde es mich und uns Sozialdemokraten schon interessieren,

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Uns auch!)

ob Sie auch unter Eid weiterhin das Märchen von den kleinen Spendern und den Mitgliedsbeiträgen aufrechterhalten, was die 20 Millionen DM angeht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Hessische Ministerpräsident hat sich des Beistands eines namhaften Strafverteidigers bedient. Das ist nicht zu kritisieren. Im Gegenteil, hier gilt die alte Formel: Das Honorar des Strafverteidigers ist Teil der Strafe.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber der Kollege Hamm führt im Wesentlichen zwei Argumente ins Feld, warum die Vereidigung des Hessischen Ministerpräsidenten unzulässig sei. Zum einen trägt der Kollege Hamm vor, dass Untersuchungsausschüsse grundsätzlich nicht zur Vereidigung von Zeugen berechtigt seien. Zum Zweiten wird vorgetragen, dass Untersuchungsausschüsse wegen des neuen Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes vom 19. Juni 2001 nicht – nicht mehr – vereidigen dürften.

Ich möchte mit dem zweiten Punkt anfangen, weil der am einfachsten abzuräumen ist. Es ist klar, dass ein Bundesgesetz keinerlei Ausfluss auf die Untersuchungsausschüsse im Lande Hessen haben kann. Die Regeln und die Richtlinien der hessischen Untersuchungsausschüsse richten sich nach der Hessischen Verfassung, und die haben wir wohl nicht geändert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es bleibt der zweite Einwand, der da lautet, Untersuchungsausschüsse dürften grundsätzlich nicht vereidigen. Mit anderen Worten: Ein Untersuchungsausschuss ist keine zur Vereidigung von Zeugen zuständige Stelle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde mich schämen, als Hessischer Ministerpräsident dieses Argument vortragen zu lassen. Ich habe hier das Deckblatt des Beschlusses des Staatsgerichtshofes des Landes Hessen, Beschluss vom 9. Dezember 1998, auf dem auch der Name Roland Koch als Antragsteller mit aufgeführt ist. In diesem Urteil ist nicht nur die Zulässigkeit der Vereidigung von Zeugen in Untersuchungsausschüssen,

(Gerhard Bökel (SPD): So ist es!)

und zwar im Lande Hessen, festgestellt worden, sondern auch, dass dies sogar ein Minderheitenrecht ist. Das heißt, allein auf Antrag der Minderheit ist eine Vereidigung vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Hessische Ministerpräsident selbst hat durch seinen Antrag beim Staatsgerichtshof eben das feststellen lassen, was er heute ablehnt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Grüttner, ich habe auch Ihren Namen ausgezeichnet; denn das gilt auch für Sie. Ich habe gesehen, dass Sie Ihre Redemeldung abgegeben haben.

(Gerhard Bökel (SPD): Der wollte doch das Reitpferd vereidigen lassen!)

Wir erwarten daher alle, dass Sie – das ist bei Ihnen nichts Ungewöhnliches – in Ihrer Replik exakt das ablehnen werden, was Sie selbst in diesem Verfahren mit beantragt

haben. Um es deutlich zu machen, zitiere ich aus diesem Urteil vom 9. Dezember 1998. Da heißt es auf Seite 13:

Aus dem Verfassungsgebot der Effektivität parlamentarischer Untersuchungsverfahren folgt, dass Untersuchungsausschüssen bei der Sachverhaltsaufklärung die Abnahme des Zeugeneids als Mittel der Wahrheitsfindung grundsätzlich zu Gebote steht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Jürgen Walter (SPD):

Zwei Sätze noch. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich dachte, die Zeiten seien vorbei, in denen die Gesetze für alle gelten, nur nicht für den Fürsten. In Hessen ist es offensichtlich nach wie vor so, dass die Gesetze für die anderen gelten, aber nicht für den Fürsten.

Eines noch. Es gibt einen Indikator für eine Regierung. Neben dem wirtschaftlichen Erfolg ist dies die Glaubwürdigkeit. Aber wer sich so verhält wie diese Landesregierung, der hat jede Glaubwürdigkeit verspielt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dem Sinne sind nicht wir diejenigen, die mit Kübeln voll Dreck werfen, wie der Ministerpräsident es sagt, nein, diese Landesregierung und die sie führenden Personen springen selbst in diese Drecklöcher. Sie sind verschmutzt, nicht weil wir sie mit Dreck bewerfen, sondern weil sie sich selbst so verhalten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Landesregierung hat jede Glaubwürdigkeit verloren. Deswegen wird es uns nicht allzu schwer fallen, sie im nächsten Jahr abzulösen. – Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Grüttner für die CDU-Fraktion.

Stefan Grüttner (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man den Antrag der Oppositionsfraktionen liest, kann man als Erstes festhalten: Der Hessische Ministerpräsident und die Regierung Koch/Wagner leisten Hervorragendes für unser Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Koalitionsfraktionen haben erfolgreich die Missstände rot-grüner Regierungspolitik in Hessen beseitigt, und sie haben versucht – –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht alles nicht im Antrag!)

– Das steht in diesem Antrag, wenn Sie ihn richtig lesen.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der war gut! – Norbert Schmitt (SPD): PISA!)

Sie haben darin etwas von „Schaden zufügen“ gesagt. Herr Kollege Kaufmann, Sie müssen wissen, was dort unterschrieben wird.

Ich sage ganz deutlich, den Schaden, den Rot-Grün in der Vergangenheit angerichtet hat, versuchen wir in diesem Lande erfolgreich aufzuräumen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese Landesregierung hat das Bundesland Hessen zur Nummer eins unter den deutschen Bundesländern gemacht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, im Lügen!)

Dies alles muss man rekapitulieren, wenn man den Antrag liest und eben die Begründung des Antrags durch Herrn Walter gehört hat. Wenn man diese Begründung heute hört, dann sieht man, es bewahrheitet sich das, was der Ministerpräsident an anderer Stelle heute von diesem Pult aus gesagt hat: Es geht Ihnen tatsächlich nur darum, mit Kübeln voller Dreck zu schütten.

(Beifall bei der CDU)

Denn nichts anderes ist das, was der Kollege Walter gemacht hat. Wenn er die Frage von Untersuchungsausschüssen und der Parteienfinanzierung Ende der Siebzigerjahre, Anfang der Achtzigerjahre ins Feld führt, dann muss er auch vor der eigenen Tür kehren. Er muss sagen, das System der Parteienfinanzierung über Staatsbürgerliche Vereinigungen war mit Ausnahme der GRÜNEN, weil es die damals noch nicht gegeben hat, bei allen Parteien gang und gäbe. Alle Parteien haben entsprechende Gerichtsverfahren über sich ergehen lassen müssen.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD – Gerhard Bökel (SPD): Aber wir haben nichts in die Schweiz gebracht!)

Aber das Schlimme ist – das ist das Kübeln mit Dreck –: Sie versuchen hier schon wieder, mit Unterstellungen zu arbeiten, von der Finanzierung von Wahlkämpfen bis in eine Schau der Zukunft,

(Norbert Schmitt (SPD): Zur Sache! Es geht um den Antrag!)

ohne dass Ihnen an einer einzigen Stelle in den fast zwei Jahren im Wiesbadener Untersuchungsausschuss gelungen ist, einen Widerspruch zu dem aufzudecken, was an Aufklärungsarbeit im März letzten Jahres unter der Verantwortung des Landesvorsitzenden der hessischen CDU vorgelegt worden ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, die HDI-Spende, mein Lieber!)

Nicht an einer einzigen Stelle ist es Ihnen gelungen,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum ist Franz Josef zurückgetreten?)

hier einen entsprechenden Widerspruch darzulegen, und das in 35 Sitzungen des Untersuchungsausschusses, 30 Plenartagen, mit der Vernehmung von über 60 Zeugen. Allein Roland Koch ist in Wiesbaden über acht Stunden im Untersuchungsausschuss vernommen worden und befragt worden. Sie alle haben ein Ergebnis gebracht: An al-

len Ergebnissen der Aufklärung aus dem Frühjahr 2000 gibt es keinen Deut Zweifel und keinen Widerspruch.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum ist Franz Josef zurückgetreten?)

Vor diesem Hintergrund ist es schon sehr verwunderlich, dass der Untersuchungsausschuss in Berlin den Ministerpräsidenten dort vereidigen wollte. Immerhin – darüber reden wir heute, das ist Ihr Antrag, den Sie gestellt haben – ist er dort auch über sechs Stunden befragt worden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn alles stimmt, warum schwört er dann nicht?)

Das Ansinnen ist umso erstaunlicher, als diese Forderung in den letzten 40 Jahren in Untersuchungsausschüssen in Berlin und in Bonn nicht ein einziges Mal gestellt worden ist und auch kein einziger Anhaltspunkt in der Befragung in Berlin aufgetaucht ist, der dieses Ansinnen überhaupt rechtfertigt.

Roland Koch hat in seinem Statement vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages am 16. November 2001 in Berlin erklärt – Herr Al-Wazir, Sie sind doch ansonsten so klug, dann müssen Sie das doch auch wissen –:

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der weiß mehr, als Sie denken!)

Mit der Veröffentlichung der Dokumentation „Schonungslose Aufklärung“ am 8. Februar 2000 wurden bereits alle wesentlichen Geldflüsse unzweifelhaft geklärt. Mithilfe der Wirtschaftsprüfer wurden im Ergebnis alle Fragen beantwortet.

Ich füge hinzu: An den damals veröffentlichten Ergebnissen der Aufklärung unter der Führung Roland Kochs ist bis heute kein einziger Zweifel laut geworden.

Zweiter Teil der Erklärung:

Die für die Fehler Verantwortlichen haben erklärt, dass sie dazu stehen. Die Rechenschaftsberichte wurden korrigiert. Wo Sanktionen zu Recht erlassen wurden, wurden sie akzeptiert. Wo Zweifel bestehen, werden die Gerichte entscheiden.

(Gerhard Bökel (SPD): Dann kann er sich doch vereidigen lassen!)

Auch dies ist bis heute unwidersprochen. Ich füge auch hinzu, die CDU hat unter der Verantwortung ihres Landesvorsitzenden Zuständigkeitsstrukturen und Abläufe so verändert, dass berechtigterweise die Erwartung besteht, dass sich solche Vorgänge nicht wiederholen. In Deutschland hat keine Partei heute unter diesem Gesichtspunkt eine transparentere und verantwortlichere Regelung als die CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

Meine Damen und Herren, ich sage außerdem: Verschleierte Gelder gibt es wahrscheinlich nur noch in dem Unternehmensimperium der SPD, möglicherweise auch noch bei ihren neuen und alten Freunden von der PDS.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Um der Wahrheit gerecht zu werden, müssen wir auch sagen, dass eine veritable Anzahl von Staatsanwälten und

Kriminalbeamten mehr als zwei Jahre in dieser Angelegenheit in Hessen ermittelt hat.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Durch diese Arbeit haben sich alle von Roland Koch veröffentlichten Aufklärungsergebnisse der CDU bestätigt. Keine der Aussagen in den vielen Stunden seiner Vernehmungen zu den unterschiedlichsten Komplexen ist von irgendeinem Zeugen in einem der beiden Untersuchungsausschüsse in Berlin und in Wiesbaden auch nur bestritten worden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum schwört er dann nicht?)

Die Staatsanwaltschaft in Wiesbaden hat seine Aussagen durch ihre umfangreiche Ermittlungsarbeit in jedem Punkt bestätigt. Aus den vorliegenden Akten, die den Untersuchungsausschüssen vorliegen – wenn man sich, Herr Kollege Walter, an Fakten und nicht an Vermutungen hält –, wurde Roland Koch bis heute kein einziger Widerspruch nachgewiesen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Stefan Grüttner (CDU):

Nein, bei der Kürze der Zeit nicht. – In allen Befragungen wurde noch nicht einmal behauptet, dass es solche Widersprüche gibt.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, wir wissen auch – und das wissen Sie selbst –, dass durch Gesetzesbeschluss des Bundestags zukünftig eine Vereidigung vor Bundestagsuntersuchungsausschüssen nicht mehr möglich ist.

Es besteht kein aufzuhellender Widerspruch, nichts Unaufklärbares. Insofern haben wir es in Wiesbaden wie in Berlin ausschließlich mit der Instrumentalisierung des Untersuchungsausschusses als politische Waffe gegen die politische Konkurrenz zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Juristisch hiergegen vorzugehen ist weiß Gott nicht fadenscheinig – wie es der vorliegende Antrag und die Begründung des Kollegen Walter glauben machen wollen –, sondern durch eine Vielzahl auch für den Berliner Untersuchungsausschuss negativer Urteile nachdrücklich belegt.

Ich sage noch einmal: Was vor einem Monat, im November, Roland Koch in Berlin festgestellt hat, das hat nach wie vor Geltung. Vor dem Januar 2000 wusste er nichts von der ausländischen Kontennutzung der CDU Hessen. Vor Dezember 1999 hatte er keinerlei Kenntnisse von einem Konto außerhalb der offiziellen Buchführung der CDU. Er hat diese Vorgehensweise sofort nach Kenntnis-erhalt beendet.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Franz Josef Jung kennt er auch nicht!)

Meine Damen und Herren, ich will noch auf die öffentliche Zeugenbefragung eines Kriminalbeamten im Untersuchungsausschuss eingehen. Dieser hat zwar gesagt: Ich habe den Vermerk geschrieben, es müsste Kenntnis über

ein bei der CDU nicht bekanntes Konto bestanden haben. – Auf diese Aussage haben sich SPD und GRÜNE gestürzt. Aber auf Befragungen im Untersuchungsausschuss hat dieser Kriminalbeamte gesagt, er hat natürlich diese Unterlagen, aus denen er den Vermerk gezogen hat, aus der offiziellen Buchführung der CDU gehabt. Meine Damen und Herren, alles also, was Sie konstruieren, bricht wie ein Kartenhaus zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Gerhard Bökel (SPD): Warum lässt er sich dann nicht vereidigen?)

Insofern steht fest: Ein Untersuchungsausschuss – und sei es auch der durch die Regierungsfractionen in Berlin instrumentalisierte – muss auf rechtsstaatliche Maßnahmen beschränkt bleiben. Die Vereidigungsabsicht in Berlin aber hat nichts mit rechtsstaatlichen Motiven zu tun.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ui!)

Nach meiner Auffassung kann der Berliner Ausschuss alles von sich behaupten, sicherlich aber nicht, dass er in dieser Frage der Wahrheitsfindung Vorschub leisten wolle.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vielmehr handelt es sich dabei ausschließlich um den Versuch der Instrumentalisierung und des politischen Kampfes.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Wenn ich die Aufgeregtheit sehe, mit der die der hessischen Landtagsfraktion der SPD zugeordnete Mitarbeiterin im Berliner Untersuchungsausschuss Fragen an die dort sitzenden Frager aus der Bundestagsfraktion verteilt, dann wird schon sehr deutlich, worin der Sinn besteht.

(Gerhard Bökel (SPD): Was macht denn der Metz immer in Berlin?)

Insofern ist es nur noch Ritual, wenn Sie versuchen, dieses Thema nach zwei Jahren erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Lassen Sie mich abschließend sagen, dass der Landesvorsitzende der hessischen CDU sich auf rechtsstaatliche Verfahren beruft. Diese stehen jedem Bürger dieses Staates zu. Der Berliner Untersuchungsausschuss hat am vergangenen Mittwoch in dieser Frage mit seinem Beschluss nahezu kapituliert. Ich meine jetzt nicht die Donnerstagsitzung mit der Vernehmung von Herrn Kohl, sondern ich meine den Mittwoch. Da hat er den unsinnigen Beschluss gefasst, Roland Koch eine weitere Frist zur Abgabe des Eides zu setzen.

SPD und GRÜNE in Berlin wissen doch längst, dass sie mit ihrem rechtswidrigen Versuch, Roland Koch unbegündet in einen Eid zwingen zu wollen, heute schon gescheitert sind.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr redet von Rechtswidrigkeit, ausgerechnet ihr!)

Eine weitere juristische Niederlage können sich Neumann und seine Kolleginnen und Kollegen in Berlin nicht erlauben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erneut die Leute belügen, den Eid verweigern und dann von Recht reden!)

Meine Damen und Herren, Sie könnten sie sich auch nicht erlauben.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Stefan Grüttner (CDU):

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Wir von der Fraktion der CDU stehen hinter den Rechten, die die Verfassung den Angehörigen dieses Staates zubilligt. Zu diesen Rechten gehört es, sich gegen rechtswidrige Vorgehensweisen wie die von Ihnen praktizierte zur Wehr zu setzen.

Ich bin davon überzeugt, dass Roland Koch nicht nur die rechtliche Auseinandersetzung gewinnt, sondern auch die nächste Landtagswahl. Dazu dient es, der Opposition die Nutzlosigkeit ihrer Diffamierungskampagne vor Augen zu führen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Wir haben in 32 Monaten Regierungszeit Großartiges für Hessen und für die Menschen in Hessen geleistet. Diese Arbeit werden wir unbehelligt von Ihrer skandalorientierten und sachpolitiklosen Oppositionsarbeit fortsetzen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege von Plottnitz hat das Wort.

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Hoff, jawohl, er hat einen Hexenschuss. Es gibt Leute, die haben einen Hexenschuss, und es gibt Leute, die haben einen Schuss.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie werden der bisherigen Debatte schon entnommen haben, dass das Thema unserer Diskussion nicht diejenigen sind, die einen Hexenschuss haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Stefan Grüttner (CDU) bespricht sich mit einem Kollegen.)

– Herr Kollege Grüttner, ich hoffe, ich habe Ihre Aufmerksamkeit. – Wenn das, was der Hessische Ministerpräsident – sei es vor dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages, sei es vor dem Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtags – gesagt hat, alles so die lautere Wahrheit und nichts als die Wahrheit gewesen ist, dann hätten Sie doch ein kleines Wort zu der eigentlich spannenden Frage sagen müssen, um die es dabei geht: Warum versucht er dann mit allen Mitteln und Wegen, seiner Vereidigung zu entgehen? Das ist doch die spannende Frage, mit der wir es zu tun haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Leider Gottes haben Sie dazu kein Wort verloren. Zugegeben, das Thema ist alles andere als weihnachtlich und

besinnlich. Wir hätten es auch gern anders, aber wenn es auch am heutigen Tag noch so wenig weihnachtliche und besinnliche Themen gibt, dann liegt das nicht an dem bösen Willen der Opposition, sondern einzig und allein daran, dass der Hessische Ministerpräsident auch in vorweihnachtlicher Zeit – der November ist auch schon vorweihnachtlich – keine sich ihm bietende Gelegenheit auslässt, um die Glaubwürdigkeit des Amtes des Hessischen Ministerpräsidenten und seine eigene Glaubwürdigkeit als Zeuge vor Untersuchungsausschüssen zu beschädigen. Das ist der Punkt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu diesem Thema gehört zunächst einmal, dass es Walther Leisler Kiep war – er ist auch einer von den angeblich großen alten Männern der CDU, nicht nur in Hessen, sondern auf Bundesebene –,

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU))

auf den die CDU immer mit Fingern zeigt, wenn es um die schwarzen Kassen geht, der aber wundersamerweise auch zu denen gehört, denen in der Frage ihrer Mitgliedschaft in der CDU bis heute auch nicht das geringste Härchen gekrümmt worden ist. Walther Leisler Kiep war der Erste, der sich vor dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages geweigert hat, seine Verteidigung zu akzeptieren.

Allerdings hatte im Vergleich zu dem, was wir später vom Hessischen Ministerpräsidenten und noch später vom Exkanzler Kohl erlebt haben, Walther Leisler Kiep zumindest den Mumm, zu sagen: Ich empfinde meine eigene Rolle im Zusammenhang mit den Vorgängen, die Gegenstand des Untersuchungsausschusses in Berlin sind, mehr als die Rolle eines Verdächtigten und eines Beschuldigten denn als die Rolle eines neutralen Zeugen. Deswegen mache ich von dem Vereidigungsverbot, das es für solche Fälle in der Strafprozessordnung gibt, Gebrauch bzw. reklamiere es. – Das ist immerhin mutig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Er ist ein Zeuge, der sagt: So, wie die Dinge stehen, muss ich mich selbst als Verdächtigten, als potenziellen Beschuldigten behandeln und betrachten lassen, und deswegen kann man mich hier nicht vereidigen.

Ganz anders sieht die Sache allerdings beim Hessischen Ministerpräsidenten aus.

(Axel Wintermeyer (CDU): An den Haaren herbeigezogen!)

Gerade weil es Walther Leisler Kiep gegeben hat, gehörte er zu denjenigen,

(Stefan Grüttner (CDU): Alles Vermutungen!)

von denen auch ich am Anfang der Meinung war: Nach dem Auftritt von Walther Leisler Kiep wird sich Roland Koch jetzt nicht die Chance entgehen lassen, ein einziges Mal etwas für seine beschädigte Glaubwürdigkeit zu tun und sich vor den Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zu stellen und zu sagen: Meine Damen und Herren, ich habe doch nichts zu verbergen.

(Volker Hoff (CDU): Was seid ihr Pharisäer!)

Ich habe Ihnen sechs Stunden lang zu allem, was Sie mich gefragt haben, nach bestem Wissen und Gewissen Rede und Antwort gestanden. Ich habe dies wahrheitsgemäß getan. Wenn Sie mich vereidigen wollen, vereidigen Sie

mich doch. – Das war das, was auch ich – so gestehe ich – ein Moment lang für überwiegend wahrscheinlich gehalten habe. Man kann dem Hessischen Ministerpräsidenten manches absprechen, aber gelegentliches taktisches Gespür wird man ihm nicht absprechen können.

Aber es ist das Gegenteil eingetreten. Pustekuchen. Einmal mehr waren nicht Klarheit und Wahrheit die Devise, sondern einmal mehr hat der Hessische Ministerpräsident auf Tricks, auf Finten, auf abwegige Überlegungen gesetzt, um seiner Verteidigung so zu entgehen, wie es vor ihm Walther Leisler Kiep versucht hat und wie es nach ihm Helmut Kohl versucht hat. Tricks, Finten und Ausflüchte – das war die Maxime, die hier das Sagen gehabt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern bleibt die Feststellung richtig: Wo immer sich eine Gelegenheit auftut, weiter seine eigene Glaubwürdigkeit zu beschädigen, ist Roland Koch nicht weit.

Schaut man sich einmal die Gründe an, die von Roland Koch öffentlich genannt worden sind, kommt man aus dem Staunen nicht heraus. Es wurde von ihm, ich glaube, unter anderem sogar in einer Nachrichtensendung der ARD, gesagt: Ich habe keine Lust, mich hier an den Pranger stellen zu lassen.

(Volker Hoff (CDU): Ist doch okay, oder?)

Ich habe ein Recht darauf, vom Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages nicht an den Pranger gestellt zu werden. – Meine Damen und Herren, Herr Hoff, ich muss Ihnen dazu sagen: Vor deutschen Gerichten gehört die Verteidigung von Zeugen zu den alltäglichsten Vorgängen in Strafprozessen, die man sich vorstellen kann. Da kommt keiner auf den Gedanken, das sei eine Prangerstrafe, wenn ein Gericht eine Verteidigung beschließt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Wollen Sie sagen, dass der Untersuchungsausschuss ein Gericht sei? Amtsgerichtspräsident Neumann – da lachen Sie doch selbst!)

Wenn der Hessische Ministerpräsident meint, das habe Strafcharakter, dann ist das in hohem Maße abwegig. Dann ist er der Einzige, der auf einen solchen abstrusen Gedanken kommt.

Aber es kommt noch besser, meine Damen und Herren: Wir wissen aus dem vergangenen Jahr, dass Roland Koch im Zusammenhang mit den Vorgängen, die uns hier interessieren, es schätzt und liebt, sich selbst möglichst auch als Opfer zu präsentieren. Deswegen konnte es eigentlich auch nicht verwundern, dass man in der Presse gelesen hat, dass er auch in diesem Zusammenhang versucht hat, sich als Opfer zu präsentieren. Das ging so: Eigentlich hätte ich mich wahnsinnig gerne vereidigen lassen, weil ich nichts zu verbergen habe. Aber ich bin Opfer des geltenden Rechts. Die Rechtsordnung gestattet mir gar nicht, vereidigt zu werden. Deswegen kann ich hier leider nicht mit einem Eid dienen. – Selbst in diesem Zusammenhang gab es also noch den Versuch, als Opfer aufzulaufen und nicht als der Verweigerungstäter, der er eigentlich gewesen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Nichts als Märchenerzähler! – Frank Lortz (CDU): So ein Stromer!)

– Herr Kollege Lortz, schön, dass Sie jetzt da sind. So können Sie den zweiten Teil noch mitbekommen.

Ganz grotesk wird das Ganze, wenn man sich vor Augen führt, dass Roland Koch gleichzeitig der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag war, der 1998 an der Spitze derer stand, die das Recht parlamentarischer Untersuchungsausschüsse auf die Vornahme von Vereidigungen von Zeugen nicht nur bestätigend erstritten haben,

(Volker Hoff (CDU): Ich hätte Sie damals gern gehört!)

sondern die dieses Recht sogar als parlamentarisches Minderheitsrecht erstritten und durchgesetzt haben. Es ist der gleiche Roland Koch, der damals an der Spitze stand. Damals ging es nur um Pferde, nicht um Schwarzgeld. Das ist immer noch ein Unterschied.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der gleiche Roland Koch, der an der Spitze der damaligen „Massenbewegung“ für das Recht auf Zeugenvereidigung vor dem Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtags stand,

(Stefan Grüttner (CDU): Wie viele Widersprüche haben Sie darin denn festgestellt?)

tut jetzt so, als ob das alles nicht mehr gelten soll und als ob jetzt völlig andere rechtliche Maximen das Sagen hätten. Was er dabei natürlich verschweigt – das muss an dieser Stelle auch einmal gesagt werden –: Die Behauptung und der Standpunkt, parlamentarische Untersuchungsausschüsse dürften keinen Eid mehr abnehmen, ist eine Minderheitenmeinung, die außer Roland Koch und seinem Anwalt so gut wie niemand in der ganzen Bundesrepublik vertritt. Da reicht ein Blick in die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts,

(Frank Lortz (CDU): Unglaublich!)

die bestätigt haben, dass parlamentarische Untersuchungsausschüsse selbstverständlich Eidesleistungen abnehmen können. Es gibt keinen großen und renommierten Kommentar zum Grundgesetz, der irgendwo den Standpunkt vertritt, den einzunehmen Roland Koch sich für berechtigt hält. Insofern haben wir es hier in der Tat mit einem System von Tricks, Finten und Ausflüchten zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Frank Lortz (CDU): Na, na, na! Zum Abschluss kommen!)

Nun haben wir im Hessischen Landtag inzwischen auch den Antrag gestellt, den Zeugen Koch vor dem Untersuchungsausschuss vereidigen zu lassen. Wie die Dinge stehen, ist natürlich zu gewärtigen, dass auch da der Versuch gemacht wird, die Eidesleistung, wenn man sie schon nicht verhindern kann, zumindest so lange wie möglich zu verschleppen. Möglicherweise gibt es bei Roland Koch die Hoffnung, dass nur, weil er jetzt Ministerpräsident ist, der Staatsgerichtshof seine Rechtsauffassung aus dem Jahre 1998 holterdiepolter verändern könnte.

(Axel Wintermeyer (CDU): Gerichtsschelte!)

Das sollte uns wundern. Aber darüber haben wir hier nicht zu spekulieren. Das steht uns nicht zu.

(Frank Lortz (CDU): Scharfmacher!)

Was lehrt uns das Ganze? Roland Koch hat am 18. November vor dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages einmal mehr unter Beweis gestellt, dass er

dabei ist, sich wirklich zu einem veritablen Richard Nixon der deutschen Politik zu entwickeln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Frank Lortz (CDU): Pfui!)

– Jawohl, Herr Kollege Lortz. Bei Richard Nixon galt nämlich genauso wie bei Roland Koch die Devise: Machtpolitik vor Recht und Gesetz. Das ist der Punkt, mit dem wir es hier zu tun haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wie die Sache mit Richard Nixon ausgegangen ist, das wissen wir ja. Wir gehen munter davon aus, dass es für ein Watergate auch in Hessen nie zu spät ist. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Kollegin Beer für die FDP-Fraktion.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt mal etwas Liberales, bitte!)

Nicola Beer (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Al-Wazir, der vorliegende Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Manfred Schaub (SPD): Findet unsere Zustimmung!)

ist ein erneutes Beispiel, Herr Kollege Schaub, mit welcher Ignoranz, Hilflosigkeit und Dreistigkeit die Opposition mit dem Thema Finanzaffäre der CDU umgeht.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN, Sie behaupten nämlich in Ihrem Antrag, der Hessische Ministerpräsident Roland Koch habe die von der Ausschussmehrheit in Berlin beschlossene Vereidigung „unter fadenscheinigen rechtlichen Vorwänden verweigert“.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Fakt ist, meine Damen und Herren, die Sie gerade „So ist es!“ geschrien haben, dass sich Ministerpräsident Koch in Berlin der Auffassung seines Rechtsberaters angeschlossen hat.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Rupert von Plotnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Willenloses Opfer!)

Wenn ich jetzt dieses hämische Gelächter höre, meine Damen und Herren, muss ich sagen: Bei diesem Rechtsberater handelt es sich um keinen juristisch Geringeren als Herrn Prof. Hamm. Prof. Hamm ist seit 1991 Honorarprofessor für Strafprozessrecht an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt

(Norbert Schmitt (SPD): Es zählen Inhalte, nicht der Name!)

und durch zahlreiche Veröffentlichungen, Herr Kollege Schmitt, in der Fachwelt – bei Ihnen sicher nicht, aber in der Fachwelt – bekannt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Er ist beispielsweise Autor des Standardwerkes Sarstedt/Hamm „Die Revision in Strafsachen“, und seit 1987 ist er weiterhin Mitherausgeber der „Neuen Juristischen Wochenschrift“, der Standardfachzeitschrift für Juristen schlechthin.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, es besteht der Wunsch nach zwei Zwischenfragen. Lassen Sie sie zu?

(Nicola Beer (FDP): Bitte!)

– Herr von Plottnitz.

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Kollegin, stimmen Sie mir zu, dass Abgeordnete des Hessischen Landtages nicht allen renommierten Rechtsanwälten und Rechtswissenschaftlern glauben sollten, vor allen Dingen dann nicht, wenn sie als Privatgutachter für den Hessischen Ministerpräsidenten auflaufen?

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Sie sind nicht gemeint!)

Nicola Beer (FDP):

Herr Kollege von Plottnitz, welchen Rechtsanwälten und welchen Rechtsmeinungen Sie persönlich als Abgeordneter zustimmen, ist Ihre Sache. Aber ein Gutachten des Herrn Prof. Hamm als „fadenscheinige rechtliche Vorwände“ entsprechend zu betiteln, das ist die Sache, die ich hier in Zweifel ziehe.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich meine, an der Reputation des Herrn Prof. Hamm, der von 1996 bis 1999 schließlich neben seinem Beruf als Rechtsanwalt Hessischer Datenschutzbeauftragter war,

(Prof. Dr. Bernd Hamer (CDU): Von Herrn von Plottnitz gewählt!)

d. h. zu Ihrer Regierungszeit Datenschutzbeauftragter in diesem Land war, an der Reputation dieses Juristen und Rechtswissenschaftlers dürfte an und für sich kein Zweifel bestehen, auch nicht in diesem Raum und auch nicht als Privatmeinung, meine Damen und Herren.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, Herr Schmitt wollte, glaube ich, die zweite Zwischenfrage stellen.

(Nicola Beer (FDP): Auf Herrn Schmitt habe ich gerade noch gewartet! Bitte schön!)

– Herr Kollege Schmitt.

Norbert Schmitt (SPD):

Frau Kollegin, wir haben jetzt auch im hessischen Untersuchungsausschuss die Diskussion über die Frage der Eidesleistung. Teilen Sie denn die Auffassung Ihres Kollegen

Hahn, der vor ein paar Jahren, 1998, vor den Staatsgerichtshof gegangen ist

(Zuruf von der FDP: Auch ein renommierter Jurist! – Gegenruf von der SPD: Hochstapelei!)

– auch ein renommierter Jurist; er hat mit mir zusammen studiert –, um zu erreichen, dass über das hessische Verfassungsgericht festgestellt werden kann, dass eine Eidesleistung sogar von einer Minderheit erzwungen werden kann?

Nicola Beer (FDP):

Herr Kollege Schmitt, daran, dass Sie studiert haben, habe ich hin und wieder Zweifel. Aber Herr Kollege Hahn hat studiert.

(Heiterkeit bei der FDP)

Die Situation und das Urteil des hessischen Staatsgerichtshofs sind eine Sache. Die Frage ist aber – das ist gerade die Grundlage des ausführlichen schriftlichen Gutachtens von Prof. Hamm in Berlin gewesen –, ob sich die Rechtslage im Hinblick auf die Zulässigkeit der Vereidigung des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch mittlerweile möglicherweise verändert hat.

(Manfred Schaub (SPD): Das hat mit Hessen nichts zu tun!)

Herr Prof. Hamm hat dies schriftlich dargelegt und auch mündlich entsprechend begründet. Er ist zu dem Ergebnis gelangt, dass eine Vereidigung des Ministerpräsidenten durch den Berliner Untersuchungsausschuss unzulässig ist. Herr Kollege Schmitt, man mag diese Rechtsauffassung teilen oder nicht. In diesem Zusammenhang aber in Ihrem Antrag von „fadenscheinigen rechtlichen Vorwänden“ zu sprechen und dabei zu verschweigen, dass diese von Ihrem eigenen früheren Datenschutzbeauftragten vorgebracht wurden, belegt einmal mehr, mit welcher Ignoranz und Dreistigkeit Sie an die Sachverhalte herangehen und diese durch Auslassungen verdrehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Ich habe Sie doch zu Hessen gefragt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie tatsächlich der Auffassung sind, dass es sich bei Prof. Hamms Argumenten um „fadenscheinige rechtliche Vorwände“ handelt, sage ich Ihnen, dass es die einfache Möglichkeit gibt, diese Rechtsmeinung von einem Gericht klären zu lassen.

(Zuruf von der SPD)

Stattdessen geben Ihre Partei- und Koalitionsfreunde von SPD, GRÜNEN und PDS in Berlin ein bemerkenswertes Schauspiel der Hilflosigkeit ab. Herrn Kiep wollten sie zuerst vereidigen, meinten dann aber, keine Zeit mehr dafür zu haben. Ex-Bundeskanzler Kohl wollten sie zuerst auch unbedingt vereidigen, aber so wichtig war das letzten Endes doch nicht. Von Ministerpräsident Roland Koch glauben sie nun ernsthaft, er lasse sich von dem verschärft erhobenen Zeigefinger des Ausschussvorsitzenden Neumann beeindrucken.

Herr Kollege Schmitt, nicht der Ministerpräsident Koch hat durch seine Weigerung, sich vereidigen zu lassen, dem Amt des Ministerpräsidenten und dem Land Hessen Schaden zugefügt; denn es ist das Recht jedes Zeugen, eine andere Rechtsmeinung zu haben als die Ausschussmehrheit von Rot-Grün. Vielmehr sind es die SPD und

die GRÜNEN, die in Berlin der Institution des Untersuchungsausschusses Schaden zugefügt haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bevor der aktuelle Ausschuss in Berlin eingesetzt wurde, war nämlich ein Untersuchungsausschuss vor allem ein Mittel der Opposition gegenüber der Regierung, um scheinbare oder tatsächliche Missstände aufzudecken und öffentlich zu machen. SPD und GRÜNE in Berlin hingegen instrumentalisieren einen Untersuchungsausschuss als politische Waffe der Regierungsfractionen gegenüber den Oppositionsfractionen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, Herr Walter hat den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Nicola Beer (FDP):

Gerne, aber ich möchte noch diesen einen Satz beenden. – Dass es Ihnen dabei keineswegs um Aufklärung geht, zeigt gerade der Beschluss, Roland Koch vereidigen zu lassen. So heißt es in der Begründung zu § 24 des im Sommer mit Ihren Stimmen, meine Damen und Herren von SPD und GRÜNEN, verabschiedeten Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes, auf eine Vereidigung von Zeugen werde ausdrücklich verzichtet, denn hierauf zu verzichten entspreche „der ständigen Praxis der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestags“.

(Norbert Schmitt (SPD): Zitieren Sie doch einmal die Übergangsvorschriften!)

Lieber Kollege Schmitt, obgleich es in der Aussage des Zeugen Koch weder Widersprüche zu anderen Zeugenaussagen noch zu dem Inhalt irgendwelcher Dokumente gibt

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Herr Kollege Schmitt, lassen Sie mich doch wenigstens diesen Satz zu Ende reden; vielleicht hat Herr Kollege Walter Ihnen noch Redezeit übrig gelassen, und Sie dürfen nach Meldung bei Herrn Schaub ans Pult treten –, haben Ihre Parteifreunde in Berlin ohne jeden sachlichen Grund mit der ständigen Praxis, die Sie selbst noch im Untersuchungsausschussgesetz beschworen haben, gebrochen und die Vereidigung von Roland Koch beschlossen. Dass es Ihnen nicht im Geringsten um Aufklärung geht, wird auch daran deutlich, dass Sie in Berlin jeden Versuch der Ausschussminderheit, durch entsprechende Beweisanträge Licht ins Dunkel der Parteifinanzierung der SPD mit ihren unzähligen Unternehmensbeteiligungen, Treuhänderschaften und dubiosen Buchungstricks zur Verschleierung von Millionengewinnen zu bringen, mit Ihrer Ausschussmehrheit gnadenlos niedergestimmt haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren von SPD und GRÜNEN, angesichts derartiger Tatsachen wirkt Ihr Versuch wenig überzeugend, sich im Hessischen Landtag als Hüter der Moral darzustellen. Solange Sie selbst im Glashaus sitzen und die Treppe in den Keller vor lauter Leichen nicht mehr herunterkommen, sollten Sie nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Die Zwischenfrage noch. Bitte, Herr Walter.

Jürgen Walter (SPD):

Frau Kollegin Beer, ich danke Ihnen schön. – Erlauben Sie mir eine Frage an Sie persönlich. Sind Sie, wie der Kollege Jung und der Kollege Hahn, die vor drei Jahren diese Klage vor dem Staatsgerichtshof geführt haben, der Auffassung, dass der hessische Untersuchungsausschuss sehr wohl grundsätzlich einen Zeugen vereidigen darf, oder sind Sie nicht dieser Auffassung?

Nicola Beer (FDP):

Herr Kollege Walter, der Antrag wurde nicht diese Auffassung betreffend gestellt. Vielmehr haben Sie einen Antrag zu der Frage gestellt, ob es ein fadenscheiniger rechtlicher Vorwand war, die Vereidigung zu verweigern. Von daher habe ich für meine Fraktion ausgeführt, dass es unserer Ansicht nach kein fadenscheiniger Vorwand ist, auf der Grundlage des Gutachtens eines anerkannten Juristen, wie des Prof. Hamm, seine Rechte als Privatmann wahrzunehmen, und dass dadurch auch das Ansehen des Landes Hessen nicht gefährdet ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Aussprache.

Ich komme zur Abstimmung über den Entschließungsantrag. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde der Antrag abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 54** auf:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Kulturstiftung der Bundesrepublik Deutschland – Drucks. 15/3480 –

Dazu liegt ein **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 15/3503**, vor.

Die Redezeit beträgt zehn Minuten pro Fraktion. Das Wort zur Begründung des Antrags hat Frau Kollegin Beer für die antragstellenden Fraktionen.

Nicola Beer (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es besteht zurzeit eine realistische Chance für die Gründung einer nationalen Kulturstiftung des Bundes und der Länder. Als Kulturpolitikerin begrüße ich dies sehr. Kunst und Kultur sind von überragender gesellschaftlicher Bedeutung. Künstlerisches Schaffen und die Bewahrung von Kulturgütern früherer Generationen sind Aufgaben, die auf die Unterstützung und die Förderung von Staat und Gesellschaft angewiesen sind. Dies durch weitere Mittel im Rahmen einer Kulturstiftung der Bundesrepublik Deutsch-

land zu verstärken, sollte unser aller Anliegen sein. Es gibt besondere Teile des kulturellen Erbes, die nur gemeinsam – durch den Bund und durch die Länder – gestemmt werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gilt nun, diese Chance richtig zu nutzen, statt sie durch halb gare Konzepte und halsstarriges Verhalten auf Bundesebene zu vertun.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? Reden Sie von Herrn Stoiber?)

Bemerkungen wie die des zurückgetretenen Bundeskulturbeauftragten Naumann,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Mann ist bei der „Zeit“, nicht mehr bei der Bundesregierung!)

dass der barocke Begriff der Kulturhoheit zur Verfassungsfolklore gehöre, haben wir Gott sei Dank auch auf Bundesebene hinter uns gelassen. Ich hoffe, ich spreche damit auch im Namen von SPD und GRÜNEN. Der Kulturföderalismus ist in Deutschland nämlich nicht nur Verfassungslage und -praxis, sondern er ist auch Ausdruck einer langen historischen Entwicklung seit dem Mittelalter.

Diesem Kulturföderalismus trägt aber das Zwei-Säulen-Modell des neuen Bundeskulturbeauftragten der Bundesregierung, Herrn Nida-Rümelin, nicht ausreichend Rechnung – zumal wenn man Verbesserungsvorschläge und weiteren Verhandlungsbedarf, so wie er vonseiten der Länder vorgetragen wird, mit der Drohung eines Alleingangs durch die Bundesregierung quittiert und somit die Kulturkompetenz der Länder gänzlich untergräbt. Nida-Rümelin will mit dem Kopf durch die Wand, und er wird sich damit Beulen holen.

Damit diese einmalige Chance auf eine nationale Kulturstiftung nicht vertan wird, begrüßen und unterstützen wir die Bemühungen der Hessischen Landesregierung sehr – und hier müssen insbesondere die Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Ruth Wagner, und auch der Ministerpräsident Koch erwähnt werden –, unter Wahrung der Kulturhoheit der Länder eine nationale Kulturstiftung der Bundesrepublik Deutschland zu begründen, die der gemeinsamen kulturellen Verantwortung Rechnung trägt.

Dabei sind unserer Meinung nach, entgegen dem Konzept des Kulturbeauftragten der Bundesrepublik, folgende Punkte zu berücksichtigen: Zweck solch einer Kulturstiftung der Bundesrepublik Deutschland sollte der Erhalt des kulturellen Erbes der Deutschen sein. Hierunter zähle ich als Aufgaben zum einen den Erwerb von Kulturgütern von nationaler Bedeutung, die Restaurierung von Kunstgütern von gesamtstaatlicher Bedeutung, die Förderung innovativer Kunst, also sowohl zeitgenössischer Formen als auch innovativer Entwicklungen, die Förderung von überregional und international bedeutsamen Kunst- und Kulturvorhaben sowie die künstlerische Nachwuchsförderung und die Förderung der deutschen Kulturforschung.

Meine Damen und Herren, eine derartige Stiftung sollte auf jeden Fall in Form einer privatrechtlichen Stiftung begründet werden. Privatrechtlich deswegen, weil damit eine möglichst große Staatsferne erreicht wird, was wiederum gleichbedeutend ist mit einer großen Bürgernähe, die dann auch private Zustiftungen zu dieser Stiftung des Bundes und der Länder ermöglicht. Außerdem sind mit solch einer Rechtsform wesentlich größere Freiräume und Flexibilität verbunden, als mit einer Rechtsform z. B. des öffentlichen Rechts möglich wäre.

Wenn man eine Kulturstiftung des Bundes und der Länder richtig auf die Beine stellen will, dann muss man sie auch finanziell angemessen ausstatten. Hier ist einer der größten Knackpunkte, die das Konzept von Herrn Nida-Rümelin beinhaltet. Wir fordern, dass diese Stiftung wirklich ein ausreichendes Stiftungskapital erhält. Meines Erachtens müsste dies mindestens 2 Milliarden Euro betragen und nicht nur von sukzessiv gegebenen Zuschüssen aus der Hand in den Mund leben, so wie dies jetzt von Herrn Nida-Rümelin als Großtat gelobt wird.

Meine Damen und Herren, es gilt meines Erachtens, die Schätze, die wir als Gold- und Devisenreserven bei der Deutschen Bundesbank liegen haben, zu heben, um diese Kulturstiftung angemessen mit einem Stiftungskapital auszustatten, das sie auch finanziell unabhängig macht

(Heinrich Heidel (FDP): Jetzt kommts heraus!)

von der Haushaltslage des Bundes und der Länder und entsprechend ihren Aufgaben nachgehen lässt.

(Wortmeldung des Abg. Michael Siebel (SPD))

Solch eine Ausstattung – lieber Herr Kollege Siebel, weil Sie sich jetzt melden – ist möglich. Die Deutsche Bundesbank besitzt zurzeit einen „Schatz“ von 170 Milliarden DM, der mit der Einführung des Euro als Währungsreserve für die D-Mark-Pflege nicht mehr gebraucht wird, jedenfalls nicht in dieser vollen Höhe.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin, Herr Siebel möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie diese zu?

Nicola Beer (FDP):

Ich möchte wenigstens den Finanzaspekt insgesamt ausführen, danach gerne. – Die Beitrittsländer haben nämlich der Europäischen Zentralbank längst die eigenen Reserven zur Verfügung gestellt. Die EZB verfügt über 41 Milliarden Euro insgesamt für die Währungspflege. Die BRD hat hier entsprechend ihren Verpflichtungen 10 Milliarden Euro zugeführt.

Meine Damen und Herren, diese Währungsreserven bei der Deutschen Bundesbank sind „Volkseigentum“ – wenn ich mich hier einmal auf ein Zitat des Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Herrn Ernst Welteke, aus dem „Focus“ im Dezember berufen darf.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ernesto!)

Ich meine, dass dieses Volkseigentum nicht einfach ungenutzt herumliegen sollte, sondern dass man diesen Schatz heben muss. Es ist sehr einfach, nämlich durch einfache Änderung des Bundesbankgesetzes, zu erreichen.

Herr Kollege Siebel.

Michael Siebel (SPD):

Frau Kollegin Beer, sind Sie nicht mit mir auch der Auffassung, dass der vorliegende Antrag in seiner Allgemeinheit eine bessere Verhandlungsgrundlage für den Ministerpräsidenten für das übermorgen stattfindende Gespräch ist als das, was Sie jetzt gesagt haben, indem Sie die finanzielle Charge so hoch gehängt haben, dass quasi die Gefahr eines Scheiterns der Verhandlungen schon gegeben ist?

(Beifall des Abg. Gerhard Bökel (SPD) – Gerhard Bökel (SPD): Der Antrag ist in Ordnung!)

Nicola Beer (FDP):

Herr Kollege Siebel, ich muss Ihnen widersprechen. Der Antrag ist so gehalten, dass wir darauf hinweisen, dass eine entsprechende Kapitalausstattung der Stiftung notwendig ist. Ich habe für meine Fraktion erklärt, dass nach unseren Vorstellungen solch ein Kapitalstock, der eine unabhängige Arbeit der Stiftung ermöglicht, in der Größenordnung von 2 Milliarden Euro liegen sollte. Wir haben aber bewusst darauf verzichtet, dies als Minimalforderung in den Antrag aufzunehmen, weil uns selbst auch bewusst ist, dass durch den Ministerpräsidenten Koch in zwei Tagen noch ein großes Stück an Verhandlungsarbeit zu leisten ist, wenn wir diese einmalige Chance für die Errichtung einer nationalen Kulturstiftung gemeinsam erreichen wollen.

Ich darf deswegen auf die Struktur zurückkommen, die diese Kulturstiftung nach unseren Vorstellungen haben sollte. Wir meinen, dass ein Stiftungsvorstand mit unabhängigen Persönlichkeiten besetzt sein sollte, der die laufenden Geschäfte der Stiftung wahrnimmt und auf keinen Fall für die Versorgung ausgedienter Kulturpolitiker mit Posten dienen sollte.

Die Beratung dieses Stiftungsvorstandes sollte durch einen Stiftungsrat geschehen, dem angesehene Wissenschaftler, Kunst- und Kultursachverständige, Vertreter von Bundesrat und Bundestag sowie der Wirtschaft zur Seite stehen.

Meine Damen und Herren, im Rahmen eines integrativen Konzeptes, nämlich eines Ein-Säulen-Modelles, sollte dann die Kulturstiftung der Länder in die neu zu gründende Kulturstiftung der Bundesrepublik Deutschland aufgehen. Meines Erachtens macht es eben keinen Sinn, Herr Kollege Siebel, hier ein Nebeneinander auf Grund von zwei Säulen weiterhin zu befürworten.

Wenn wir gemeinsam die Situation der Kulturförderung verbessern wollen, dann müssen wir eine entsprechende Fusion ins Auge fassen und mit integrativen Konzepten vorgehen. Von daher meine ich, dass hier eine entsprechende Fusion der Kulturstiftung der Länder notwendig und auch erreichbar sein sollte, bei der dann auch eine gleichberechtigte Beteiligung der Bundesländer sichergestellt werden wird.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, solch eine privatrechtliche Stiftung ist meines Erachtens am 20.12. auf der Ministerpräsidentenkonferenz zu erreichen. Dies auf jeden Fall weiterzubefördern ist unser Wunsch.

(Manfred Schaub (SPD): Wir wollen zustimmen!)

Wir wissen dies bei dem Hessischen Ministerpräsidenten Koch und seiner Kulturministerin in guten Händen. Ich persönlich würde mich sehr freuen, wenn es gelänge, die Ministerpräsidenten Clement von der SPD und Stoiber von der CSU auf der einen Seite und den Kanzler auf der anderen Seite von den Vorteilen dieses eben von mir geschilderten und sicherlich in der Verhandlung sich noch verändernden Konzeptes zu überzeugen, Herr Kollege Clauss.

(Beifall der Abg. Heide Degen (CDU))

Dies wäre meines Erachtens ein großer Schritt für die Kultur in Deutschland. Weil wir vorhin im Zusammen-

hang mit dem Plenarsaal von Weihnachtsgeschenken gesprochen haben: Dies wäre sicherlich auch eine Art Weihnachtsgeschenk, wenn es noch vor dem Jahreswechsel auf eine entsprechende Bahn gebracht werden kann – auch wenn ich meine, dass es nicht notwendig ist, wie Herr Nida-Rümelin es jetzt verlangt, bis Ende des Jahres noch einen unterschriftsreifen Vertrag auf die Beine zu stellen.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne wünsche ich uns allen gemeinsam, dass wir solch ein Weihnachtsgeschenk für die Kultur in Deutschland erreichen können. – Ansonsten wünsche ich Ihnen für die Weihnachtsfeiertage und den Jahreswechsel alles Gute.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Siebel für die SPD-Fraktion.

Michael Siebel (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will es kurz machen.

Erstens. Uns liegt ein Dringlicher Entschließungsantrag für eine Sache vor, die seit 30 Jahren in Rede steht. Dringlich ist dieser Entschließungsantrag deswegen, weil in zwei Tagen, die Kollegin Beer hat es ausgeführt, die Ministerpräsidenten beim Bundeskanzler sind und darüber verhandeln. Wenn der Hessische Ministerpräsident, um dort über eine Kulturstiftung der Bundesrepublik Deutschland verhandeln zu können, ein bisschen Rückenwind dieses Parlamentes braucht, soll er ihn gerne bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens. Frau Kollegin Beer, die Angriffe auf Herrn Nida-Rümelin sind meiner Meinung nach völlig unberechtigt. Ich bitte, dabei einfach zu bedenken, dass die Initiativen der Länder in die Kulturstiftung einbezogen werden. Das wurde von ihm aufgenommen. Denn er hat gesagt: Okay, ich mache ein Konstrukt, in das die Kulturstiftung der Länder mit aufgenommen werden kann. – Deshalb haben Sie meiner Meinung nach diesen Angriff hier völlig unberechtigt vorgetragen.

Ich komme zu dem dritten Punkt, der meiner Ansicht nach auch einen unberechtigten Angriff darstellt. Sie haben sehr ausführlich über die Frage der Finanzen gesprochen. Es sollen 12,8 Millionen Euro im Jahr 2002 bereitgestellt werden. Sie sollen dann auf 38,4 Millionen Euro aufgestockt werden. Ich sage es noch einmal: Ich halte es für falsch, dass Sie zwar nicht in Ihrem Dringlichen Entschließungsantrag, aber in Ihren Reden die Bedingungen so hoch hängen, dass ein Verhandlungsergebnis überhaupt nicht mehr zu erreichen ist. Ich halte das nicht für lauter. Ich halte diesen Teil der Rede für falsch, auch hinsichtlich der Verhandlungen.

Ein Letztes. Ich sagte schon, dass dies eine ganz alte Idee ist. Ich finde es gut, dass der Landtag wahrscheinlich relativ einhellig Ihrem Dringlichen Entschließungsantrag zustimmen wird. Zumindest kann ich für die SPD-Fraktion die Zustimmung erklären. Ich finde, dass die Konkretisierungen, die von den GRÜNEN beantragt werden, richtig sind. Wenn der Traum einer nationalen Kulturstiftung der Bundesrepublik Deutschland wahr werden wird, dann wird endlich der Traum wahr werden, den Willy Brandt

schon 1973 in seiner Regierungserklärung kundgetan hat. Ich denke, wir würden uns gemeinsam darüber freuen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Kollegin Degen hat das Wort für die CDU-Fraktion.

Heide Degen (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der vorliegende Dringliche Entschließungsantrag passt so recht in die Weihnachtszeit. Er beschäftigt sich mit einem erbaulichen und zum Konsens aufrufenden Thema. Ich möchte betonen, dass auch die CDU einer Kulturstiftung des Bundes sehr positiv gegenübersteht. Herr Siebel, seien Sie versichert, der für den Ministerpräsidenten notwendige Rückenwind ist in unserer Fraktion reichlich vorhanden. Das betrifft nicht nur dieses Gebiet.

(Armin Clauss (SPD): Er reicht nicht aus! Das haben wir schon gemerkt!)

Nachdem heute vieles eingehend erörtert wurde, möchte ich mich auf einige wichtige Punkte beschränken.

Man muss schon einmal anmerken, dass Herr Nida-Rümelin aufgrund des Widerstandes der Länder von seinem ursprünglichen Modell der alleinigen Förderung künstlerischer und kultureller Innovationen erfreulicherweise Abstand genommen hat. Er hat das sehr klug gemacht. Er hat damit auf den Widerstand der Länder mit einer Umarmungstaktik geantwortet. Das ist sehr klug.

Sein neuester Vorschlag lautet nun, die Kulturstiftung der Länder in eine Kulturstiftung des Bundes zu übertragen. Dagegen hat niemand etwas. Er hat dann aber das so genannte Vier-Säulen-Modell aufgestellt. Demnach soll diese Stiftung ganz bestimmte Aufgaben erhalten, die auch in dem ersten Absatz des Änderungsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgeführt sind. Da werden die Themen genau beschrieben. Damit können wir uns nicht einverstanden erklären. Denn wir meinen, dies solle alleinige Aufgabe des Stiftungsrates sein, der noch bestimmt werden muss. Wir können also diesem ersten Absatz des Änderungsantrags nicht zustimmen. Ich soll das auch namens der FDP-Fraktion erklären.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber schade!)

Ich finde es auch sehr erfreulich, dass Herr Nida-Rümelin nicht mehr eine Stiftung des öffentlichen Rechts verlangt. Vielmehr soll es auf einmal eine private Stiftung des bürgerlichen Rechts sein. Auch da hat er sich der Meinung der Länder angeschlossen. Von Frau Beer wurde bereits angesprochen, dass damit private Zustiftungen möglich gemacht werden. Ich kann dazu nur sagen: Das ist sehr vernünftig.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Nun haben mehrfach eingehende Erörterungen stattgefunden. Ich will darauf nicht eingehen. Wie gesagt, das deckt sich meistens mit unseren Intentionen und den Intentionen unseres Ministerpräsidenten. Ich wiederhole: Wir können uns nicht mit der Aufteilung in Sektionen mit der Zuweisung der jeweiligen Themen einverstanden erklären. Das muss Sache des zukünftigen Stiftungsrates

sein. Darüber mag dieser befinden. Aus diesem Grunde heraus können wir den ersten Absatz des Änderungsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht mittragen.

Die Zusammensetzung des Stiftungsrates muss ebenfalls in Abstimmung mit den Ländern geschehen. Alle, die die Stiftung tragen, müssen auch in diesem Stiftungsrat vertreten sein. Auch das muss noch abgeklärt werden. Natürlich bedürfen Entscheidungen der qualifizierten Mehrheit der Länder. Auch das muss durch Verhandlungen noch abgesichert werden.

Herr Nida-Rümelin stellt sich vor, dass es zwei Vorstandsvorsitzende geben soll. Wir sind mit den anderen Ländern der Meinung, dass eine Person allein die Verantwortung tragen muss.

(Gerhard Bökel (SPD): Das bringt Frau Wagner alles in Ordnung!)

– Herr Bökel, ich kann nicht all das vortragen, was Sie hier an Wiederholungen nennen.

(Beifall der Abg. Norbert Kartmann und Inge Velte (CDU) – Gerhard Bökel (SPD): Nein, das war ganz positiv!)

– Das war positiv. Das freut mich.

Die Kulturstiftung der Länder soll in eine Bundeskulturstiftung integriert werden. Damit sind wir einverstanden. Jedoch müssen die Bedingungen noch festgelegt werden, unter denen sie eingebracht werden soll. Ebenso müssen Möglichkeiten für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz geschaffen werden, hier in Verhandlungen mit dieser zu gründenden Stiftung zu treten. Vielleicht wird man hinsichtlich des Jahres 2005 verhandeln müssen. Denn dann laufen die entsprechenden Verträge aus.

Lassen Sie mich noch Folgendes hinzufügen. Auch den zweiten Absatz des Änderungsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können wir so nicht mittragen. Denn wir sind einfach der Meinung, die Einführung eines Computerprogramms muss die Aufgabe des zukünftigen Stiftungsrates sein. Es kann nicht die Aufgabe eines Parlamentes sein, über die Computerprogramme der Stiftung zu beschließen. Das zu entscheiden muss dem zuständigen Stiftungsrat vorbehalten sein. Herr Kollege, das gilt unabhängig davon, wie vernünftig dieses Computerprogramm auch sein mag.

Auf ihrer Konferenz am 24. Oktober 2001 haben die Ministerpräsidenten ihre Zustimmung zu Verhandlungen mit der Bundeskulturstiftung gegeben. Allerdings soll dies auf der Grundlage des geltenden Verfassungsrechtes geschehen. Als eine der Gründungsvoraussetzungen wird eine Entflechtung der Kompetenzen des Bundes und der Länder gefordert; und zwar soll dies vor Gründung der Stiftung erfolgen. Denn damit soll dem überkommenen Modell des Systems der Mischfinanzierungen, der Überkreuz-Beteiligungen und der Gremienwucherungen ein Ende bereitet werden. Es sollen eindeutige Verantwortlichkeiten geschaffen werden.

Das Merkwürdige an der Geschichte ist: Als eindeutiger Verfechter des Föderalismus hat sich nicht nur Herr Zehetmair hervorgetan. Er steht da nur im zweiten Glied. Vielmehr hat sich hier Herr Clement aus Nordrhein-Westfalen besonders engagiert. Es war Herr Clement, der diese Debatte angestoßen hat. Er will wohl den befürchteten schleichenden Einflussverlust der Länder stoppen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ziehen Sie deshalb Ihren Antrag zurück! Sehr vernünftig!)

– Nein, das ist kein Grund, den Dringlichen Entschlie-
ßungsantrag zurückzuziehen.

Unter anderem ist auch erfreulich, dass Herr Nida-Rümelin seit neuestem unter Entflechtung nicht mehr eine Verminderung des finanziellen Engagements des Bundes bei der Kulturförderung zu verstehen scheint. Vielmehr sieht er da jetzt eine Kompensation. Das heißt, er meint, bei Aufgabe einer Förderung könnte man verstärkt ein anderes Objekt fördern. Dies käme wiederum einer Formulierung der Ministerpräsidenten nahe, die bei einer Entflechtung anstreben, dass die bislang eingesetzten Bundesmittel dauerhaft und dynamisiert in die Länder überführt werden. Dass es sich dabei nicht um eine Quantité négligeable handelt, wissen alle Beteiligten.

Anlässlich der Kultusministerkonferenz am 6. Dezember 2001 haben sich die Länder für den Erhalt der erforderlichen Bundesmittel bei der Kulturförderung ausgesprochen. Kulturförderung ist ihre ureigene, originäre Aufgabe. Nach Meinung der Kultusministerkonferenz kann die Gründung einer Bundeskulturstiftung von der allgemeinen Diskussion über die Entflechtung abgetrennt werden. Da muss ich sagen, dass die Position der Ministerpräsidenten, gleich welcher Couleur sie sind – ich hatte es gerade eben schon angedeutet –, eine etwas andere ist. Sie wollen, dass es vor der Stiftungsgründung zu klaren Zuständigkeiten kommt. Ich meine, das ist nachvollziehbar. Denn schlussendlich tragen die Ministerpräsidenten die alleinige Verantwortung für ihr Land.

(Beifall der Abg. Norbert Kartmann und Inge Velte (CDU))

Unter dem Gesichtspunkt der nationalen Bedeutung wird man sich dann darüber einigen müssen, was allein in die Zuständigkeit des Bundes, was in die Zuständigkeit der Länder fallen muss und was als gemeinsame Aufgabe betrachtet werden soll und muss. Das ist aber ein Unterfangen, für das man Zeit braucht.

Hier komme ich noch einmal auf das zurück, was gerade angesprochen worden ist. Die vom Bundestag beschlossene zaghafte Zuwendung an die Stiftung in Höhe von 25 Millionen DM per annum – also 2002, 2003 und 2004 –, insgesamt also 75 Millionen DM, macht die Stiftung zu einem Zuwendungsempfänger. Herr Siebel, das muss man anmerken. Das ist so. Es fehlt das Stiftungskapital, von dessen Erträgen eine Stiftung üblicherweise lebt.

Es ist also nur dem Namen nach eine Stiftung, die von der Haushaltslage abhängig bleiben wird. Ich will mich heute nicht auf Beträge festlegen, aber man sollte versuchen, eine Lösung zu finden. Die Umweltstiftung hat z. B. aus dem Verkauf der Salzgitter AG 1,3 Milliarden Euro an Stiftungsvermögen erhalten.

Am 20. Dezember werden die Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler erneut über eine Bundeskulturstiftung verhandeln. Ob dies in der Tat bereits der Durchbruch sein kann, das sei dahingestellt. Wie gesagt, es braucht vieles seine Zeit.

Es liegt natürlich auch am Kulturbeauftragten des Bundes und am Bundeskanzler, die ausgestreckte Hand der Länder zu ergreifen und nicht wieder durch die Drohung mit der Alleingründung einer Stiftung oder gar mit der Drohung, die Finanzierung zurückzuziehen, das gemeinsame Ziel infrage zu stellen. Das ist schon eine berechtigte An-

merkung, die Frau Beer hier vorhin gemacht hat. Ein Alleingang der Bundesregierung bzw. des Kulturbeauftragten des Bundes in Sachen Stiftungsgründung würde einen Wettlauf der Länder nach Karlsruhe provozieren. Das haben die Länder vorsorglich angekündigt.

Lassen Sie mich kurz zusammenfassen. Erstens. Hessen befürwortet – wie auch die meisten anderen Bundesländer – grundsätzlich die Errichtung einer Bundeskulturstiftung.

Zweitens. Die Gründung sollte auf der Grundlage des geltenden Verfassungsrechts erfolgen – bei Abgrenzung der Kompetenzen von Bund und Ländern.

Drittens. Bei der Entflechtung sollten die bisherigen Bundesmittel für die Bundesländer dynamisiert erhalten bleiben.

Viertens. Der vorgesehene Kapitalstock für die Bundeskulturstiftung ist nicht ausreichend.

Fünftens. Über Sitz und Namen der Sitzung muss auch noch verhandelt werden. Ich sehe da aber keine großen Schwierigkeiten.

Sechstens. Die Ministerpräsidenten sind selbstverständlich bereit, sowohl über die Einbringung der Kulturstiftung der Länder in die Bundeskulturstiftung als auch mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Verhandlungen zu gehen. Über die Bedingungen der Integrierung der Kulturstiftung der Länder und der Verhandlungen mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und über die Zusammensetzung des Stiftungsrates muss noch gesprochen werden.

Das Ziel, eine Bundeskulturstiftung zu gründen, ist wichtig und erstrebenswert. Deshalb schließt das Ergebnisprotokoll der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bekräftigung, die Verhandlungen über die Bundeskulturstiftung auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 7. März 2002 abschließen zu wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat der Kollege Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als wir den Antrag auf dem Tisch vorgefunden haben, haben wir uns zuerst einmal die Frage gestellt: Warum dieser Antrag?

(Stefan Grüttner (CDU): Das ist das kleine Einmal-eins!)

Die Bundesländer sind sich – bis auf zwei Länder – einig. Wir sind auch nicht der Meinung, dass CDU und FDP dem Ministerpräsidenten Rückendeckung geben müssten, weil der vor Stoiber zittert. Möglicherweise zittert er vor Clement, vielleicht ist das der Grund für den Antrag gewesen. Wir glauben schlicht und einfach, dass der Grund für die Einbringung dieses Antrags war, dass Sie der stellvertretenden Ministerpräsidentin Ruth Wagner hier und heute das letzte Wort erteilen wollen, damit sie in diesem Jahr sozusagen das parlamentarische Licht ausmachen kann.

(Gerhard Bökel (SPD): Wenn es um Kultur geht, soll es so sein!)

Selbst in diesen trüben Tagen gilt der Satz von Karl Kraus: „Wo die Sonne der Kultur tief steht, da werfen auch Zwerge lange Schatten.“ Frau Wagner, damit ist nicht die Ministerin gemeint, sondern Ihr Antrag, weil ich glaube, in der Sache sind wir uns einig, auch wenn sich Frau Degen und Frau Beer große Mühe gegeben haben, noch Unterschiede herauszukristallisieren.

Wir sind uns einig, dass es eine Bundeskulturstiftung geben soll. Wir sind uns einig, dass Bayern und Nordrhein-Westfalen auf dem Holzweg sind. Wir bedauern, dass sich in Nordrhein-Westfalen unser grüner Kulturminister Michael Vesper noch nicht gegen Herrn Clement durchsetzen konnte. Bei Bayern haben wir es, mit Verlaub, nicht anders erwartet.

Wir begrüßen den Beschluss des Bundeskabinetts, als Anfang immerhin 25 Millionen DM zur Verfügung und für die Zukunft in Aussicht zu stellen – das ist wichtig –, dass es zu einer deutlichen Erhöhung dieser Mittel kommt.

Wir haben einen Änderungsantrag gestellt, der eine Ergänzung darstellen soll, indem wir sagen, dass wir das Ganze mit Inhalt füllen und vorgeben wollen, in welche Richtung es unserer Meinung nach gehen soll.

Wir glauben, dass es jede Anstrengung wert ist, Kunst und Kultur in der Bundesrepublik Deutschland voranzubringen. Wir glauben auch, dass der Termin zwischen Schröder und Nida-Rümelin auf der einen Seite und den Ministerpräsidenten auf der anderen Seite übermorgen eine gute Chance gibt, sich zu einigen, nachdem man sich in Saarbrücken nicht einigen konnte. Vielleicht trägt die vorweihnachtliche Stimmung ein wenig dazu bei.

Vielleicht würde es zu unser aller vorweihnachtlichen Stimmung beitragen, wenn Sie sich einen Ruck geben und unserem Änderungsantrag zustimmen könnten. Dann könnten wir alle miteinander dem geänderten Antrag zustimmen. Das wäre ein guter Abschluss des Jahres, weil wir uns in der Sache eigentlich einig sind. Wir glauben, dass Ihr Antrag leider nur aussagt, dass man grundsätzlich dafür ist – das sagen seit Willy Brandt fast alle –, dass man den Antrag daher noch ein wenig mit Speck füllen und diesen sozusagen an die Knochen binden muss. Da wäre es hilfreich, wenn Sie unserem Antrag zustimmen könnten und wir am Ende zu einem einstimmigen Beschluss kämen.

Ansonsten wünsche ich allen schöne Weihnachten. Ich wünsche denen, die ihre Weihnachtsfeiern schon hatten, dass sie sie gut verdaut haben. Ich wünsche den Fraktionen, die ihre Weihnachtsfeiern heute noch haben, dass sie diese gut überstehen.

(Dorothea Henzler (FDP): Wir haben unsere erst morgen!)

Ansonsten glaube ich, dass wir an diesem Punkt keine langen Debatten brauchen, weil man sich übermorgen geeinigt haben wird. Wenn wir uns hier einigen könnten, wäre das wunderbar. – Ich danke Ihnen für die geschätzte Aufmerksamkeit. Frohes Fest.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Wagner.

Ruth Wagner, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es war nicht mein Ehrgeiz, das letzte Wort zu haben. Aber wenn man zu guten Dingen Gutes reden kann, soll man die Chance nutzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich möchte vor allen Dingen noch einmal darauf hinweisen, dass in der Tat die Dringlichkeit gegeben ist. Ich glaube, es wäre sehr nützlich, wenn vor allem die Kollegen von SPD und GRÜNEN noch einmal all die Kanäle nutzen würden, die nötig sind, um in der Ministerpräsidentenkonferenz eine gute Lösung zu finden.

(Armin Clauss (SPD): Das sind keine Kanalarbeiter!)

Das ist nämlich nach wie vor meine Sorge. Ich brauche jetzt im Hinblick auf diverse Punkte nicht mehr alle Argumente zu nennen, die angesprochen worden sind. Sie sind umfassend dargestellt worden.

Ich möchte aber auf einen Gesichtspunkt eingehen. Ich verstehe sehr wohl die Position von Herrn Clement, die er mir außerordentlich hart persönlich mitgeteilt hat, aber ich billige diese Haltung nicht. Ich verstehe auch die Position von Zehetmair. Ich verstehe die Position von Herrn Scherf aber nicht. Ich verstehe die Position von Nordrhein-Westfalen und Bayern, weil sie selber erhebliche Mittel in die Kulturförderung ihrer Länder stecken. Das ist seit Jahren so. Dies ist aber in der Diskussion um eine Nationalstiftung, die in der Tat der ehemalige Bundeskanzler Brandt vor 30 Jahren angeregt hat, nicht die richtige Haltung.

Das wird weder die KMK noch die MPK leisten, in drei Monaten trennscharf zu sagen, wie die Entflechtung im Kulturbereich zu gehen hat. Was ist dann, wenn Bamberger Symphoniker und Bayreuther – großartige bayerische Einrichtungen, die damals Emigranten aus der Tschechoslowakei Schutz geboten haben – als hervorragende Landesangelegenheit angesehen werden? – Wir sehen in den neuen Ländern, wo in den ersten zehn Jahren zu Recht erhebliche Bundesmittel hingeflossen sind, dass es sich um eigenständige Landesinteressen handelt.

Ich sage ganz eindeutig und freue mich sehr, dass Ministerpräsident Koch, der sich für dieses Thema schon als Abgeordneter interessiert hat, auf beiden Seiten der Fronten für Folgendes geworben hat. Es gibt neben der Kulturhoheit der Länder eine gesamtstaatliche Verpflichtung für bestimmte Kultureinrichtungen, die einen Nationalrang haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will Ihnen nur zwei herausragende Beispiele nennen. Das eine habe ich in die Diskussion eingebracht, das andere Frau Schipanski. Ist es eigentlich richtig, dass die Gedenkstätten des Nationalsozialismus wie Buchenwald eine Weimarer oder thüringische Angelegenheit sind? Nein, sie sind nationale Angelegenheiten, die Bund und Länder gemeinsam zu tragen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Frau Schipanski hat zu Recht gesagt: Auch die Denkmäler der deutschen Teilung, die Grenz Museen, dürfen nicht den Städten und Gemeinden und den Ländern im Osten aufgebürdet werden. Sie sind von nationaler Bedeutung und müssen in gemeinsamer Verantwortung in den nächsten Jahren unterhalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Liebe Freunde, ich sage einmal, das ist eine Diskussion, da würden Clement, Zehetmair und Stoiber wieder anders reagieren. Liebe Freunde, die Museumsinsel in Berlin ist keine Berliner Mitte und keine Berliner Einrichtung. Es ist eines der schönsten Museen, die dieses Volk hat. Es ist eine nationale Einrichtung.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Es ist richtig, dass wir uns als Länder daran beteiligen. Das ist etwas, was die Franzosen und Briten immer aus historischem Hintergrund getan haben. Aber dass wir sowohl die drei Staatstheater und die drei Landesmuseen in Hessen fördern und trotzdem sagen: „Wir wollen uns an der neuen nationalen Galerie beteiligen, die die Denkmäler der deutschen Klassik und Romantik zeigt“, das ist doch eigentlich Verpflichtung von uns allen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich deshalb hinzufügen: Herr Siebel, man mag darüber diskutieren, wie immer man will. Auf Dauer brauchen wir eine Stiftung, in der Bund und Länder enthalten sind, eine gute Kapitalstiftung, die nicht nur aus der Zuführung vom Haushalt besteht, wobei Sie mit 75 Millionen DM als Bundesstiftung gar nichts anfangen können. Sie brauchen eine dreistellige Millionenzahl oder eine Milliardenzahl, um im Jahr etwa 100 Millionen DM ausschütten und damit einiges fördern zu können. Das muss am Ende die Zielvorstellung sein. Darauf will ich hinaus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Wir müssen auch darauf achten, dass die Denkmalschutzmittel, die jetzt die Deutsche Stiftung Denkmalschutz erhält, nicht plötzlich verschwinden. Wenn wir diese Stiftung nicht gehabt hätten, die sozusagen das staatliche Geld vermehrt, wären wir im Aufbau des Ostens noch nicht so weit, wie wir heute sind. Deshalb muss auch das beachtet werden.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Herr Al-Wazir, ich finde Ihren Antrag insofern nicht hilfreich, als der erste Absatz im Grunde genau das zum Inhalt hat, was in der

KMK und der MPK noch beschlossen werden soll. Wir dürfen noch nicht festlegen, um nicht von vornherein Vorprägungen zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Der zweite Punkt. Eine Aufstellung, welche Fördermechanismen wir haben, gibt es zum Teil schon. Oder eine Zentrale zu machen würde unendlich viel Geld und Bürokratie kosten, was gar nicht nötig ist. Deshalb kann ich nicht empfehlen, das anzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss sagen: Ich bin der tiefen Überzeugung, dass eine Beschlussfassung dieses Landtags und anderer Landtage sehr dazu beitragen kann, eine positive Beschlussfassung am 20. Dezember zu erreichen. Ich möchte Sie bitten, dazu beizutragen, dass wir am Ende eine gute nationale Kulturstiftung des Bundes und der Länder erhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Die Aussprache ist geschlossen. Ich komme zur Abstimmung, zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit den Stimmen von CDU, FDP gegen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse über den Dringlichen Entschließungsantrag in seiner Urform abstimmen. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP bei Enthaltung der GRÜNEN wurde diese Entschließung so angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich möchte Ihnen allen friedliche, fröhliche Weihnachten und ein gesundes neues Jahr wünschen und schließe die Sitzung. Bis zum nächsten Jahr.

(Schluss: 18.26 Uhr)

